Aufstand der Armen Europas droht S.6

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

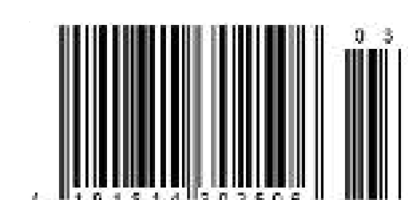
Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro

Nr. 3 – 19. Januar 2013

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Zuwanderung: Viele kommen nach Deutschland, weil sie in ihrer Heimat keine beruflichen Chancen haben Bild: fotofinder, Matthias Luedecke

Heikles Wachstum

Deutschlands Einwohnerzahl ist 2012 gestiegen – Doch um welchen Preis?

Deutschlands Wirtschaft befürchtet durch den jahrzehntelangen Geburtenrückgang einen Facharbeitermangel und erhofft sich Abhilfe durch Zuwanderung. Doch es waren nicht ausländische Facharbeiter, die 2012 nach Deutschland kamen.

Auf den ersten Blick eine gute Nachricht: Nach Jahren des Schrumpfens ist Deutschlands Einwohnerzahl nach einem leichten Anstieg 2011 auch 2012 weiter gewachsen. Allerdings nicht durch einen Geburtenüberschuss, sondern durch Einwanderung.

Dahinter steht einerseits die sprunghafte Zunahme von Wirtschaftsimmigranten aus Serbien und Mazedonien, dem Vernehmen nach vorwiegend Zigeuner vom Stamm der Roma. Sie wurden angelockt, nachdem deutsche Richter im Juli verfügten, dass die Zuwendungen für Asylbewerber, also vorgeblich politisch Verfolgte, deutlich anzuheben seien. Nach Informationen des Bundesinnenministeriums hat sich herausgestellt, dass kein einziger der Serben und Mazedonier eine Verfolgung nachweisen konnte. Doch der Strom hält an.

Andererseits kommen zunehmend junge Menschen vom Mittelmeer nach Deutschland, um der Krise in ihren Ländern zu entgehen. Die jungen Griechen, Spanier oder Portugiesen wollen kein Hartz IV oder Ähnliches, sie wollen hier lernen, arbeiten, etwas leisten.

> Gleichzeitig hängen deutsche Jugendliche in Praktika fest

Die deutsche Wirtschaft beklagt einen grassierenden Mangel an Facharbeitern und jungen Nachwuchskräften, also begrüßt sie die jungen Mittelmeeranrainer mit offenen Armen, lockt sie sogar aktiv an. Indes: So begründet diese Klage im Einzelfall sein mag, die Gesamtstatistik weckt Zweifel. Zu den nur noch acht Prozent an arbeitslos gemeldeten Jugendlichen gesellen sich zahllose junge Menschen, die es längst aufgegeben haben, eine Stelle zu suchen und daher aus der Statistik fallen. Zudem stieg die Zahl der Jugendlichen, die nur geringfügig beschäftigt sind, von 718 000 im Jahr 1999 auf 936 000 im Jahr 2011 an. Hinzu kommt ein Boom an Zeitarbeitsverträgen, unbezahlten Praktika und anderen Erscheinungen, welche zwar der Statistik helfen, weniger jedoch den jungen Menschen.

So bleibt der Verdacht, dass die händeringende Suche nach jungen Spaniern auch dazu dient, die Konkurrenz für junge Deutsche zu erhöhen, um so die Gehälter zu drücken. Seit Jahren sehen sich hiesige Arbeitssuchende, vor allem Geringqualifizierte, einem „globalisierten" Arbeitsmarkt ausgesetzt, auf dem sie mit der ganzen Welt samt ihrer Not- und sogar Elendszonen konkurrieren müssen. Die Gehaltsentwicklung ist der Spiegel dieser gefeierten „Öffnung des Arbeitsmarktes".

Wenn SPD und Gewerkschaften behaupten, der Lohndrückerei per gesetzlichem Mindestlohn beikommen zu können, wollen sie nur davon ablenken, dass sie sich einem Schutz des deutschen Arbeitsmarktes aus ideologischen Gründen (Multikulti, Grenzen auf für alle) versagen. Etliche Beispiele tariflicher Mindestlöhne zeigen, wie leicht diese unterlaufen werden können. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Alles noch da?

Es ist noch gar nicht lange her, da wurde jeder, der darüber redete, dass sich die deutschen Goldreserven überwiegend im Ausland befänden, als Verschwörungstheoretiker diffamiert. Zu Unrecht, denn mittlerweile ist bekannt, dass unser Gold hauptsächlich in New York, London und Paris lagert und lediglich rund ein Drittel sich bei der Bundesbank in Frankfurt befindet. Heute gilt als Verschwörungstheoretiker, wer Zweifel daran hegt, dass das im Ausland verwahrte Gold überhaupt noch in der angegebenen Menge existiert. Ebenfalls zu Unrecht, denn dass die Bundesbank noch nie eine Überprüfung des Goldes in ausländischen Tresoren durchgeführt hat, rechtfertigt diese Zweifel ebenso wie die Tatsache, dass Bundestagsabgeordnete, die einen Blick darauf werfen wollten, mit fadenscheinigen Begründungen abgewimmelt wurden. Wenigstens der Bundesrechnungshof ist irgendwann aufgewacht und hat die Bundesbank zu einer Prüfung in Stichproben und zur Vorlage eines Lagerstellenkonzepts aufgefordert.

Womöglich werden wir bald wissen, was von unserer Währungsreserve noch da ist, denn die Bundesbank will jetzt einen Teil des Goldes aus New York zurückholen und den Lagerort Paris ganz aufgeben. Bundesbankvorstand Carl-Ludwig Thiele ließ schon länger verlauten, es gäbe keinen zwingenden Grund mehr für eine Aufbewahrung in Frankreich. Recht hat er, und doch ist es nur ein Teil der Wahrheit. Denn der Kalte Krieg, seinerzeit der Grund für die Auslagerung, ist lange vorbei. Auch für eine Lagerung des Goldes in England und den USA gibt es keinen zwingenden Grund mehr. Das deutsche Gold gehört nach Deutschland.

Ohne Schutz

ABC-Abwehr in der Türkei unzureichend

Die Bundeswehrsoldaten in der Türkei sind nicht hinreichend gegen Kampfstoffe geschützt. Das kritisiert Ulrich Kirsch, Vorsitzender des Deutschen Bundeswehrverbandes und Offizier der ABC-Abwehrtruppe. Zwar wurde ABC-Aufklärungs- und Entgiftungsgerät in die Türkei transportiert, aber nur die Hälfte des für den Betrieb benötigten Personals mitgeschickt. Der Rest soll erst bei Bedarf aus Deutschland eingeflogen werden. Für eine schnelle Reaktion könne es dann aber zu spät sein, so Kirsch.

> Deutsche Soldaten hätten sechs Stunden

Gegen flüchtige Kampfstoffe wie beispielsweise Sarin würde die persönliche Schutzausrüstung der Soldaten ausreichen, beim Einsatz sogenannter sesshafter Kampfstoffe, die an Materialien haften bleiben, müsste jedoch Entgiftungsgerät eingesetzt werden. Dafür blieben aber nur maximal sechs Stunden, denn nur so lange würde die Aktivkohle in der Schutzkleidung die Kampfstoffe zurückhalten. Dass innerhalb dieser kurzen Zeit keine ABC-Spezialisten in die Türkei gebracht werden können, liegt auf der Hand. Das Verteidigungsministerium bezeichnet die ABC-Abwehrmaßnahmen lapidar als ausreichend, nennt aber keine Einzelheiten. *J.H.*

»Überzogene Nazi-Riecherei«

»FAZ«-Rezensent entlarvt Studie über NS-Vergangenheit des BdV-Gründungspräsidiums

Die vom Bund der Vertriebenen (BdV) selbst initiierte Untersuchung über die NS-Vergangenheit seines Gründungspräsidiums weist angeblich nach, dass dessen Mitglieder bis auf wenige Ausnahmen NS-belastet gewesen seien (siehe *PAZ* 50/2012). Die einer Nähe zu den Vertriebenen gewiss unverdächtige „Frankfurter Allgemeine Zeitung" hat die Studie nun in einer Rezension ins richtige Licht gerückt. Unter dem Titel „Auf der Suche nach belastendem Kontext" entlarvt Henning Köhler die Studie als den unseriösen Versuch, den ersten BdV-Vorstand pauschal in die nationalsozialistische Ecke zu rücken. Hier Auszüge aus seiner bemerkenswerten Rezension:

„Das ist ein ebenso seltsames wie bezeichnendes Buch – sowohl was seine Entstehung wie seine Thematik betrifft … Bei der heutigen Unwissenheit über die nationalsozialistische Vergangenheit ist die Parteimitgliedschaft so etwas wie ein ‚Alleinstellungsmerkmal' und für die Urteilsbildung ausreichend – unbeschadet der Tatsache, dass rund zehn Millionen anderer Deutscher der NSDAP angehörten … Der überzogene Aufwand für diese Studie steht in keinem Verhältnis zu den Ergebnissen. Schon ein Blick auf die Funktionen und Mitgliedschaften dieser Vorstandsmitglieder macht das deutlich. Niemand war ein ‚alter Kämpfer' … Es [das Buch, die Red.] zeigt das unermüdliche Bestreben, Krüger [BdV-Präsident, d. Red.] wie den anderen Vorstandsmitgliedern schuldhaftes Verhalten unter dem nationalsozialistischen Regime nachzuweisen …

> Fragwürdige Thesen, übertriebener Aufwand

Wie ist das Interesse an einem Buch zu erklären, das auf so fragwürdige Weise Thesen zu begründen sucht? Durch die ständige Betonung der Nähe dieser Männer zum nationalsozialistischen Regime und seiner Verbrechen soll signalisiert werden, dass hier eine Disposition des Denkens, die schnelle Bereitschaft zum Sich-Abfinden mit dem Regime vorhanden ist, die weit verbreitet, aber jederzeit aktivierbar ist. Die Normalität soll als potenzielles Abgleiten in die Barbarei entlarvt werden … Man täusche sich nicht. Die überzogene Nazi-Riecherei zielt nicht auf die Vergangenheit. Es ist linke Kritik an der bestehenden gesellschaftlich-politischen Ordnung, der durch das jämmerliche Scheitern des Sozialismus die gängigen Argumente ausgegangen sind. Mit der bewussten Verzeichnung des NS-Regimes als ständiger Herausforderung und Bedrohung wird ein Pappkamerad aufgestellt, auf den man beliebig einschlagen kann. Man sollte darauf nicht hereinfallen." *J.H.*

Zwischenruf

Was wählen?

Gelegentlich erhält die Redaktion der *PAZ* Anrufe oder Schreiben von Lesern unserer Zeitung, die den Wunsch äußern, die Berichterstattung über die CDU und die Kanzlerin doch bitte positiver zu gestalten. Die Leser werden von der Sorge umgetrieben, dass Rot-Grün die Bundestagswahl im September 2013 gewinnen könnte und Deutschlands Eigenstaatlichkeit durch die neue Bundesregierung dann vollständig an eine europäische Mammutbehörde abgegeben würde. Darüber hinaus würde eine rotgrüne Regierung in Berlin sofort die totale Vergemeinschaftung der Pleite-Staaten-Schulden vornehmen, was vor allem zu Lasten Deutschlands ginge. Natürlich würde dies den Beifall einer Mehrheit der Euro-Staaten und auch der EZB finden.

Tatsächlich ist es ja so, dass Rot-Grün schon lange die Einführung von Euro-Bonds fordert, was die Schuldenvergemeinschaftung bedeutet. Dagegen hat sich die Kanzlerin erfolgreich gewehrt. In der Öffentlichkeit Deutschlands wird Angela Merkel immer noch als Wächterin gegen eine überbordende Lastenzuweisung durch die EU und die Euro-Staaten wahrgenommen. Deshalb ist der Wunsch verständlich, der Kanzlerin das Steuerrad für Deutschland über 2013 hinaus zu belassen.



Aber ist die derzeitige Berliner Regierung wirklich noch der Stabilitätsanker für deutsche Interessen? Die Bilanz der Regierungskoalition seit 2009 spricht dagegen. Täuschung, Wortbruch und Vertragsbruch („No Bail-out“-Klausel), die nicht mehr nachvollziehbare Euro-Rettungsschirmpolitik hat Schwarz-Gelb zu verantworten. Natürlich war der Druck aus Europa, dies zu tun, groß. Dennoch hätte die Regierung widerstehen müssen, verbunden mit dem Hinweis, dass Deutschland in den letzten 20 Jahren bereits unendliche Lasten für Europa geschultert hat. Die *PAZ* wird jedenfalls nicht zu einem Hofberichtorgan der Regierung degenerieren.

Wilhelm v. Gottberg

Die Schulden-Uhr: Neue Schulden

Irgendwo zwischen 22 und 23 Milliarden Euro dürfte die Höhe der neuen Schulden liegen, die der Bund im abgelaufenen Jahr 2012 gemacht hat. Und Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble ist darauf stolz, denn die Summe liegt deutlich unter dem, was eigentlich zuvor angenommen worden war. Rechnet man allerdings die euphemistisch als „Sondervermögen“ deklarierten aufgelaufenen Schulden aus der Bankenrettung hinzu, so betragen diese auch noch einige Milliarden, deren genaue Höhe derzeit noch nicht absehbar ist, genau wie die Kosten der Euro-Rettung. *Bel*

2.064.955.440.118 €

Vorwoche: 2.064.148.144.652 €
Verschuldung pro Kopf: 25.244 €
Vorwoche: 25 234 €

(Dienstag, 15. Februar 2013, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Ein Loch gestopft, neue Löcher geschaffen

Das griechische Schuldenrückkaufprogramm erweist sich zumindest für Banken des Landes als Fehlschlag

Noch vor wenigen Wochen wurde der Rückkauf von griechischen Staatsanleihen als großer Erfolg gefeiert, mittlerweile sind die ersten unbeabsichtigten Nebenwirkungen absehbar – Griechenlands Banken fehlen Zinseinnahmen – einspringen werden am Ende wieder die europäischen Steuerzahler.

Eigentlich hätte die Talfahrt griechischer Bankaktien am Ende des November 2012 Anlass genug sein müssen, sich das Rückkaufprogramm für griechische Staatsanleihen noch einmal genauer anzusehen. Aus dem zweiten Rettungspaket für Griechenland waren allein 20 Milliarden Euro dafür vorgesehen, Altanleihen Griechenlands billig aufzukaufen und damit die Schuldenlast zu vermindern. Beim gemachten Angebot haben Hedgefonds zugeschlagen, die in der Vergangenheit Hellas-Anleihen billig eingesammelt hatten, und unter Druck der Athener Regierung auch Griechenlands Banken. Die Folgen des vermeintlichen Erfolges werden nun sichtbar. Allein den vier größten Geldhäusern des Landes werden zwischen 2012 und 2014 rund 1,9 Milliarden Euro an Zinsen von griechischen Staatsanleihen fehlen, so die Zeitung „Kathimerini“. Die ausbleibenden Gewinne machen die bisherigen Pläne zur Rekapitalisierung des griechischen Bankensektors zunehmend schwierig. Aus dem zweiten Rettungspaket für Griechenland über insgesamt 173 Milliarden Euro sollten eigentlich Griechenlands Banken bis Ende April 2013 mit 50 Milliarden Euro rekapitalisiert werden – immer wahrscheinlicher wird, dass das Geld für die Banken nicht reichen wird.

Wirtschaft muss im April gesunden, sonst sind Pläne dahin

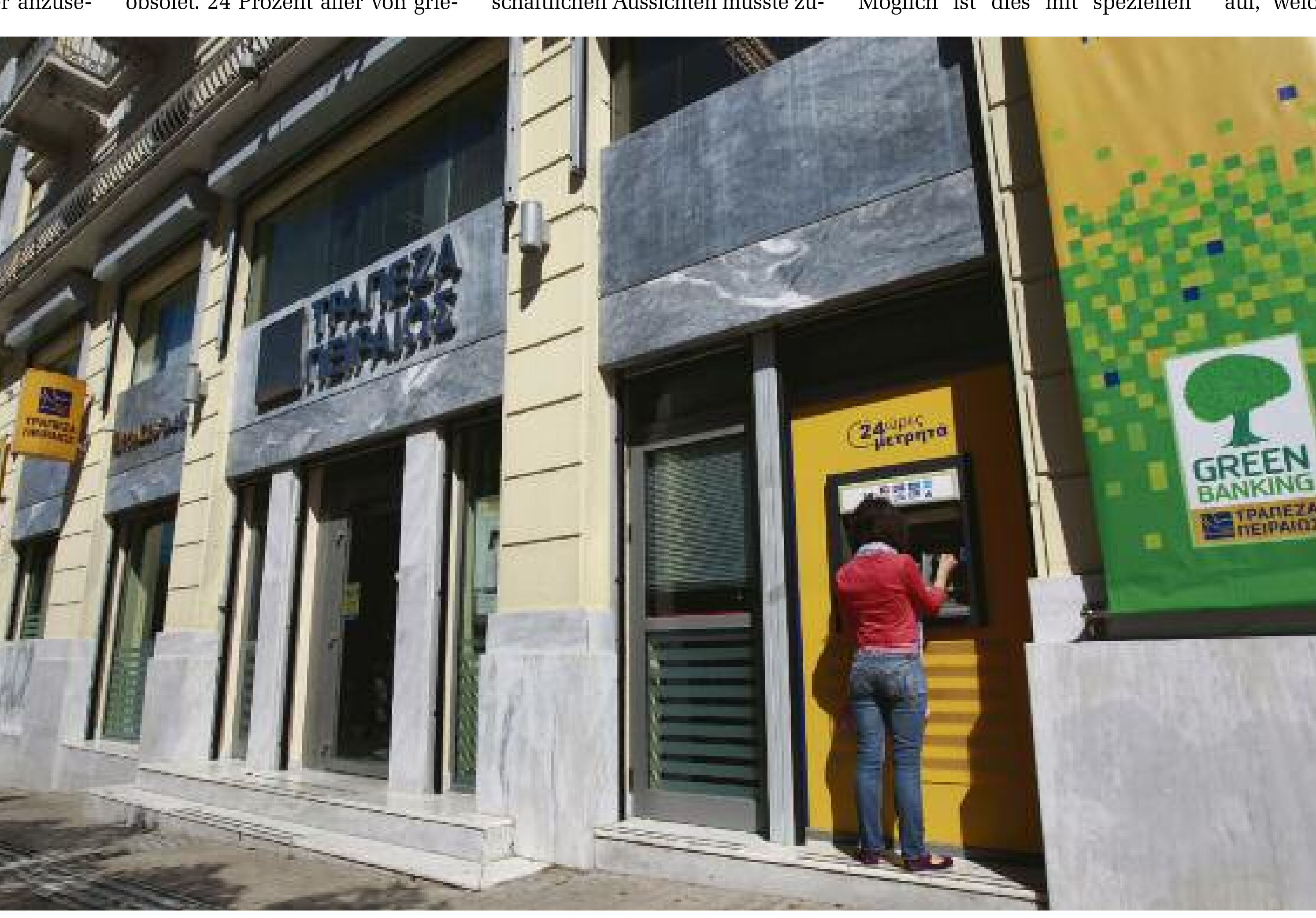
Noch mehr als der Schuldenschnitt und das Anleihenrückkaufprogramm von 2012 macht die wirtschaftliche Talfahrt Griechenlands die Pläne zur Bankenrettung obsolet. 24 Prozent aller von griechischen Banken vergebenen Kredite sind zum Ende des Jahres 2012 nicht mehr bedient worden, so die Schätzung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young. Konkret muss ein Volumen von rund 55 Milliarden Euro an Krediten wahrscheinlich als Verlust verbucht werden. Allein diese Summe würde bereits die 50 Milliarden Euro übersteigen, die bisher für den Neustart des griechischen Bankensektors eingeplant waren.

Was Griechenlands Zentralbank als Lösungsvorschlag präsentiert, kommt bloßem Wunschdenken gleich. Gehofft wird zum einen auf eine Verbesserung der Wirtschaftslage, zum anderen auf eine hohe Beteiligung privater Anleger an den Kapitalerhöhungen der Banken. Derzeit ist beides höchst unwahrscheinlich. Das Wunder einer drastischen Verbesserung der wirtschaftlichen Aussichten müsste zudem bis Ende April eintreten, wenn die Rekapitalisierung der Banken abgeschlossen sein soll. Letztendlich einspringen dürften wieder Europas Steuerzahler. Die hängen bei der Rettung der griechischen Banken ohnehin am Haken, ohne es gemerkt zu haben.

Griechenlands Banken werden schon jetzt nur über einen trickreichen Missbrauch des Euro-Systems über Wasser gehalten.

Derzeit druckt die Zentralbank in Athen neues Geld

Unabhängig von der EZB hat die griechische Zentralbank selbst die Druckerpresse angeworfen. Sie schöpft massiv selbst neue Euros. Möglich ist dies mit speziellen Notfallkrediten (Emergency Liquidity Assistance, ELA), mit denen die maroden Banken des Landes immer wieder mit frischem Geld versorgt werden. Gedacht sind die Notfallkredite eigentlich nur zur kurzfristigen Überbrückung und nur zur Versorgung illiquider Institute. In Griechenland ist daraus die langfristige Geldversorgung vollkommen insolventer Banken geworden. Allerdings schieben nicht nur die maroden griechischen Banken ihren Bankrott mit Hilfe der ELA's hinaus. Längst hat sich ein Dreiecksgeschäft etabliert, von dem mit Hilfe der griechischen Zentralbank der Bankensektor des Landes und der Staat gleichermaßen profitieren. Vom griechischen Finanzministerium werden kurzlaufende Schuldverschreibungen angeboten. Als Käufer treten Griechenlands Banken auf, welche die Papiere bei der griechischen Zentralbank als Sicherheiten für ELA-Kredite hinterlegen. Mit dem so beschafften frischen Geld können wiederum staatliche Schuldverschreibungen gekauft werden, um das Spiel von vorne zu beginnen. Gestoppt werden kann diese moderne Form der Wechselreiterei nur im EZB-Rat per Zweidrittelmehrheit: Eine gute Voraussetzung dafür, dass Athen sein gemeinsames Spiel mit den Banken zur Geldbeschaffung noch für lange Zeit fortsetzen wird.



Nun fehlten den Banken Zinseinnahmen: Ohne frisches Geld kann der Bankensektor nicht gesunden. Zudem sind viele Kredite notleidend, die weitere Verluste zur Folge haben werden Bild: Reuters

Bereits im Oktober 2012 waren die griechischen ELA-Kredite auf über 122 Milliarden Euro angewachsen. Offiziell haftet für die Notkredite nicht die EZB, sondern die Notenbank in Athen und damit letztendlich der Staat Griechenland selbst. Soweit die Theorie: Da Athen auf absehbare Zeit selbst nur mit fremder Hilfe über die Runden kommt, sitzen auch bei den griechischen ELA-Notkrediten die europäischen Steuerzahler am Ende wieder mit im Boot.

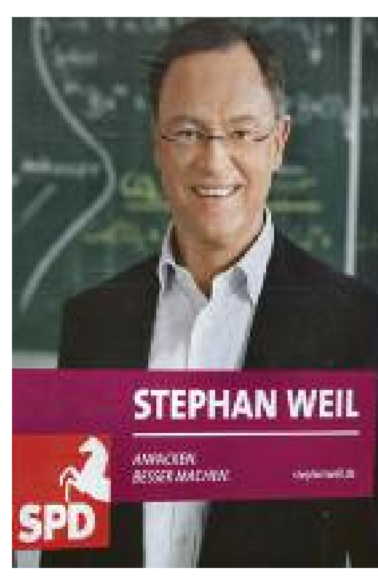
Norman Hanert

Steht am Ende die Große Koalition?

Niedersachsenwahl: Schwarz-Gelb wie Rot-Grün haben derzeit keine klare Mehrheit

Niedersachsen ist weder ein wirtschaftlich bedeutendes noch ein besonders bevölkerungsreiches Bundesland. Aber im Laufe der letzten Jahrzehnte kamen wichtige Bundespolitiker aus Hannover oder anderen Teilen Niedersachsens: Alt-Bundeskanzler Gerhard Schröder, Parteichef Sigmar Gabriel (beide SPD), Bundessozialministerin Ursula von der Leyen und nicht zu vergessen Alt-Bundespräsident Christian Wulff (beide CDU). Wie ein Klotz am Bein von Ministerpräsident David McAllister (CDU) schien Letzterer zu hängen, doch der Schatten der Wulff-Affäre verblasst nun. In Wahlkampfreden traute sich McAllister, den Namen seines Vorgängers lobend zu erwähnen.

Gegenüber dem SPD-Herausforderer, dem Hannoveraner Oberbürgermeister Stephan Weil, wirft der amtierende Ministerpräsident und „Schotte“ im Wahlkampf seine größere Bekanntheit und Beliebtheit in die Waagschale. Weil hat sich in den bislang sechs Jahren als Oberbürgermeister der Landeshauptstadt als freundlicher Mann gezeigt, aber im Gegensatz zu seinem markigen Vorgänger Herbert Schmalstieg (1972–2006) bevorzugt SPD-Mann Weil eher die leisen Töne. Er verbreitet gute Stimmung, weiß, wie man Bürgern begegnet und führt relativ lautlos die Geschicke Hannovers. Das alles führt nicht zu größerer Bekanntheit.



Zu farblos: SPD-Kandidat Weil

Am Donnerstag letzter Woche kam es zwischen McAllister und Weil zum einzigen Fernsehduell, das der Herausforderer aber nicht für sich entscheiden konnte. Auch wollten nur 320 000 Zuschauer im NDR-Regionalprogramm die Debatte sehen. McAllister dagegen führte den Herausforderer einige Male vor, so etwa als es um die Koalitionsoption Tiefrot-Rot-Grün ging: Einer Koalition mit der Partei „Die Linke“, sollte sie überhaupt in den Landtag kommen, mochte Weil kein klares Nein entgegen halten.

Nachdem Rot-Grün sich lange Zeit als sicherer Wahlsieger gefühlt hatte, bröckeln nun die Umfragewerte. Der Vorsprung von 13 Prozentpunkten im Mai 2012 ist auf einen zusammengeschmolzen. Unerwartet stört SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück den Endspurt seiner Partei in Niedersachsen. Als Weil zusammen mit Steinbrück vor 1000 Arbeitern in Emden auftrat, mochte sich keine rechte Siegesstimmung ausbreiten. In der traditionellen SPD-Stammwählerschaft verstören Steinbrücks Äußerungen zu finanziellen Fragen wie zuletzt zum Kanzlergehalt. Zudem holt die gebeutelte FDP auf und liegt in allen aktuellen Umfragen zwischen fünf und sechs Prozent. Auch die geringe Popularität von FDP-Chef Philipp Rösler, der aus Niedersachsen stammt, scheint den Liberalen nicht den Wiedereinzug in den Landtag zu vergällen.

Wie schon die geringe Resonanz auf das Fernsehduell der Spitzenkandidaten zeigte, spielen inhaltliche Fragen im Wahlkampf



Durchaus beliebt: McAllister

kaum eine Rolle. Eine Runde der Spitzenkandidaten der drei kleinen Parteien am letzten Mittwoch brachte keine neuen Erkenntnisse zu Tage. Dass Grüne und Linke gegen das Atommülllager in Gorleben sind, überraschte genauso wenig wie ihre kritischen Ausführungen zum Großhafen Jade-Weser-Port (JWP) oder zur Elbvertiefung. Dass linksorientierte Parteien gegen Studiengebühren und für mehr Gesamtschulen und Kindertagesstätten sind, war bereits allseits bekannt.

Demgegenüber zeigte sich FDP-Mann Stefan Birkner offener für die Belange der Wirtschaft und bildungsorientierter Schüler und Eltern. Fulminante Wahlerfolge wie zuletzt bei den medienpräsenten FDP-Spitzenkandidaten Christian Lindner und Wolfgang Kubicki (Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein) sind von ihm ebenso wenig zu erwarten wie vom unbekannten Linkspartei-Kandidaten Manfred Sohn.

Könnten die Niedersachsen direkt wählen, hätte McAllister klar die Nase gegenüber Weil (49 zu 34 Prozent) vorn. Doch es könnte auch ein Patt zwischen den beiden Blöcken geben, wie Wahlforscher befürchten. Dann würde die derzeit nicht diskutierte Große Koalition zwischen SPD und CDU in den Bereich des Möglichen rücken. Ein Hinweis darauf zeigte sich nicht zuletzt in dem doch zahmen Duell der beiden Spitzenkandidaten und in der ausbleibenden „Wechselstimmung“ der Wählerschaft.

Hinrich E. Bues

Karl, Rosa und die Randale

Von Vera Lengsfeld

Seit 2006 gibt es an der „Gedenkstätte der Sozialisten“ in Friedrichsfelde, wo die Linke, früher PDS, früher SED, jährlich im Januar der ermordeten Gründer der KPD, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, gedenkt, auch einen Gedenkstein für die Opfer des Stalinismus. Dieser Gedenkstein ist ein Stachel im Fleisch von Stalinisten, Neo-Stalinisten und Unbelehrbaren aller Couleurs auch und gerade, da die Führung der Linken nach der Ehrung der KPD-Gründer immer auch am Gedenkstein für die Opfer des Stalinismus Blumen ablegt. Der Gedenkstein wurde deshalb bei der Luxemburg-Liebknecht-Demo immer wieder geschändet.

Der Verband der Opfer des Stalinismus (VOS) wollte deshalb dieses Jahr ein Zeichen für die Linksparteiführung setzen, dass solcherlei Attacken nicht geduldet werden dürfen. Auf Grund der Schwierigkeiten mit den extremen Kräften in der Hauptdemo hat die Linksparteiführung die Luxemburg-Liebknecht-Ehrung vor die eigentliche Demonstration gesetzt. Pünktlich um 9.30 Uhr setzte sich unter den Klängen von „Unsterbliche Opfer“ der Zug mit Gregor Gysi an der Spitze in Bewegung. Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine waren im Wahljahr auch dabei. Wobei auffällig war, dass insgesamt viel weniger Menschen vor Ort waren als man nach den Berichten und Meldungen der vergangenen Jahre annehmen musste. Am Gedenkstein traf die Parteiführung dann auf die dem VOS-Aufruf gefolgten Mahner. Die Einfriedung des Gedenksteins war mit Schildern eingerahmt, die an Opfer des Stalinismus erinnerten. Die Stiftung Aufarbeitung des SED-Unrechts hatte schon einen Kranz niedergelegt. Gregor Gysis Gesicht war eine einzige Gewitterwolke, als er sich über die VOS-Tafeln beugen musste, um seine Nelke abzulegen. Wagenknecht und Lafontaine waren nicht mehr dabei. Wie hätte sich Wagenknecht, die die Politik Stalins als alternativlos charakterisiert hat, auch vor den Opfern des Stalinismus verneigen können?

So wurde wieder das Dilemma der Linken deutlich: Auch nach über 20 Jahren hat sie außer Gysi keinen vorzeigbaren Spitzenkandidaten, und die mögliche Spitzenkandidatin denkt nicht daran, sich von ihrer Ulbricht-Verehrung und Stalin-Apologie ernsthaft zu distanzieren. Mehr noch: Mit mit dem Hauptdemonstrationszug kann sich die Linke schon lange nicht mehr sehen lassen.

Als dieser sich dem Friedhof näherte, gab es lautstarke totalitäre Parolen, aggressive Transparente und jede Menge Lenin-, Thälmann- und vereinzelt auch Stalin-Bilder. DDR-Fahnen wurden geschwenkt. Es kam am Gedenkstein für die Opfer des Stalinismus wieder zur Randale. Hier war etwas von dem Geist von Frau Wagenknecht zur materiellen Gewalt geworden.

»Regelrecht zerschossen«

Schwarzer Peter um Flughafen-Desaster – SPD weiß nicht, wie sie Wowereit loswerden kann



Bei den Bürgern steigt die Wut: Anwohner des BER demonstrieren gegen Flughafen-Desaster

Bild: pa

Die für Berlin-Brandenburgs Großflughafen BER zuletzt auf dieses Jahr verschobene Eröffnung ist bereits wieder vom Tisch. Jeder weitere Monat Bauzeit erhöht nach Expertenberechnungen die Kosten um 15 Millionen Euro. Selbst die EU verliert die Geduld.

Für die Politik wird es eng, das spürt die SPD. Ihr linker Flügel hofft bereits, aus ihren Reihen einen Nachfolger für Klaus Wowereit stellen zu können. Dessen Nachfolger an der BER-Spitze, Matthias Platzeck (SPD), ist als bisheriger Aufsichtsrats-Vize kaum weniger belastet. Er steht als Brandenburgs Ministerpräsident noch stärker unter dem Druck der dort aktiven Nachtfluggegner.

Als neues politisches Gesicht des Flughafens erntete Platzeck vor Tagen noch Vorschusslorbeeren. Bei Günther Jauch stellte er sich im TV den aus Steuertöpfen zu tragenden Mehrkosten im nicht enden wollenden BER-Planungsdesaster. „Eine gute Figur“ habe er gemacht, bescheinigte ihm der „Tagesspiegel“. „Interessant irgendwie“ sei der Auftritt gewesen, doch „am Ende war die Schuldfrage nicht geklärt, es wurde auch kein neuer Eröffnungstermin ausgerufen“, so das Blatt, was viele Internetkommentare anregte, ob die Redaktion die „gute Figur“ in einer anderen Sendung gesehen habe.

Am Montag stellte Platzeck im Parlament die Vertrauensfrage. Die Zukunft des Landes hänge am Flughafen, der „in sehr schwerwiegender Weise in Not“ sei. Die von der Politik bisher benannten Sündenböcke erhöhen den Druck. Sie schlagen zurück: Die BER-Architekten gmp (Gerkan, Marg und Partner) haben auf eine Klage Erwiderung beim Landgericht Potsdam eingereicht. Darin werfen sie laut „Spiegel“ der Flughafengesellschaft und indirekt auch dem Aufsichtsrat vor, das Bauvorhaben und dessen Ablauf „regelrecht zerschossen“ zu haben.

Laut Gerkan, Marg und Partner gab es 286 Planänderungsanträge. Jahrelang hätten die Verantwortlichen ihre Warnungen, Termine seien bei so vielen, so spät vorgebrachten Änderungswünschen nicht einzuhalten, ignoriert, so die Architekten. Völlig neu konzipiert wurden demnach mitten in der Bauphase der Gastronomiebereich, die Ladenflächen und die Andockpositionen für den Airbus A380. Dadurch verlagerten sich die Wege für die Fluggäste. Eine Kostenlawine sei so losgetreten worden.

Und die Lawine rauscht weiter. Nach den jüngsten Planungspannen diskutieren bundesweit Architekten und Planer, ob Politiker überhaupt Großprojekte schaffen – ein Vertrauensverlust ohne Gleichen. Immer mit dabei im BER-Aufsichtsrat saß Matthias Platzeck, der es nun anstelle von Wowereit richten soll.

Mit der Verzögerungsbotschaft vom Frühjahr 2012 hatten die politisch Verantwortlichen noch den Architekten wegen angeblich unvollständiger Pläne gekündigt. Jetzt steht ihnen selbst das Wasser bis zum Hals. Neben dem juristischen Kriegsschauplatz öffnet sich in Brüssel ein weiterer, fürchtet Brandenburgs CDU-Europaabgeordneter Christian Ehler. Das dringend benötigte frische Geld für das Projekt, das aus Berlin, Potsdam und vom Bund kommen soll, muss von der EU genehmigt werden. Doch Brüssel stellt sich quer.

> Den Verantwortlichen steht das Wasser bis zum Hals

Nur „mit Mühe und Not“ habe die EU im Dezember die 1,2 Milliarden Euro abgesegnet, die zum Ausgleich der Mehrkosten der im Juni gescheiterten Eröffnung aus den staatlichen Kassen fließen müssten, so Ehler. Sowohl wegen des Unvermögens der Politik als auch als finanzielle Lösung droht dem Projekt die Privatisierung. Der letzte Kostenrahmen von 4,3 Milliarden Euro liegt inzwischen bei fünf Milliarden plus x. Das ruft EU-Wettbewerbshüter auf den Plan, die eine komplette Neubewertung der staatlichen BER-Beihilfen fordern. Im schlimmsten Fall droht der Politik ein ähnliches Desaster wie im Fall der Berliner Landesbank.

Und auch der Bundestag hat genug: Der Haushaltsausschuss lud diese Woche Wowereit, Platzeck, BER-Geschäftsführer Rainer Schwarz sowie Technikchef Horst Amann zur Ausschuss-Sitzung vor. Brandenburgs im Dezember mühsam von Rot-Rot durchgebrachter Haushalt ist bereits wieder Geschichte. Der nochmals gestiegene Sparzwang auf die anderen Ressorts schnürt Platzeck die Luft ab.

Wowereit will indes die erneute Verschiebung der Flughafeneröffnung nicht als „politisches Versagen“ gelten lassen. Hinter den Kulissen sucht die SPD angesichts solch befremdlicher Worte einen Nachfolger. Der Parteilinke und Verwaltungsrichter Jan Stöß gilt derzeit als ein Favorit, ein anderer ist der SPD-Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus, Raed Saleh. „Rücktrittsgerüchte sind übertrieben“, sagt dazu Stöß.

Bei dem von Grünen und Linkspartei eingeleiteten Misstrauensvotum gegen Wowereit gelang es der SPD, die Reihen nochmals zu schließen. Wowereit bekam sogar eine Stimme mehr, als SPD und CDU Abgeordnete haben. Das spricht dafür, dass die SPD schon eine Regelung angebahnt hat, sich aber mit der Ablösung Zeit lassen will. Medien spekulieren auf einen vertraulichen Ablöseplan: 2014, zwei Jahre vor der nächsten Berlin-Wahl, könnte Stöß oder ein erfahrenerer Kandidat Wowereit als Bürgermeister beerben, ohne Streit.

Heinz Buschkowsky, Bezirks-Bürgermeister von Neukölln, äußerte sich dennoch gegenüber dem Sender RBB über mögliche Nachfolger. An der Basis gärt es und der SPD-Kreischef von Mitte, Boris Velter, sagte: „Aber es versucht absolut niemand, eine Treibjagd auf den Regierenden anzuzetteln.“

Sverre Gutschmidt

Vom Geld der anderen

Länderfinanzausgleich: Sollen die Bayern für die BER-Pleite zahlen?

Brandenburg steht wegen explodierender Flughafenkosten ein Nachtragshaushalt bevor. Während neue Schulden drohen, attackiert Finanzminister Helmuth Markov (Linkspartei) Bayerns geplante Klage gegen den Länderfinanzausgleich.

Bayern will das System überarbeiten lassen, nachdem Verhandlungen zwischen Geber- und Nehmerländern ergebnislos versandeten. Notfalls will der Freistaat im Alleingang vor dem Bundesverfassungsgericht klagen, sagte am Montag der finanzpolitische Sprecher der CSU im Bayerischen Landtag, Philipp Graf von und zu Lerchenfeld. Markov verteidigt indes Brandenburgs Anspruch als eines der größten Nehmerländer: „Das ist nicht ungerecht, sondern das gute Recht der Bürgerinnen und Bürger ein und desselben Staates!“ Wer sich Arbeitslosigkeit, Wirtschaftsleistung und kommunale Finanzkraft anschaue, sehe westdeutsche Länder weiterhin vorn. „Das hat nichts mit dem gelegentlichen unseriösen Vorwurf zu tun, dass wir Geld zum Fenster rauswerfen“, so der Minister.

Doch gerade wegen Fehlplanung und Verschwendung beim Flughafen BER hat das Land akuten Finanzbedarf. Zwei Milliarden Euro mehr muss Potsdam nach Schätzungen der CDU-Opposition allein deshalb aufbringen. Auch die landeseigene Solarförderung entpuppte sich 2012 als Fehlinvestition, Werke mussten trotz Millionensubventionen des Landes schließen. Nur fünf Länder zahlten indes seit 1990 dauerhaft ein, alle anderen nahmen, vor allem Berlin (45 Milliarden Euro). Brandenburg kassierte mehr als neun Milliarden.

> Vorwurf: Manchen Nehmern geht es besser als den Gebern

Im November hatte die gute Kassenlage vieler Nehmerländer den Streit angefacht: Die Hauptempfänger des „Ausgleichs“ stehen bei den Steuereinnahmen gut da, die Geberländer Hessen, Baden-Württemberg und Hamburg hingegen stecken bis auf Bayern in den roten Zahlen. Die Transfers sind daher in den Augen der Geber längst über den Zweck, Lebensverhältnisse anzugleichen und staatliche Einrichtungen handlungsfähig zu halten, hinausgeschossen.

Der Finanzausgleich „stellt die realen Einkommensverhältnisse der Länder auf den Kopf“, so Hessens Justizminister Jörg-Uwe Hahn (FDP). Nur Bayern will jetzt klagen, die anderen Geber wollen weiter verhandeln. Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) bezeichnete den CSU-Vorstoß als „Wahlkampfgetöse“. *SV*

Streit um Stalin

»Karl und Rosa«-Demo: Riss bei Linken

Anlässlich der „Karl und Rosa“-Demonstration in Berlin zum Gedenken an die Kommunistenführer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wurde ein tiefer Riss in der linken Szene offensichtlich. Während zu der „normalen“ Kundgebung wieder einige Tausend Altkommunisten und DDR-Nostalgiker kamen, verursachte eine „emanzipatorische“ Demo für Liebknecht und Luxemburg eine hitzige Debatte in der linksextremen Szene.

Vordergründig ging es um einige Stalin-Bilder und andere Ikonen des Kommunismus, die Teilnehmer der „offiziellen“ Demo vor sich hertrugen. Teile der Jugendorganisation der Linkspartei, „Solid“, die Jusos und die DGB-Jugend des DGB stoßen sich auch an derlei Darbietungen und unterstützen die „emanzipatorische“ Kundgebung, die neutral bis zustimmend von den linken Blättern „taz“ und „Neues Deutschland“ kommentiert wurde. Im Unterschied zu den Tausenden Teilnehmern der offiziellen Kundgebung erschienen zu der „emanzipatorischen“ Demonstration dennoch nur einige Hundert.

> Mehrheit steht zum stramm linken Kurs

Auf der anderen Seite standen die linksextreme Tageszeitung „Junge Welt“ sowie die offiziellen Würdenträger der Linkspartei. Kenner der Szene vermuten, dass karriereorientierte Teile der Linkspartei insgeheim mit den Organisatoren der „emanzipatorischen“ Kundgebung sympathisieren, aber in der Öffentlichkeit kein Bekenntnis dazu ablegen wollen, weil die Linkspartei im Ostteil Berlins nach wie vor einen wesentlichen Teil ihrer Anhänger bei den Älteren findet, die der Herrschaft von „Walter“ und „Erich“ hinterhertrauen. *T.M.*

EKD unterstützt Rechtsbrecher

In der Debatte um die seit mehreren Wochen unter Bruch des Gesetzes zur Residenzpflicht in Kreuzberg in einer leeren Schule kampierenden Wirtschaftsimmigranten hat sich nun auch die evangelische Kirche zu Wort gemeldet. Die Berliner Generalsuperintendentin Ulrike Trautwein sagte im staatlichen Fernsehprogramm RBB, sie könne es gut verstehen, dass die Immigranten es nicht mehr aushielten in den Heimen, in denen sie sich aufhalten müssten und sprach in diesem Zusammenhang von der „Realität eines Ghettos“. Während Ausländerlobbyisten und andere linke Aktivisten die Wirtschaftsimmigranten mit „Wortspenden“ in den Medien unterstützen, sieht die Kirchenfrau eine Solidarität der Kreuzberger, die die Flüchtlinge mit Essen, Kleidern und Decken versorgen würden. Der von Trautwein vertretene Sprengel Berlin der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz zählt nur noch etwa 700 000 Mitglieder. *T.M.*

Notstand auf dem Land

Schlechte Arbeits- und Einkommensbedingungen vertreiben immer mehr Ärzte

Seit einigen Jahren macht sich in ländlichen Regionen Deutschlands ein Ärztesterben bemerkbar, das zunehmend Politik und Ärztefunktionäre beschäftigt. Obwohl Lösungen, die für alle verträglich sind, angestrebt werden, leiden vor allem Kassenpatienten an den Folgen einer verfehlten Gesundheitspolitik.

Dass es gegen Quartalsende schwierig wird, einen Termin oder ein Rezept zu bekommen, weil das Budget des Arztes aufgebraucht ist, kennt wohl jeder Kassenpatient. Was aber, wenn es in erreichbarer Nähe gar keine Arztpraxis mehr gibt, weil der Hausarzt aufgegeben oder seine Kassenzulassung zurück gegeben hat?

Dieses Szenario ist in einigen ländlichen Regionen, vor allem im Süden Baden-Württembergs, längst Realität. Dort sind zwischen 2001 und 2011 3000 Ärzte ins Ausland abgewandert. Besonders gut sind die Arbeitsbedingungen – durch ein planbares Gehalt und geregelte Arbeitszeiten – in Großbritannien, Österreich, Skandinavien und den USA.

Die Lage auf dem Land spitzt sich weiter zu. Die Patienten werden älter und damit kränker, aber ältere Landärzte finden keine Nachfolger. Für junge Ärzte bedeutet es ein unkalkulierbares Risiko, sich in der Provinz niederzulassen. Sie fürchten überfüllte Praxen bei seit Jahren sinkenden Honoraren und erdrükkende bürokratische Auflagen. Das Damoklesschwert, das jeden niedergelassenen Mediziner bedroht, sind Regressforderungen der Kassenärztlichen Vereinigung (KV). Immer öfter werden Fälle publik, in denen Rückzahlungsforderungen in Höhe von 40000 bis zu 120000 Euro die Existenz niedergelassener Ärzte bedrohen. Ihnen wird zur Last gelegt, ihr nach einem Punktesystem festgelegtes Budget überschritten zu haben. Dabei nimmt die KV keine Rücksicht auf das jeweilige Umfeld oder Einzugsgebiet der Praxis. Ganz gleich, ob zum Patientenstamm eines Arztes überdurchschnittlich viele Ältere, Behinderte oder Langzeitkranke zählen, die Honorierung erfolgt nach einem Durchschnitts-Punktwert, der von Quartal zu Quartal variieren kann. Für einen Hausbesuch erhält der Mediziner im Schnitt 21 Euro, egal, wie weit der Weg ist und wieviel Zeit die Visite in Anspruch nimmt.

Regressforderungen stellen Risiko für Niedergelassene dar

Insgesamt sind Landärzte mit ihrer Vergütung unzufrieden. Gemessen an ihrem Ausbildungsaufwand, der steigenden Zahl von Patienten und zunehmendem Verwaltungs- und Dokumentationsaufwand fühlen sich vor allem Hausärzte, die durchschnittlich jährlich 65000 Euro vor Steuern erwirtschaften, gegenüber anderen Berufsgruppen benachteiligt.

Umfragen des Marburger Bundes zufolge lieben die meisten Ärzte ihren Beruf. Sie haben ihn gewählt, um Menschen zu helfen, fühlen sich jedoch oft ohnmächtig gegenüber der ungerechten Honorarverteilung, die sie dazu anhält, Wirtschaftlichkeit über das Patientenwohl zu stellen.

Dass sich etwas ändern muss, hat auch der Gemeinsame Bundesausschuss (das höchste Gremium der gemeinsamen Selbstverwaltung im deutschen Gesundheitswesen) erkannt: Im Dezember wurde beschlossen, eine Richtlinie zu ändern, damit die Zulassung von Hausärzten in Mangelregionen ermöglicht werden kann. Ärztekammern werben schon länger für eine Niederlassung auf dem Land.

Da sich an dem System der Honorarvergabe bislang nichts geändert hat, haben einige mutige Mediziner Eigeninitiative entwickelt: Sie gaben ihre Kassenzulassung zurück und schlossen stattdessen direkte Verträge mit den Krankenkassen ab. Sollte das Beispiel sich bewähren, könnten unter Umgehung der KV Kosten gespart und die Patientenversorgung verbessert werden. *Manuela Rosenthal-Kappi*



Seltenheitswert: Eine eingehende Untersuchung des Patienten können sich immer weniger Hausärzte leisten Bild: I. Maurer/dapd

Zeitzeugen



Daniel Bahr – Der Bundesgesundheitsminister (FDP) hat die Krankenkassen aufgefordert, aufgrund der guten Kassenlage Rückerstattungen an die Versicherten auszuzahlen. Erste Krankenkassen wollen dem nachkommen. Für die Finanzierung der Pflegeversicherungsreform sind dafür Beitragserhöhungen fällig.

Philipp Rösler – Als studierter Arzt schien er für das Amt des Gesundheitsministers besonders geeignet. Rösler legte das Konzept einer Gesundheitsprämie anstelle der Beitragsbemessungsgrenze vor, um so den Ausgleich zwischen Arm und Reich bei der Krankenversicherung aufzufangen. Röslers Reformvorhaben scheiterte am Widerstand der CSU. Lediglich zwei Arzneimittelsparpakete konnte er in seiner Amtszeit durchsetzen.



Ulla Schmidt – Die SPD-Politikerin war von 2001 bis 2009 Bundesgesundheitsministerin und ab 2002 bis 2005 auch für Soziale Sicherung zuständig. Mit neun Jahren war sie die am längsten amtierende Gesundheitsministerin. In ihre Amtszeit fallen eine Reihe einschneidender Reformen, bei denen nicht nur Patienten belastet wurden. Auch Ärzte mussten Budgetkürzungen hinnehmen.

Frank Ulrich Montgomery – Der Hamburger Radiologe ist Präsident der Bundesärztekammer, der Spitzenorganisation der ärztlichen Selbstverwaltung. Bis 2007 leitete er den Klinikärzteverband Marburger Bund. Er gilt als versiert und rhetorisch geschickt. Montgomery, der für 400000 Ärzte spricht, drängt auf eine Nachbesserung am schwarz-gelben Versorgungsgesetzes, mit dem die Koalition dem Ärztemangel begegnen will.



Horst Seehofer – Als Gesundheitsminister kämpfte er während seiner gesamten Amtszeit von 1992 bis 1998 gegen die galoppierende Kostensteigerung im Gesundheitswesen und das Defizit der gesetzlichen Krankenversicherung. Das Gesundheitsstrukturgesetz 1993 zwang das Gesundheitswesen zu einem rigiden Sparzwang. Dieser führte nach nur einem Jahr zu einer Kostensenkung von umgerechnet 5,5 Milliarden Euro.

Kassenärztliche Vereinigungen hüten Budgets

Niedergelassene Ärzte mit Kassenzulassung sind in Deutschland gezwungenermaßen auch Mitglied einer Kassenärztlichen Vereinigung (KV), die es bundesweit gibt. Alle ambulanten medizinischen Leistungen, die für Kassenpatienten erbracht werden, müssen über die zuständige KV abgerechnet werden.

Die Kassenärztlichen Vereinigungen wurden in den 30er Jahren als Interessenvertretung der Ärzte gegründet, die bis dahin Einzelverträge mit den Krankenkassen abgeschlossen hatten, welche dabei die Konditionen bestimmten. Als Körperschaften des öffentlichen Rechts erfüllen die KVen auch Aufgaben der staatlichen Kontrolle. Sie haben die Pflicht, die medizinische Versorgung sicherzustellen. Sie brachten den Ärzten mehr Rechte, wie die Selbstverwaltung, Kollektivverträge, die Aushandlung von Honorarvereinbarungen und Zulassungsbestimmungen. Zu den Pflichten gehören der Verzicht auf das Streikrecht und der Sicherstellungsauftrag. Die KVen erhalten ihre Mittel von den Krankenkassen, mit denen sie Kollektivverträge ausgehandelt haben und verteilen diese nach bestimmten Verteilungsvorgaben an die niedergelassenen Ärzte.

Weit von der Basis entfernt

In den Augen dieser haben die KVen sich, obwohl von Ärzten geleitet, weit von der Basis entfernt. Während die Praxeninhaber seit Jahren Gewinneinbußen hinnehmen müssen, leisten die mächtigen Funktionäre sich neben einem großzügigen Mitarbeiterstab stolze Jahresgehälter von 178000 bis 230000 Euro plus Dienstwagen, Reisespesen und Altersvorsorgebezüge. Einen ähnlichen Lebensstil genehmigen sich Vorstände der gesetzlichen Krankenkassen. *MRK*

Die Zeche zahlt der Patient

Reformen bringen oft Verschlechterung für gesetzlich Versicherte

Weil die Kassenlage im Gesundheitssystem im vergangenen Jahr so gut war, dürfen gesetzlich Versicherte sich über den Wegfall der Praxisgebühr seit Beginn des Jahres freuen. Das kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es tendenziell in Zukunft für Patienten teurer wird, auch wenn für 2013 mit einem weiteren Anstieg der Reserven im Gesundheitsfonds auf 15 Milliarden Euro gerechnet wird.

Die Leistungskataloge der Krankenkassen werden nicht erweitert. Wer heute zum Arzt geht, bekommt nicht selten schon bei der Anmeldung eine Liste mit „Individuellen Gesundheitsleistungen", kurz IGeL, vorgelegt. Es handelt sich um Leistungen, die von der Krankenkasse nicht übernommen werden und die der Arzt dem Patienten gegen Selbstzahlung anbieten darf. Viele Patienten fühlen sich überrumpelt, wenn sie zu zusätzlichen kostenpflichtigen Untersuchungen überredet werden. IGel bietet Ärzten eine zusätzliche Einnahmequelle. 2010 hat die AOK das Volumen der Leistungen auf 1,5 Milliarden Euro geschätzt.

IGel-Listen entstanden in Folge der zahlreichen Gesundheitsreformen der vergangenen Jahre, denen viele Kassenleistungen zum Opfer fielen. Gesundheitsreformen sind gesetzliche Eingriffe in die Rahmenbedingungen der Krankenversicherung. Sie haben das Ziel, die Finanzierung medizinischer Leistungen zu sichern und den Beitragssatz zu stabilisieren.

Leistungen der Krankenkasse wurden gekürzt

In der Regel gehen Reformen mit Leistungseinschränkungen einher: Norbert Blüm (CDU) setzt sich bei der Gesundheitsreform 1989 für eine „Negativliste" für die vom Bundesgesundheitsministerium als unwirtschaftlich beurteilten Medikamente und höhere Rezeptgebühren ein. Ulla Schmidt (SPD) verschärft das Budget für Arzthonorare und Krankenhäuser. 2003 führt sie die Praxisgebühr ein. Seit 1997 wird schon kein Zuschuss mehr für Brillengestelle gewährt, für Kuren und Reha-Maßnahmen sind höhere Eigenbeteiligungen zu zahlen, das Krankengeld wird gesenkt. Seit 2004 werden keine Fahrtkosten für ambulante Behandlungen gezahlt, Leistungen für Brillengläser gibt es nicht mehr, das Sterbegeld wird ersatzlos gestrichen. Im Jahr 2006 liegt der Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenkasse bei 14,7 Prozent vom Brutto. Weil die Regierung Arbeitgeber von Lohnnebenkosten entlasten will, übernehmen diese nur noch einen Anteil von 6,9 Prozent, Arbeitnehmer zahlen 7,8. Krankenkassen erhalten die Möglichkeit, einen Zusatzbeitrag zu erheben. Seit 2009 ist der Anteil der Arbeitgeber weiter eingefroren, Kostensteigerungen müssen Versicherte selber tragen.

Derzeit wird die Reform der Pflegeversicherung umgesetzt. Mit dem „Pflege-Bahr" soll jeder eine staatlich geförderte Pflegeversicherung bei einem privaten Krankenversicherer abschließen können, an der sich der Staat bei einem Mindestbeitrag von zehn Euro mit fünf Euro beteiligt. Die Zeche für diese Reform zahlt wieder der Patient: Der Beitragssatz zur gesetzlichen Pflegeversicherung steigt von 1,95 auf 2,05 Prozent, für Kinderlose auf 2,3 Prozent. *MRK*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de
E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **1002**

Nur Mittel zum Zweck

Tarifverhandlungen für 12,5 Millionen Arbeitnehmer: Interessen prallen aufeinander

2013 dürfte das Jahr der deutschen Arbeitnehmer werden, will man nicht nur den Prognosen der Gewerkschaften, sondern auch der Wirtschaftsexperten und der Politiker Glauben schenken. Von vier, ja sogar sechs und mehr Prozent Lohnerhöhung ist die Rede. Allerdings haben die wenigsten der Genannten dabei das langfristige Wohl der deutschen Arbeitnehmer im Blick.

Das Jahr ist noch jung, aber bei Eon ließ die Gewerkschaft verdi ihre Mitglieder bereits für mehr Lohn marschieren. 6,5 Prozent wurde auf den Plakaten gefordert – bei einem vorhergesagten deutschen Wirtschaftswachstum von 0,5 bis 07, Prozent. In der Größenordnung von 6,5 Prozent bewegen sich auch die Lohnforderungen, die bei den Ende Januar startenden Verhandlungen für die eine Million Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes der Länder von verdi und dem Beamtenbund genannt werden. Insgesamt laufen in diesem Jahr die Tarifverträge für 12,5 Millionen Arbeitnehmern aus. Da im Herbst Bundestagswahlen sind, ist davon auszugehen, dass die Politik die Gewerkschaften nicht zur Mäßigung aufrufen wird, denn schließlich ist ja alles zum Wohle der Arbeitnehmer und der Binnennachfrage, die dabei angekurbelt wird. Zufriedene Arbeitnehmer drohen nicht so schnell zu Protestwählern zu werden, was ganz im Sinne der großen sogenannten Volksparteien ist.

Doch die anstehenden Tarifverhandlungen sollen noch viel mehr, denn geht es nach dem Wirtschaftsweisen Peter Bofinger und dem gewerkschaftsnahen Wirtschaftsforschungsinstitut IMK, dann sollen sie Europa aus der Krise helfen. „Deutschland muss teurer werden“, so das ständige Mantra von Bofinger. Er ist überzeugt, dass, wenn die Löhne sehr stark steigen, die Deutschen auch mehr aus dem EU-Ausland importieren und dort neue Arbeitsplätze schaffen. Und da, ganz nebenbei, die Produktion in Deutschland teurer wird, das Land also seine Wettbewerbsfähigkeit einbüßt, eine Produktion im südeuropäischen Ausland für Unternehmen

> Deutschland soll teuer werden, um den Euro zu retten

wieder attraktiver wird und auf diese Weise dort ebenfalls Arbeitsplätze entstehen. Dies sei ein Beitrag zur Stabilisierung der Eurozone und „kein Opfer“, springt ihm IMK-Direktor Gustav Horn bei. Und auch der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble betont, dass steigende Löhne zum Abbau von Ungleichgewichten in Europa beitragen würden.

Joachim Scheide vom Institut für Weltwirtschaft in Kiel (ifw Kiel) reagiert, als ihn die *PAZ* mit den Argumenten von Bofinger und dem IMK konfrontiert, ablehnend. „Im Interesse von Europa? Gemeint ist wohl die Idee, Deutschland solle seine Wettbewerbsfähigkeit bewusst verschlechtern (Löhne stärker rauf als anderswo) mit dem Ziel, dass andere Länder auch ihre Exporte steigern können und so die Leistungsbilanzdefizite verringern. Das ist aber aus verschiedenen Gründen absurd. Erstens, warum sollte Deutschland das tun? Wie kann es anderen besser gehen,

> Am meisten freut sich Schäuble über saftige Lohnerhöhungen

weil es uns schlechter geht“, fragt der Leiter des ifw-Prognose-Zentrums. „Zweitens würde dann die Arbeitslosigkeit höher sein als bei einem nicht so starken Anstieg der Löhne. Wollen wir das? Schließlich werden die Löhne danach bestimmt, wie die Situation in den Firmen ist und in welcher Verfassung der Arbeitsmarkt ist.“

Schäuble hat zudem noch ein anderes Interesse, denn wer profitiert schließlich am meisten von Lohnerhöhungen der Arbeitnehmer? Dank der kalten Progression landet mehr als die Hälfte der Lohnerhöhungen entweder bei den Sozialversicherungen oder durch die Einkommenssteuer direkt beim Staat. Und dank Mehrwertsteuer und Ähnlichem profitiert der Staat auch, wenn der Bürger den Rest für den Konsum verwendet. Neben der Inflation hat die kalte Progression dazu geführt, dass die Arbeitnehmer in den letzten Jahren real keine oder nur geringe Lohnerhöhungen hatten. Zugleich wird aber der Standort Deutschland teurer.

Dass all dies nicht grundsätzlich gegen Lohnerhöhungen spricht, wird dadurch bestätigt, dass sich selbst arbeitgebernahe Ökonomen für Lohnerhöhungen aussprechen. Doch sollte der Arbeitnehmer stets wissen, dass seine Interessen keineswegs im Fokus seiner scheinbaren Fürsprecher stehen. Michael Hüther, Direktor des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), merkt an, dass neben Lohnerhöhungen noch andere Aspekte im Interesse der Arbeitnehmer stünden. So müsse es auch Ziel sein, die Zahl der Erwerbstätigen allgemein zu erhöhen beziehungsweise sollten sich die Lohnerhöhungen in einem Rahmen bewegen, der keine Entlassungen zur Folge habe. Denn, so betont auch Scheide vom ifw Kiel: „Zwar geht es denen, die beschäftigt bleiben, relativ gut, sie haben eine höhere Kaufkraft. Andere werden aber entlassen, und ihre Kaufkraft sinkt massiv. Insgesamt gibt es also weniger, nicht mehr Nachfrage.“ *Rebecca Bellano*



Start ins Jahr der Lohnerhöhungen: verdi-Streik bei Eon am 14. Januar Bild: pa

MELDUNGEN

Ostpreuße wird Kirchenpräses

Bad Neuenahr – Die Landessynode der rheinischen Kirche hat den aus Ostpreußen stammenden Theologen Manfred Rekowski zum neuen Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland gewählt. Sein Zuständigkeitsbereich umfasst Teile Nordrhein-Westfalens, Hessens, des Saarlandes sowie von Rheinland-Pfalz und zählt 2,77 Millionen Mitglieder. Rekowski wurde am 11. Februar 1958 in Moythienen in Masuren geboren und wuchs ab seinem fünften Lebensjahr im Ruhrgebiet und im Rhein-Sieg-Kreis auf. Seit zwei Jahren gehört Rekowski als Chef der Personalabteilung zur Leitung der rheinischen Kirche. Zuvor war er als Superintendent des Kirchenkreises Wuppertal und als Gemeindepfarrer tätig. Anfang März wird Rekowski in sein neues Amt eingeführt. *J.H.*

Aus für kleine Rentenreform

Berlin – Nachdem die CSU der sogenannten Lebensleistungsrente von Arbeitsministerin Ursula von der Leyen eine Absage erteilt hat, drängt die FDP auf eine kleine Rentenreform. Bevor man in dieser Legislaturperiode in Sachen Rente gar nichts zustande brächte, solle die Bundesregierung dringend die Dinge beschließen, bei denen sich alle einig seien. Dies ist bezüglich der Anhebung der Zuverdienstgrenzen beim früheren Renteneintritt, Änderungen beim sogenannten Rehadeckel sowie Verbesserungen für Bezieher von Erwerbsminderungsrenten der Fall. Doch Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich bereits gegen eine kleine Rentenreform ausgesprochen. Die CDU-Chefin will die große Reform im Sinne von von der Leyens. Im Notfall will Merkel sich persönlich für das Thema einbringen. Die Lebensleistungsrente ist allerdings auch innerhalb der CDU umstritten. *Bel*

Einmal geht noch

NRW verzockt sich mit Spielbanken

Endgültig vorbei zu sein scheint die Zeit, in der der Betrieb einer Spielbank einer Garantie auf saftige Gewinne für den Betreiber nahekommt. Gleich mehrere Millionen Euro hat das Land Nordrhein-Westfalen mit seiner staatlichen Beteiligung an Spielcasinos der „Westspiel“-Gruppe verzockt.

Über die NRW-Bank ist das Land insgesamt an sieben Casinos beteiligt. Neben den Spielbanken in Aachen, Oeynhausen, Hohensyburg und Duisburg werden auch Beteiligungen außerhalb von Nordrhein-Westfalen gehalten: in Bremen, Berlin und Erfurt.

Es sind diese drei Standorte außerhalb der Landesgrenze, die sich als Verlustbringer entpuppt haben. Allein im Geschäftsjahr 2010 wurden dort insgesamt vier Millionen Euro an Verlusten verursacht. Nach Informationen der Tageszeitung „WAZ“ steht inzwischen der Verkauf der Spielbanken außerhalb von NRW an. Der Verkauf des Berliner Casinos steht vor dem Abschluss, Verhandlungen über die Veräußerung der Bremer Spielbank und des Casinos in Erfurt laufen bereits, so die „WAZ“. Hinter den roten Zahlen der Spielcasinos steht vor allem eine Ursache: der Siegeszug illegaler Online-Casinos im Internet. Diese ziehen immer mehr Kunden von den etablierten Spielbanken weg, so dass nur noch Spielbanken an zentral gelegenen Orten als rentabel gelten.

Rien ne va plus? In Düsseldorf sieht man das anders

Trotz der Millionenverluste und des geänderten geschäftlichen Umfeldes scheint auf Seiten der rot-grünen Landesregierung die Hoffnung auf Gewinne durch Spielbanken noch immer ungebrochen. Mit breiter Mehrheit hat der NRW-Landtag vor wenigen Wochen den Beschluss zur Vergabe einer fünften Casino-Lizenz gefasst. Als Favorit, zum Standort einer weiteren Spielbank zu werden, gilt die Stadt Köln.

In den Besitz des Landes sind die Spielbankbeteiligungen durch die Schieflage der WestLB gelangt. Mit der Aufspaltung der WestLB gingen die Spielbank-Beteiligungen an die landeseigene NRW-Förderbank über. *N.H.*

Zum Sterben in die Fremde

Geldnot und Personalmangel treiben Pflegebedürftige in Heime nach Osteuropa

Der Pflegemarkt wird zunehmend globaler und individueller. Während in Luxemburg die Mehrheit des Pflegepersonals in Alters- und Pflegeheimen der besseren Löhne wegen aus Deutschland sind, werden deutsche Pflegebedürftige inzwischen von einem Heer von rund 200 000 meist illegalen Pflegekräften aus Osteuropa in deutschen Haushalten gepflegt. Jetzt treten auch die ersten deutschen Pflegebedürftigen völlig legal den umgekehrten Weg in ein Alters- oder Pflegeheim in Osteuropa an, obwohl sie nicht die Sprache der Menschen dort sprechen und sich in eine gesellschaftliche Isolation begeben.

Das erste Seniorenheim für Deutsche in Osteuropa wurde im slowakischen Golddorf [Zlatná na Ostrove] in der Westslowakei eröffnet. Ein weiteres Seniorenheim liegt in Pohronsky Ruskov nahe der ungarischen Grenze. In diesen Häusern wohnen Deutsche, Ungarn und Slowaken, teilweise teilen sie sich die Doppelzimmer. Nachdem die Häuser in der Slowakei gut funktionierten kamen zunehmend Anfragen mit Interesse an Tschechien. Darunter waren sehr viele Sudetendeutsche, die sich dazu entschieden haben, wieder in ihre Heimat zurückzugehen. Am 3. Januar wurde ein kleines, familiär betriebenes Seniorendomizil mit 20 Plätzen für Deutsche in Tschechien eröffnet. Das Heim liegt zirka zehn Kilometer von der deutschen Grenze entfernt, auf Höhe der fränkischen Stadt Amberg. Vermittler ist Artur Frank. Der Deutsche lebt seit sechs Jahren in der Slowakei und hat bislang slowakische Pflegekräfte nach Deutschland und Österreich vermittelt. Seine Kunden haben ihn gefragt, ob er nicht auch Pflegeplätze vor Ort anbieten könne. Inzwischen hat er rund 50 Deutsche und Österreicher in slowakischen Heimen untergebracht.

> Pflegebedürftige ziehen dorthin, wo die Pfleger sind

Zwei Gründe verleiten immer mehr Deutsche, ihren Lebensabend nicht nur als Rentner unter der südlichen Sonne, sondern auch in den angrenzenden Ländern Mittel- und Osteuropas zu verbringen. Der erste sind finanzielle Überlegungen, weil nicht wenige Familien durch die Pflegekosten in Deutschland oder Österreich an ihre Grenzen kommen. Während die Rentenhöhe seit Jahren stagniert, muss man in der Pflegestufe 3 im Durchschnitt 3400 Euro monatlich für einen solchen Pflegeplatz bezahlen. Nicht einmal die Hälfte davon übernimmt die Pflegeversicherung. In Osteuropa dagegen kostet ein Pflegeplatz 1100 Euro, also zwei Drittel weniger als in Deutschland. Bisher ist Pflege im Ausland Privatsache. Von den Pflegekassen gibt es keine Kostenübernahme für die Heime, sondern lediglich Pflegegeld. Diese Summe, knapp 700 Euro in Pflegestufe 3, ist eigentlich für Pflegebedürftige gedacht, die sich zu Hause von Angehörigen versorgen lassen. Viele nutzen das Pflegegeld für die Heimkosten im Ausland.

> Pflege ist im Ausland noch kein Wettrennen gegen die Uhr

Ein weiterer Grund ist, dass immer mehr Familien mit der Pflegeleistung in ihrem Heimatland nicht mehr zufrieden sind und deswegen nach Alternativen im Ausland suchen. In vielen osteuropäischen Ländern gibt es in der Betreuung von Pflegebedürftigen keine sogenannte zeitgetaktete Pflege, die aus der Pflege ein Wettrennen mit der Zeit macht.

Es gibt Pflegeheime für Deutsche auf Lanzarote und Gran Canaria, auf dem spanischen Festland und in Thailand. Oft betreiben deutsche Träger direkt diese Einrichtungen. Zum Beispiel das evangelische Johanneswerk oder die Diakonie Neuendettelsau. Gerade Länder wie Spanien oder Griechenland wären angesichts der Wirtschaftskrisen logische Partner, um deutsche Pflegebedürftige aufzunehmen, allerdings gibt es kaum entsprechende Strukturen vor Ort.

Pflegebedürftige dort zu versorgen, wo die Pfleger sind, wäre eine sinnvolle Alternative dazu, die Fachkräfte zu importieren. Das haben offenbar auch die deutschen Krankenkassen erkannt. Sowohl der AOK-Bundesverband als auch die Barmer GEK halten Verträge mit Heimen im Ausland zumindest für diskussionswürdig. Im Reha-Bereich gibt es bereits Verträge. Die deutsche Sozialgesetzgebung schränkt die Vertragsfreiheit der Pflegekassen bislang aber ein. Wahrscheinlich haben viele Politiker bislang noch zu viel Angst vor der politischen Wirkung, wenn mit deutschen Sozialversicherungsleistungen in Spanien oder der Slowakei Arbeitsplätze in der Pflege finanziert würden. *Bodo Bost*

MELDUNGEN

Slowakei: Land der Nesthocker

Brüssel – Die extrem hohe Jugendarbeitslosigkeit in Süd- und Osteuropa hat auch zur Folge, dass immer mehr junge Menschen immer länger bei ihren Eltern wohnen. Eine EU-Studie hat ergeben, dass Spanien keineswegs mehr Hochburg der sogenannten Nesthocker ist. In dem Land leben „nur“ 37,8 Prozent der 25- bis 34-Jährigen noch bei ihren Eltern. In Portugal sind es sogar 46,3 Prozent und in Italien 44,7 Prozent. Besonders häufig bleibt in der Slowakei der Nachwuchs in den vier Wänden seiner Eltern leben. Dort sind es 56,4 Prozent. Ganz anders sieht es im Norden Europas aus. In Dänemark zieht es die Kinder besonders häufig ins eigene Zuhause. Dort leben nur 1,9 Prozent der genannten Altersgruppe noch bei Mutter und Vater. In Deutschland sind es 14,7 Prozent, was in etwa mit den Werten von Belgien und Frankreich vergleichbar ist. *Bel*

Cameron: Vorerst kein EU-Austritt

London – Nachdem zahlreiche Vertreter aus der britischen Wirtschaft David Cameron die Vorzüge eines Verbleibs Großbritanniens in der Europäischen Union ans Herz gelegt haben und auch die US-Regierung Druck auf den britischen Premier ausgeübt hat, gibt dieser sich gegenüber Brüssel zahm. Zwar sei er nicht mit allen Aspekten der EU zufrieden, aber er befürworte derzeit kein Referendum zu einem EU-Austritt seines Landes. In Großbritannien stehen viele Bürger der EU kritisch gegenüber. Vor allem in Camerons Partei finden sich viele EU-Gegner, die einen EU-Austritt befürworten. Camerons jetzige Festlegung dürfte seine Partei Wähler kosten, da die EU-feindliche Unabhängigkeitspartei von Nigel Farage ein Auffangbecken für EU-Kritiker bietet. *Bel*

Aufstand der Armen Europas droht

Das Internationale Rote Kreuz warnt vor Protesten, die denen des »Arabischen Frühlings« ähneln

Während EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso in der Euro-Krise das Schlimmste für überwunden hält, laufen beim Internationalen Komitee des Roten Kreuzes (IKRK) die Vorbereitungen für einen neuen humanitären Großeinsatz. Nicht Haiti oder Afghanistan gilt als nächster Krisenherd, sondern Europa.

Für deutsche Ohren waren es ungewohnt deutliche Worte, die Yves Daccord, der Leiter des IKRK, in der dänischen Zeitung „Politiken“ unlängst angeschlagen hat. „Unsere Analyse ist, dass es in den nächsten zwei bis vier Jahren sehr schwer wird in Europa. Wir müssen bereit sein.“ Befürchtet wird beim IKRK nichts anderes, als dass die Situation in den Krisenländern Südeuropas zu Explosionen führt, die ähnlich den Revolutionen in Nordafrika sind. „Ich möchte hier klarstellen, dass ich nicht damit rechne, dass es in Europa einen Bürgerkrieg wie in Syrien geben wird. Ich rechne also nicht damit, dass es in Europa zu einem vollumfänglichen Krieg kommen wird, aber ich glaube, dass wir uns hier auf Gewalt einstellen müssen“, so die Warnung des Schweizer Chefs des IKRK. Der Anlass für seine düstere Prognose waren alarmierende Berichte über soziale Notlagen, die aus europäischen Niederlassungen des IKRK im Laufe des Jahres 2012 eingetroffen sind.

Was sich in Teilen der Euro-Zone anbahnt, wird mit Blick auf Spanien deutlich. Hier hilft das Rote Kreuz inzwischen mehreren Millionen Menschen – 300000 von ihnen gelten sogar als „extrem gefährdet“ – sie würden ohne Hilfe überhaupt nicht mehr über die Runden kommen. Welche soziale Sprengkraft sich aufbaut, lassen die spanischen Arbeitslosenzahlen erahnen. Mit über 26 Prozent steht Spanien für die höchste Arbeitslosenquote in der EU. Das ist allerdings nicht der einzige unrühmliche Rekord. Spanien und Griechenland wiesen 2012 die höchsten Arbeitslosenquoten auf, die von der Uno weltweit überhaupt statistisch erfasst wurden.



Bis jetzt protestieren sie friedlich: Demonstrationen gegen die Sparprogramme in Spanien Bild: pa

Die Rekordarbeitslosigkeit ist allerdings nur ein Teil einer brisanten Mischung, die zusätzlich aus Überschuldung, zwangsgeräumten Immobilien und am Ende aus regelrechter Verelendung besteht. Nach Auslaufen des Arbeitslosengeldes wird in Spanien nur noch für weitere sechs Monate ein Sozialgeld von rund 400 Euro gezahlt, danach stehen Betroffene ohne staatliche Hilfen da und erhalten bestenfalls gelegentlich Lebensmittelpakete. Die Folge: Sozialverbände schätzen, dass von den 47 Millionen Spaniern mittlerweile bis zu acht Millionen auf Armenküchen, Sozialeinrichtungen oder den Rückhalt ihrer Familien angewiesen sind. Ähnlich ist die Lage in Griechenland, wo das dortige nationale Rote Kreuz mittlerweile vor der Zahlungsunfähigkeit steht. Nach milliardenschweren Rettungspaketen, Reformversprechen und

> Von anderer Seite werden Kriege nicht ausgeschlossen

Sparrunden gehen selbst offizielle Schätzungen davon aus, dass mittlerweile mehr als ein Drittel der Griechen in Armut lebt. Suppenküchen und bargeldloser Tauschhandel sind für Teile der Bevölkerung inzwischen zum Alltag geworden.

Wie in Spanien droht in Griechenland die Jugend zum gesellschaftlichen Sprengsatz zu werden. In beiden Ländern ist mittlerweile die 50-Prozent-Marke bei der Jugendarbeitslosigkeit deutlich überschritten, in Italien beträgt die Quote inzwischen auch mehr als 30 Prozent. Das Gewaltpotenzial, das sich aufbaut, wenn jeder zweite oder dritte Jugendliche ohne Arbeit ist, dürfte sich früher oder später entladen – zumal eine Besserung der Lage nicht in Sicht ist.

Das Festhalten an der gescheiterten Einheitswährung Euro versperrt den Weg, mit dem in der Vergangenheit erfolgreich die Wettbewerbsfähigkeit hergestellt wurde: Durch Abwertung einer eigenen nationalen Währung. Unter dem Euro bleibt nur die „innere“ Abwertung: durch Entlassungen, Lohnkürzungen und Einsparungen. Die verheerenden Resultate dieser „Therapie“ sind mittlerweile in Spanien und Griechenland immer deutlicher zu sehen. Am Ende könnte der Satz „Scheitert der Euro, dann scheitert Europa“ eine ganz andere Bedeutung bekommen, als sich dies Bundeskanzlerin Merkel vorgestellt hat. Mit dem Festhalten am Euro scheitert Europa.

Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes (IKRK) ist mit seiner Befürchtung, dass Europa auf soziale Unruhen und Revolten zusteuert auch nicht allein. US-Hedgefondsmanager Kyle Bass dürfte vielen Normalbürger kaum ein Begriff sein, unter Investoren hat seine Meinung allerdings einiges Gewicht. Sowohl die US-Subprime-Krise als auch die Euro-Krise hat Bass treffsicher kommen gesehen. Er gibt – im Gegensatz zu EU-Kommissionschef Barroso – der Euro-Zone mittlerweile keine Zukunft mehr.

Noch größere Probleme sieht er im globalen Maßstab für die nächsten Jahre. Die weltweit aufgehäuften Schuldenberge sind seiner Meinung nicht mehr beherrschbar. Die an den Kreditmärkten umlaufenden Schulden hätten ein Ausmaß von 340 Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung erreicht, unter einer solchen Bürde habe die Menschheit noch niemals Frieden wahren können, so Kyle Bass. Seine Prognose: Soziale Spannungen werden manche Gesellschaften regelrecht zerreißen. Damit nicht genug. „Das endet im Krieg“, so seine Befürchtung: „Ich weiß nicht, wer gegen wen kämpfen wird, aber ich bin mir ziemlich sicher, dass in den nächsten Jahren Kriege ausbrechen werden, und nicht nur kleine.“

Norman Hanert

Übermüdet in die Luft

EU will Ruhezeiten für Piloten nicht im Sinne der Fluggäste regeln

Übermüdete Cockpitbesatzungen sind bei vielen Fluglinien Europas inzwischen zu einem verbreiteten Sicherheitsproblem geworden. EU-Pläne zur „Harmonisierung der Arbeitszeiten“ versprechen keine Abhilfe, sondern sogar eine weitere Verschärfung des Problems: Nicht einmal ein Jahr ist es her, dass ein Air-Berlin-Flug von Palma de Mallorca nach München für Aufsehen sorgte. Vor der Ankunft in München ging von der Crew an die Flugsicherung die Warnmeldung, dass die Landung nicht durch die Piloten selbst, sondern computergesteuert per Autopilot erfolgen wird. Der angegebene Grund: ein Erschöpfungszustand der Piloten, sie waren übermüdet.

Der Vorfall kann symbolisch dafür stehen, wie sich die Arbeitsbedingungen vieler Piloten in den letzten Jahren grundlegend gewandelt haben. Der einstige Traumberuf Pilot hat sich oftmals zu einem regelrechten Knochenjob entwickelt. Die Explosion der Fluggastzahlen, steigender Kostendruck und die Konkurrenz der Billigflieger haben das Arbeitspensum für viele Piloten drastisch ansteigen lassen. Der fliegerische Alltag besteht mittlerweile oft nur noch aus nervenaufreibender Kurzstreckenfliegerei: Statt Rio de Janeiro oder Kapstadt samt ausgedehntem Zwischenstopp steht sechsmal am Tag die Strecke Berlin–Köln auf dem Dienstplan. Die Folge der Entwicklung: Für viele Piloten sind die


Stress: Piloten auf Kurzstrecken

Ruhezeiten zwischen den Schichten inzwischen so drastisch zusammengeschrumpft, dass sich in den Cockpits immer öfter Schlafmangel bemerkbar macht.

Eine Umfrage der deutschen Pilotenvereinigung „Cockpit“ förderte zu Tage, dass 36 Prozent der Flugkapitäne schon einmal unfreiwillig an Bord eingenickt waren. Ebenso drastisch sind die Daten, die von der European Cockpit Association (ECA) vorgelegt wurden: Vier von fünf Piloten leiden bereits jetzt an Schlafmangel. Ein Drittel der Cockpitbesatzungen berichtete von Fällen, dass Pilot und Copilot eingenickt waren, während der Bordcomputer das Flugzeug weitersteuerte.

Die Lage droht sich sogar zu verschärfen. Bereits seit dem Jahr 2008 sind die Flugdienstzeiten in Europa einheitlich geregelt, noch können allerdings auf nationaler Ebene strengere Regelungen – sprich: längere Ruhezeiten – angewendet werden. Bei großen deutschen Fluglinien sorgen etwa Tarifverträge dafür, dass Piloten bessere Arbeitsbedingungen erhalten als europaweit gesetzlich vorgesehen ist. Statt zehn Stunden Ruhezeit zwischen den Dienstschichten werden häufig zwölf Stunden eingeräumt.

In Brüssel mehren sich inzwischen die Zeichen, dass mit derlei Regelungen auf nationaler Ebene bald Schluss sein wird. Was stattdessen droht, wurde unlängst von Mitgliedern der niederländischen Expertengruppe für Flugsicherheit klar gemacht: ausgerechnet die schlechtesten Bedingungen, die sich in einem der EU-Mitgliedsländer finden lassen, haben aktuell die besten Chancen, europaweit zur verbindlichen Vorschrift für die Arbeitszeiten von Piloten zu werden. *N.H.*

Abwehr zeigt Wirkung

Piratenüberfälle vor der ostafrikanischen Küste zurückgegangen

Die großen Zeiten der Piraterie vor der ostafrikanischen Küste scheinen vorbei zu sein. Angesichts wachsamer internationaler Marineschiffe der Mission „Atalanta“ in dem Seegebiet und bewaffneter Wachen auf vielen Handelsschiffen ging die Zahl der erfolgreichen Überfälle, die mit Geiselnahmen endeten, von 25 im Jahr 2011 auf fünf im vergangenen Jahr zurück. Die bisherigen Geldgeber der Piraten sehen ihre Renditen gefährdet und sind nicht mehr bereit, sich zu engagieren. Zu dieser Entwicklung haben neben der Marinepräsenz bewaffnete Sicherheitsdienste auf Handelsschiffen beigetragen. Kein so geschütztes Schiff wurde bislang entführt. Vielmehr drehten die Angreifer zumeist ab, nachdem Warnschüsse fielen. Noch allerdings fahren weiterhin ungeschützte Schiffe durch die Gefahrenregion und bieten sich als leichter zu überwindende Angriffsziele an.

Gleichzeitig hat die Piraterie vor Westafrika neue Dimensionen erreicht. Im Vergleich zu den Überfällen vor der ostafrikanischen Küste gehen die Piraten am Golf von Guinea sehr brutal vor. Ihnen ist nicht wichtig, Menschenleben zu schonen, um mit Geiseln Lösegeld zu erpressen. Stattdessen haben sie es auf Schiffsladungen und Wertgegenstände an Bord abgesehen. Daher greifen sie bei Widerstand schnell zur Schusswaffe. Dazu sagt Noel Choong, Leiter des Büros Kuala Lumpur des Piracy Reporting Center (PRC): „Sie stammen hauptsächlich aus Nigeria. Ihr Hauptinteresse erstreckt sich auf Öl und Gas. Den Treibstoff pumpen sie ab, um ihn selbst zu verbrauchen oder sie bieten ihn auf dem Schwarzmarkt an.“ Das PRC gehört zum

> Gewässer vor Westafrika dagegen weiter gefährlich

Internationalen Schifffahrtsbüro (IMB) der Internationalen Handelskammer und dient als zentrale Meldestelle für Piratenattacken.

Als die nigerianische Marine 2010 begann, hart durchzugreifen, wichen die Seeräuber Richtung Westen vor die Küste Benins aus. Mittlerweile gelten die Küstengewässer von Sierra Leone bis Kamerun als besonders pirateriegefährdet. Genaue Zahlen sind schwer zu erhalten, das PRC vermutet, dass die Dunkelziffer der gekaperten Schiffe im Golf von Guinea sehr groß ist. Viele Kapitäne melden die Vorfälle nicht, weil sie selbst in dunkle Geschäfte verwickelt sind oder ihre Reeder Angst vor einem starken Anstieg der Versicherungsprämien haben. Der westafrikanische Staat Benin leidet besonders unter der Piraterie. Allein mit dem Güterumschlag und den Zollgebühren im Hafen von Cotonou erwirtschaftet das Land zehn Prozent seines Bruttoinlandprodukts. Cotonou gilt als regionaler Umschlagplatz für gebrauchte Fahrzeuge aus Europa und ist Verschiffungsort für Baumwolle aus Westafrika. Zudem sind Nachbarstaaten wie Niger oder Burkina Faso auf den Hafen als Güterumschlagplatz angewiesen, da sie keinen direkten Zugang zum Meer haben. Um die Sicherheitslage zu verbessern, haben sich die Küstenwachen von Benin, Nigeria und Togo zusammengeschlossen. „Allerdings ist es eine riesige Fläche, welche diese Küstenwachen überwachen müssen“, dämpft Choong die Hoffnung auf schnelle Erfolge. Auf internationaler Ebene gibt es bisher nur wenige französische, britische und amerikanische Schiffe, die im Golf von Guinea patrouillieren. Als Grund für die Zunahme der Piraterie vor Westafrika nennt Pottengal Mukundan, Chef des PRC: „Einige Anrainerstaaten am Golf von Guinea haben nicht einmal ausreichend Treibstoff, um Überwachungsschiffe vor ihren Küsten zu betanken, weil ihnen die finanziellen Mittel dafür fehlen.“

Eigel Wiese

»Made in Germany« zieht wieder

Produktionsverlagerung deutscher Unternehmen ins Ausland auf niedrigstem Stand seit fast 20 Jahren

„Made in Germany“ ist nicht nur ein Gütesiegel besonderer Art, sondern auch ein Standortvorteil. Viele deutsche Unternehmen besinnen sich wieder darauf und verlegen ihre Produktion zurück ins Inland.

Der Produktionsstandort Deutschland liegt wieder im Trend. Die Verlagerung von Produktionen ins Ausland ist – erstaunlich genug – auf dem niedrigsten Stand seit Mitte der 90er Jahre angelangt. Dies besagt eine Studie, die das Fraunhofer-Institut und die Hochschule Karlsruhe im Auftrag des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI) durchgeführt haben. VDI-Präsident Bruno O. Braun zum „Handelsblatt“: „Lediglich acht Prozent der Betriebe des deutschen Verarbeitenden Gewerbes haben von 2010 bis Mitte 2012 Teile ihrer Produktion ins Ausland verlagert. Das ist der niedrigste Wert seit 18 Jahren und er zeigt deutlich: Made in Germany schlägt Low Cost. Allerdings: Etwa ein Fünftel der deutschen Produktionskapazität ist nach wie vor im Ausland angesiedelt. Doch eines von vier Unternehmen, die ihre Produktion bereits verlagert hatten, kehrte schon heim. Im Vordergrund für Entscheidungen zum „Rückmarsch“ stehen Flexibilitätsverluste und Qualitätseinbußen.

Nach der EU ist China der bevorzugte Standort für industrielle „Auswanderer“. Gerade China aber bleibt heißes Terrain nicht nur für Menschenrechtler und Kirchen, sondern auch für Technologieführer: Selbst Volkswagen, Marktführer im chinesischen Pkw-Sektor, wurde Zielscheibe von Patentklau. Die Chinesen wollten frohgemut ein VW-Getriebe nachbauen, um zu den Wolfsburgern in Russland in Konkurrenz treten zu können. Missetäter soll dabei ausgerechnet das Changchuner Staatsunternehmen FAW sein, seit nahezu einem Vierteljahrhundert die Partnerfirma von VW. Der deutsche Partner soll vom chinesischen Joint-Venture-Partner ausspioniert und betrogen worden sein. Jörg Rudolph vom Ostasienzentrum der FH Ludwigshafen meinte dazu: „Für die Autobauer heißt das, dass man in China weiter daran interessiert ist, diese Techniken für sich abzugreifen. Daran wird sich sicher nichts ändern.“

Die Beweggründe für Direktinvestitionen in ausländischen Märkten sind vielgestaltig. Die Palette reicht von der Rohstoffversorgung über Lohnkostenvorteile bis zur Erschließung neuer Absatzmärkte – die Produktion inmitten des Absatzmarktes kann der letzte natürliche Schritt im Exportprozess sein. Daneben sind steuerliche Belange und auch staatliche Restriktionen und Reglementierungen ausschlaggebend, teils zwingend. Oft indes werden die Anlaufzeiten bis zur Inbetriebnahme einer ausländischen Produktionsstätte arg unterschätzt. Die Lieferantensuche vor Ort kann beschwerlich werden. Termine werden viel zu oft nicht eingehalten. Interkulturelle Probleme treten ungeahnt auf den Plan: Das Personal ist aus deutscher Sicht nicht selten illoyal, wozu auch häufige Krankmeldungen gezählt werden. Passende Fachkräfte fehlen oder wandern nach kurzer Zeit wieder ab. Die verlockenden Lohnvorteile können im Zuge der Weiterentwicklung einer Volkswirtschaft dann oft verflachen und die angestrebten Vorteile mehr als aufreiben.

> Deutschland eine der wettbewerbfähigsten Volkswirtschaften

Viele Unternehmen klagen auch darüber, im Ausland hergestellte Produkte an den deutschen Stammsitz zur qualitativ zufriedenstellenden „Endpolitur“ transportieren zu müssen, was unter anderem die Logistikkosten nach oben katapultiert. Und in Indien muss man die Straße zum Werksgelände oftmals mutterseelenallein selbst bauen, möchte man einen solchen „Luxus“ sein eigen nennen. Man benötigt zudem ausreichend erfahrene Manager vor Ort, die Anpassungsfähigkeit, kulturelle Sensibilität und Sprachkenntnisse aufweisen. Denn häufig rufen Fehlinterpretationen eines fremdkulturellen Verhaltens Pannen oder Missverständnisse hervor. Auslandsentsendungen und interkulturelle Schulungen und Coachings haben ihren Preis.

Hat der lutherbiblische Psalm „Bleibe im Lande und nähre Dich redlich?“ also noch Tragfähigkeit in Zeiten ungebremster Globalisierung? Faktum ist: Deutschland zählt nach einer 2012 veröffentlichten Studie der Schweizer Business School IMD als einziger Staat in Euro-Land zu den zehn wettbewerbsfähigsten Volkswirtschaften der Erde. Einmal abgesehen vom ewigen Klumpfuß „deutsches Steuersystem“ werden gut ausgebildete Beschäftigte, politische Beständigkeit und eine verlässliche Infrastruktur als Kronjuwelen des Standortes Deutschland gelobt, zudem auch die „starke Kultur in Forschung und Entwicklung, das hohe Bildungsniveau und die effektive Justiz“.



Produktion in China: Große Unternehmen wie VW werden von Peking genötigt, vor Ort zu produzieren, damit sie ihre Waren in China verkaufen dürfen. Mittelständler treten aber immer öfter den Rückzug an. Bild: argus

„Made in Germany“ hat offenbar auch in einer sich globalisierenden Welt eine glänzende Zukunft. Viele Unternehmen jedoch nutzen die Vorteile des markanten Gütesiegels, die sich aus ihrem deutschen Stammsitz und ihrer Herkunft ergeben, nicht genügend aus. Sichtbar auch an E-mail- und Webseiten-Kennungen, die auf „.eu“ enden, was in Fällen international gespreizter Firmen angehen mag, im Falle von Mittelständlern hingegen eher anbiedernd-modernistisch, wenn nicht lächerlich herüberweht. Deutsche Unternehmen sollten ihre deutschen, weltweit respektierten Gütecharakteristika herausstellen. Denn: Manch anderes der über 230 Exportländer in dieser Welt wäre für ein solches Alleinstellungsmerkmal hochdankbar. „Made in China“ reicht an diesen Klang noch lange nicht heran. Es ist somit gar nicht einzusehen, weswegen unsere Unternehmer ihren traditionellen Heimvorteil nicht nutzen sollten – desgleichen in der heimischen Produktion, die sich vom Güteanspruch her vor niemandem verstecken muss.

Norbert J. Breuer

KURZ NOTIERT

Immer mehr Frauen arbeiten: Nach Schweden, Dänemark und Finnland hat Deutschland inzwischen die höchste Frauenerwerbsquote in Europa. Während diese im europäischen Vergleich bei 64,9 Prozent liegt, beträgt sie in Deutschland 71,8 Prozent, meldet das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln (IW). *Bel*

Neubauten im Preis gestiegen: Im Rahmen der Euro-Krise und der damit verbundenen Flucht in Sachwerte mussten Bauherren und Haus-Sanierer 2012 tiefer in die Tasche greifen. Im Durchschnitt stiegen die Preise für Neubauten im Vergleich zu 2011 um 2,5 Prozent. Bauarbeiten an bereits vorhandenen Gebäuden wurden sogar um 3,5 Prozent teurer. *Bel*

Hauptsache sie kommt aus Frankreich: Obwohl sich die Euro-Länder noch nicht auf Details der neuen EZB-Bankenaufsicht einigen konnten, steht fest, dass diese von einer Frau geführt werden soll, die aus Frankreich kommt. Da es wenige Personen gibt, die auch einigermaßen Fachwissen in diesem Bereich mitbringen können, steht somit im Grunde bereits fest, dass Danièle Nouy den Posten erhalten wird. Die 62-Jährige arbeitet derzeit bei der französischen Zentralbank im Bereich der Bankenaufsicht. Da bereits ein Deutscher den Rettungsfonds ESM leitet, gilt die deutsche Bankenaufseherin Elke König als chancenlos. Mit Christine Lagarde leitet bereits eine Französin den Internationalen Währungsfonds. *Bel*

Teilerfolg in Heiligendamm: Zumindest für einen Gebäudekomplex des seit Februar 2012 insolventen „Grand Hotel“ in Heiligendamm hat sich ein Käufer gefunden. Der Reha-Spezialist Median übernimmt die Orangerie, um dort eine 30-Bett-Klinik für Reiche zu eröffnen. Für die 1996 von der Treuhand übernommenen und für 130 Millionen Euro sanierten klassizistischen Hauptgebäude der Luxushotels hat der Eigentümer, ein geschlossener Immobilienfonds der Fundus-Gruppe, bisher keinen Interessenten gefunden. *Bel*

Exportwunder auf Pump

Südeuropäische Zentralbanken leiten Gelder nicht an Bundesbank

Auch wenn abschließende Zahlen noch nicht vorliegen, Deutschland hat einige Chancen, im Jahr 2012 von China wieder den Titel „Exportweltmeister“ zurückerobert zu haben. Bereits im November 2012 hatten die deutschen Exporte die Marke von 1,018 Billionen Euro erreicht. Selbst wenn es nur zum Vize-Exportweltmeister gereicht haben sollte, die Jubelmeldungen von Bundesregierung und Exportwirtschaft dürften wie gehabt ausfallen: Die Exportzahlen werden als Beleg der hohen deutschen Wettbewerbsfähigkeit gedeutet.

Die Wettbewerbsfähigkeit mag unbestreitbar vorhanden sein, das aktuelle deutsche Exportwunder hat allerdings noch weitere Grundlagen über die offiziell weniger gern gesprochen wird. Gegenüber den EU-Krisenländern beruhen die Exporte zum guten Teil auf Pump. Über das Target2-Zahlungssystem der Euro-Zone ist die deutsche Bundesbank wider Willen zum Kreditgeber für die deutschen Exporte in Euro-Krisenländer gemacht worden. Detailliert beschrieben wurde der Mechanismus unlängst vom britischen „Guardian“, der dabei nebenbei auch noch EZB-Chef Mario Draghi der Lüge überführte. Zur Unterstreichung, wie wichtig der Euro für Deutschland sei, hatte der EZB-Chef behauptet, die deutschen Exporte in die Euro-Zone würden bei 40 Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung liegen. Der tatsächliche Wert beträgt allerdings nur rund 15 Prozent.

> Nur 15 und nicht 40 Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung

Exportmärkte außerhalb der Euro-Zone sind für Deutschland inzwischen weit wichtiger.

Kernpunkt des „Guardian“ war allerdings das Problem der Target2-Salden im EZB-System. Nicht nur für britische Leser dürfte es eine neue Erkenntnis sein, dass ein großer Teil der deutschen Exporte in die Euro-Krisenländer von Deutschland de facto per Kredit geliefert wird und dass im Extremfall die deutschen Steuerzahlern dafür in Haftung genommen werden. Die offenen Forderungen der Deutschen Bundesbank gegenüber Zentralbanken von Ländern wie Griechenland, Portugal oder Spanien, haben sich dauerhaft bei rund 700 Milliarden Euro eingependelt. Die Einzahlung der Beträge, die hinter den Geschäften stehen, ist zwar bei den jeweiligen südeuropäischen Zentralbanken erfolgt, oftmals aber nicht die Weiterleitung an die Bundesbank. Ein legales Mittel, mit dem sich andere Zentralbanken ungefragt Kredit bei der Bundesbank verschaffen, da ein Termin zum Kontenausgleich im Maastricht-Vertrag nie vereinbart wurde.

Zu recht weist der „Guardian“ auf einen wichtigen Nebeneffekt hin: Kommt es zum Zerfall des Euro, dann droht Deutschland, auf unbeglichenen Forderungen sitzenzubleiben. Für die jetzigen Exporte in die Euro-Krisenländer würden dann die deutschen Steuerzahler zur Kasse gebeten. Der Target2-Mechanismus ist so das ideale Druckmittel, mit dem die EZB unter Draghi die Deutschen an der Gurgel hat. Steigen sie aus dem Euro aus oder weigern sich, weitere Rettungsmilliarden nachzuschießen, bleiben sie auf Hunderten Milliarden von Verlusten aus dem Target2-Zahlungssystem sitzen. *N.H.*

Schwache Oberlobbyisten

BDI und DIHK spielen im politischen Berlin kaum noch eine Rolle

Anfang Januar stellten mehrere Wirtschaftsmedien den neuen Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Ulrich Grillo, und den neuen Mann an der Spitze des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), Eric Schweitzer, vor. Doch wem folgen sie eigentlich jeweils nach? Beim BDI tritt Hans-Peter Keitel ab, doch für was stand er eigentlich? Außer mit einem eher peinlichen Plädoyer für die Euro-Rettungspläne der Bundesregierung ist der ehemalige Hochtief-Chef Keitel in den letzten Monaten, ja Jahren seiner Amtszeit kaum in Erscheinung getreten. Und Hans Heinrich Driftmann vom DIHK dürfte den meisten Deutschen überhaupt gar kein Begriff sein.

Denkt man an den BDI, so ist Hans-Olaf Henkel noch heute, 13 Jahre nach Aufgabe des Amtes, vielen ein Begriff. Und auch beim DIHK gab es in der Vergangenheit Präsidenten, die bundesweit durch ihre Stellungnahmen für Schlagzeilen sorgten und somit die Interessen der Wirtschaft für die Politik deutlich machten. Dies ist wichtig, schließlich hat Deutschland die erfolgreiche Überwindung der weltweiten Wirtschaftskrise zu einem großen Teil seiner breit aufgestellten Industrie zu verdanken. Doch offenbar ist diese zu breit aufgestellt, als dass sie



Neuer BDI-Präsident: Ulrich Grillo

von einem einzigen großen Verband vertreten werden kann, um so mit einer einheitlichen Stimme zu sprechen. Schon der „Spiegel“ merkte vor Kurzem verwundert an, dass die Oberlobbyisten massiv an Bedeutung verlören, während im politischen Berlin die wachsende Zahl der Lobbyisten kritisiert würde. Die Unternehmen würden lieber eigene Interessenvertreter nach Berlin entsenden, da sie sich von diesen in ihrem konkreten Fall mehr erhoffen würden.

Dass dieses Einzelkämpfertum letztendlich langfristig jedem schadet, wissen die beiden neuen Männer an der Spitze von BDI und DIHK. So müssen Sie es schaffen, ihre Verbandsmitglieder zu einheitlichen Positionen zu bewegen. Doch das ist schwer. Wenn der BDI ein eigenes Konzept für eine Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) vorlegen will, muss er es zuerst schaffen, völlig gegenläufige Interessen auf eine Linie einzuschwören. Doch die großen Stromkonzerne haben andere Wünsche als die verarbeitende Industrie oder die Solarbranche. Zwar musste auch ein Hans-Olaf Henkel unterschiedliche Vorgaben der Mitglieder zu einer Stellungnahme zusammenschweißen, doch nicht von ungefähr merkten gleich mehrere Wirtschaftsmedien an, dass das Selbstbewusstsein und der Egoismus der Verbandsmitglieder im Laufe der Jahre größer geworden sei und nur starke Persönlichkeiten diese überhaupt noch lenken könnten. *Bel*

Auf Fortbildung

Von Manuela Rosenthal-Kappi

Wenn ich zu meinem Hausarzt muss, rufe ich vorher an, ob er auch da ist. Denn das ist nicht selbstverständlich, er ist ein Landarzt. Gerade zum Quartalsende ist es ein Glücksfall, den begehrten Mediziner zu erreichen. Ist überhaupt noch jemand in der Praxis zu erreichen, heißt es, der Doktor sei „auf Fortbildung“. Manchmal läuft ein Band, das über den Urlaub der Praxis informiert und an den Kollegen Sowieso verweist. Der ist meistens aber gar nicht erfreut, zusätzliche Patienten behandeln zu müssen, was man als Praxisfremder dann auch zu spüren bekommt. Schlimmer ist es, wenn man außerhalb der Praxiszeiten einen Arzt benötigt. Zweimal schon musste ich den kassenärztlichen Notfalldienst bemühen. Die unisone Antwort lautete stets: „Haben Sie die Möglichkeit, dass Sie jemand ins Krankenhaus bringt?“ oder „Fahren Sie zur nächsten Apotheke.“

Dass der Hausarzt seine Praxis schließt, wenn sein Budget ausgeschöpft ist, kann ich nachvollziehen, denn wer arbeitet schon gern umsonst oder schlimmer noch, zahlt drauf, wenn er seine Arbeit ordentlich macht? Dass der kassenärztliche Notfalldienst Hausbesuche ablehnt, wird mir dafür immer schleierhaft bleiben.

Apokalypse der Nieten

Von Hans Heckel

Die Dreistigkeit, mit der sich Klaus Wowereit im Berliner Abgeordnetenhaus seiner Verantwortung entzog, verschlägt selbst den gutmütigen Deutschen die Sprache. Doch was der Regierende Bürgermeister der Hauptstadt dort vorführte, war womöglich bloß die besonders aufreizende Zurschaustellung einer Mentalität, welche die Ebene der politischen Entscheider in ihrer ganzen Breite prägt.

Dort hat sich eine leichtfüßige Verantwortungslosigkeit festgesetzt, die stets darauf baut, dass die fleißigen, ideenreichen und vor allem still und leise leidenden Bürger schon geradebiegen, bezahlen und ertragen werden, was ihnen die Politik zumutet. So sind die Deutschen zu einer Nation der Ausputzer geworden, die wesentliche Teile ihrer produktiven Kraft darauf verwenden muss, das zu bereinigen oder einzudämmen, was „oben“ an Blödsinn produziert wird.

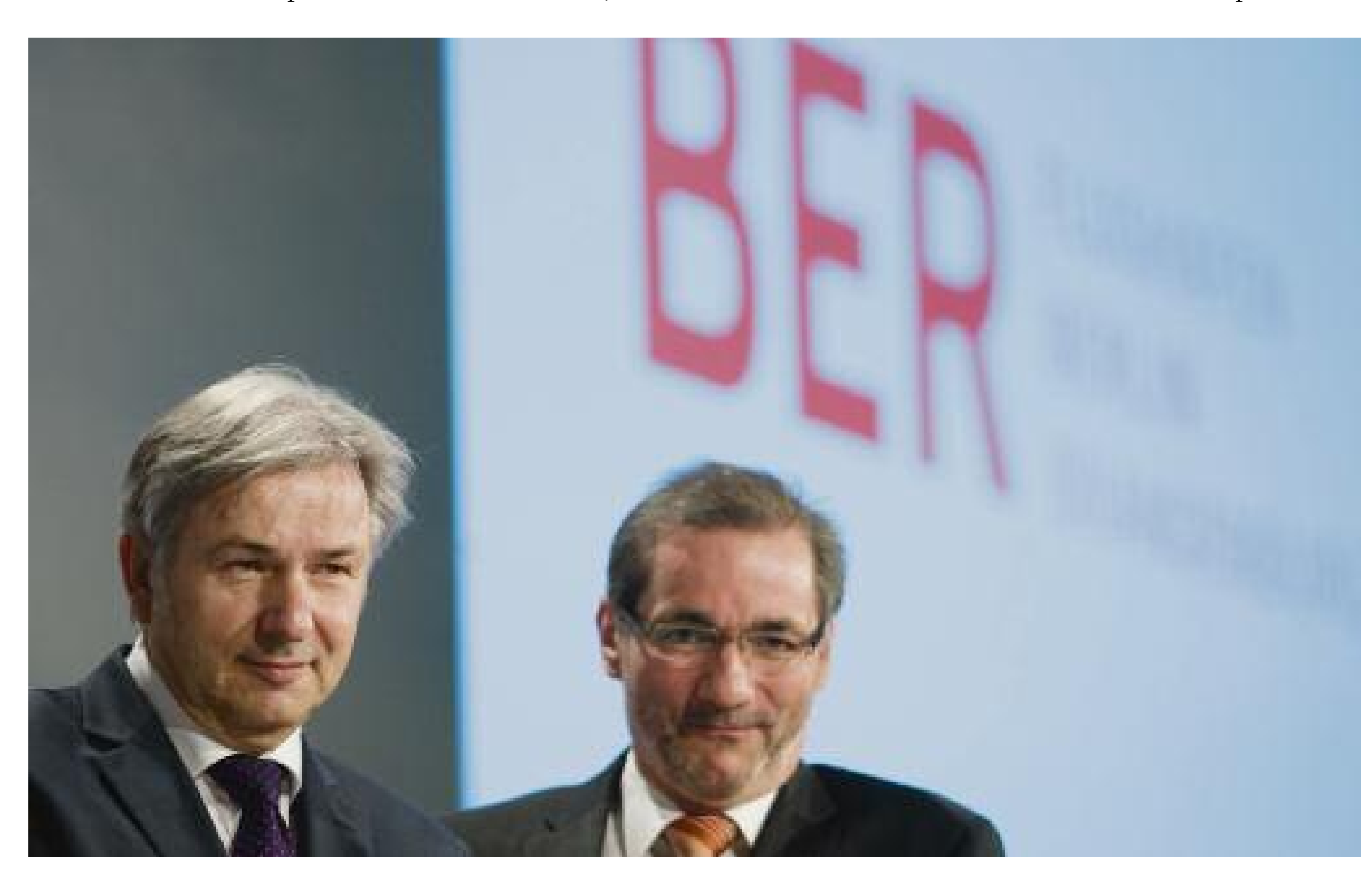
Der BER ist hier nur ein besonders hervorstechendes Beispiel, wo Politiker vergeigt haben, was nun die Bürger bezahlen müssen. Andere Schauplätze politischen Versagens sind weniger spektakulär, aber oft noch weit gravierender.

> Deutsche bügeln immer wieder aus, was die Politik vergeigt

Weil etwa ideologisierte Bildungs-„Reformer“ das einst vorbildliche deutsche Schulsystem zermürbt haben, müssen nun Lehrbetriebe den Unterricht in Lesen, Schreiben und Rechnen nachholen. Die Streitkräfte sind binnen zwei Jahrzehnten in Grund und Boden „reformiert“ worden. Die Soldaten und Offiziere sind es, die unter unverdrossenem Einsatz dafür sorgen, dass die Bundeswehr trotzdem noch einigermaßen funktioniert. Polizeibeamte werden von der Politik im Stich gelassen: Sie erfahren immer mehr Respektlosigkeit, Gewalt und Bedrohung. Doch die Politik fällt den Beamten noch in den Rücken mit einer „Kennzeichnungspflicht“ für Polizisten, die Justiz lässt sie mit „Kuschelurteilen“ gegen Verbrecher im Regen stehen. Dass Sicherheit und Ordnung in unserem Lande trotzdem noch halten, ist allein den Beamten zu verdanken, die sich von diesem Zweifrontenkampf nicht haben entmutigen lassen.

Mit einer überstürzten Energiewende, einer aberwitzigen Rundfunkabgabe und gigantischen Euro-Folgekosten belastet die Politik ohne Not Bürger und Unternehmen. Doch die schaffen es entgegen dieser Nackenschläge, unser Land wirtschaftlich vorne zu halten – noch.

Das „Gute“ am Desaster BER ist allein, dass das Treiben der Nieten diesmal nicht still und leise von fachkundigen Leuten weiter unten in der Hierarchie ausgebügelt werden konnte, bevor das Versagen der Politik zum öffentlichen Skandal reifte. Diesmal haben die Polit-Nieten genau jene mediale Apokalypse erlebt, die sie verdienen. Ihre peinliche Flucht aus der Verantwortung spielt sich vor aller Augen ab.



Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus: Noch versuchen Klaus Wowereit (l.) und Matthias Platzeck ihre jeweiligen Fehler beim Berliner Großflughafen gegenseitig zu decken, doch inzwischen blickt die Öffentlichkeit ganz genau auf ihr Tun. Trotzdem musste bisher keiner der beiden echte Konsequenzen aus seinen Fehlern ziehen.

Bild: S. Loos/dapd

Ungeliebte Fakten

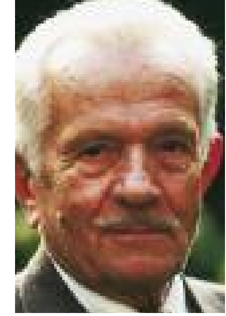
Von Rebecca Bellano

Es ist anzunehmen, dass EU-Kommissarin Viviane Reding, Verfechterin einer EU-weiten Frauenquote bei Aufsichtsräten, gerade verzweifelt Argumente sucht, um die aktuelle Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) zur Frauenerwerbsquote in Deutschland zu entkräften. Wenn es nach Reding geht, ist Deutschland nämlich in dieser Hinsicht ein Entwicklungsland, das dringend ihrer helfenden Hand in Form von Gesetzen und EU-Richtlinien bedarf. Nun behauptet das IW allerdings, dass in Deutschland 71,8 Prozent der Frauen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren erwerbstätig seien. Im EU-Durchschnitt sind es aber nur 64,9 Prozent.

Doch Reding wird ihre im letzten Jahr erteilte Rüge in Bezug auf Deutschlands Frauenerwerbsquote bestimmt nicht zurücknehmen, denn schließlich ist das IW arbeitgebernah und außerdem arbeiten viele Frauen in Teilzeit. Dass dies laut IW von den meisten Frauen jedoch gewollt ist, denn Vollzeitarbeit in Kombination mit Haushalt und Kindern ist, selbst wenn diese tagsüber fremdbetreut werden, Stress pur. Allerdings hat der Hinweis auf ein Selbstbestimmungsrecht – ob nun von Unternehmen oder Frauen – Reding noch nie in ihrem Eifer bei dem Versuch der Einführung von Quoten gestört.

Und noch eine Aussage des IW dürfte Reding und zahlreiche Streiter im Kampf um Gleichberechtigung stören: Demnach verdienen Frauen, sofern Faktoren wie Bildung, Alter, Dauer der Betriebszugehörigkeit, Unternehmensgröße und Berufserfahrung berücksichtigt werden, nur zwei Prozent weniger als Männer.

Moment mal!



Tugendterror: 20 Jahre Politische Korrektheit

Von Klaus Rainer Röhl



Tugendterror. Das Wort entstand in der Französischen Revolution, als sie schon alle Masken fallen gelassen hatte. Am Anfang hatte sie sich noch als Mittel zur Befreiung der Menschheit ausgegeben. Begeistert begrüßt auch von deutschen Schriftstellern wie Hölderlin und Komponisten wie Beethoven. Goethe jedoch blieb skeptisch und schrieb mit „Hermann und Dorothea“ eine klare Absage an die Chaoten. Er traf sich dennoch mit dem blutigen Diktator Napoleon und rechtfertigte das selbstbewusst als Beweis seines persönlichen Unabhängigkeit: „Mir beliebt zu konversieren – mit Gescheiten – mit Tyrannen“. Der Tyrann Napoleon war kein Unglücksfall der Geschichte, sondern das Ergebnis des Putsches einer Minderheit. Die Drahtzieher der Französischen Revolution, die sich am Ende willig von dem ihnen geschaffenen Moloch fressen ließen, hatten nie die Befreiung der Menschen im Sinn, sondern ihre Erziehung. Sie hassten und verachteten die Massen mehr als die Könige und Despoten, und als Kinder ihrer Zeit waren sie davon überzeugt, die Menschen zu ihrem Glück zwingen zu müssen, sie also zu erziehen durch den Tugendterror. Ihr Prinzip wurde später von ihrem bedeutendsten Bewunderer Mao auf die Kurzform gebracht: „Bestrafe einen – erziehe hundert.“ Er mordete Millionen seiner Landsleute, Stalin fast zehn Millionen, Pol Pot ein Drittel seines Volkes. Die Erziehung glückte nie. Denn „..der Mensch ist sehr brauchbar“, wie es bei Bertold Brecht in den „Svendborger Gedichten von 1939 heißt, „... Aber er hat einen Fehler: Er kann denken.“ Der mündige Mensch will nicht erzogen werden. Er will frei sein, wie die Vor-Bewohner unseres Landes, die unter Armin dem Cherusker dafür sorgten, dass wir nicht ein Teil des Römischen Reichs wurden und heute Deutsch sprechen dürfen und nicht eine Mischung aus Latein und örtlichen Dialekten.

Wenn das auch vielen in Brüssel nicht gefällt: Bei uns wird Deutsch gesprochen, in Österreich und der Schweiz auch, macht mal eben 100 Millionen. Verstanden? Lernt Deutsch im Goethe-Institut oder im Internet! Das bringt Jobs. Was die deutsche Geschichte bedeutet, muss nicht jeder begreifen. Viele Deutsche wissen oft selbst nicht, was das ist, Freiheit. Freiheit von Unterdrückung von außen und Liebe zur eignen Art. Viele gute Menschen, so zum Beispiel „Zeit“-Leser und „Zeit“-Schreiber, bringen sich fast um vor Sorge um ihre Landsleute, die einfach nicht lernen wollen, was gut für sie ist. Immerzu, seit 1945, müssen sie erzogen werden. Wie erzieht man sie? Durch die politische Korrektheit. Tugendterror, wie ihn einst Robespierre am 5. Februar 1794 verkündete.

> »... der Mensch ist brauchbar ... Aber er hat einen Fehler: Er kann denken«

Am Anfang war das Wort. Seit gesprochen wird, wurde auch gelogen. Sehr früh wussten die Könige und Fürsten, dass man mit Worten den Untertanen leicht ein X für ein U vormachen kann. Demokratie, für kurze Zeit eine wunderbare und einleuchtende Idee, gewährte die Freiheit des Wortes oft gerade nicht. Sokrates wurde angeklagt, unkorrekte, gegen Staat und Religion gerichtete Reden zu führen und die Jugend mit seinen Worten zu verführen. Er musste den Schierlingsbecher nehmen. In Rom sah es nicht besser aus. Mit dem Amt der Zensoren, die ab 443 v. Chr. nicht nur die Steuerveranlagung vornahmen, sondern auch darüber wachten, dass die Bürger kein „sittenwidriges Verhalten“ an den Tag legten, war die erste politisch korrekte Behörde geboren. Das Christentum erweiterte das Erziehungs-Programm durch Hexenprozesse, Inquisition und Flammentod zugunsten der richtigen Lehre. Von da war es nur noch ein Schritt zum „Wohlfahrtsausschuss“ der Französischen Revolution, einer Neuerung, die den Wirren der Endphase nicht standhielt. Was standhielt, war die Idee, mörderische Praktiken oder Einrichtungen einfach umzubenennen. Neu war die zynische Benennung einer meist tödlichen Einrichtung durch ihr genaues Gegenteil: „Bodenreform“ hieß die Verschleppung und Vernichtung von zehn Millionen russischen Bauern. „Umsiedlung“ hieß die Deportation von Millionen Juden in Arbeitslager, „Endlösung“ ihr Tod. Tiervergleiche beseitigten die Tötungshemmung. Die bis heute üblichen Schimpfworte von 1968 für Polizisten – „Schweine“ (Pigs) und „Bullen“ – bereiteten den Satz „Auf Bullen kann geschossen werden!“ vor.

Ab 1993 hörten wir zum ersten Mal etwas über die Politische Korrektheit. Interessant zu wissen, wo der Unsinn herkam. Aus einer der finstersten Epochen der amerikanischen Geschichte, der McCarthy-Ära, wanderte der Begriff Political Correctness im Laufe der Jahre an die Universitäten und Zeitungen der Ostküste. Nunmehr als Minderheitenschutz verkleidet. Schutz der Minoritäten vor verbalen Kränkungen – etwa der Schwarzen, Juden, Latinos, Behinderten und ... Frauen, denn auch Frauen fühlten sich diskriminiert. Gegen die meist eingebildete verbale Kränkung ersann man eine Reihe von Ersatz-Begriffen, „Anders Begabte“ für geistig Behinderte, „Horizontal Herausgeforderte“ für Dicke. Die Abschaffung des Zigeunerschnitzels wurde zum gesellschaftliches Gebot – schon in Ulbrichts Mauerrepublik hatte man die Königsberger Klopse ja durch Kapern-Klöße ersetzt, und ein bisschen lustlos taufte man die Negerküsse in „Schaumküsse“ um. Der „Zigeunerbaron“ als Operettentitel war und ist schwer durch „Sinti und Roma-Baron“ zu ersetzen. Der Eiertanz um die die GenossInnen ist noch in guter Erinnerung. Als Kabarett-Spaß. Aber die inzwischen fest angestellten Gleichstellungsbeauftragten und Wächter der Politischen Korrektheit verstehen keinen Spaß. Sie entwickelten einen Terror, der sich mit dem der Jakobiner durchaus messen kann. Da gibt es natürlich eine Arbeitsteilung: Die Tugendwächter in den Medien machen sich nicht die Hände schmutzig. Wen sie zum Abschuss freigeben, der ist verfemt. Wenn sie eine Zeitung für „rechts“ erklären, dann besuchen am anderen Tag die antifaschistischen Schlägertrupps die Kioskbesitzer und setzen sie unter Druck. Physisch und psychisch.

> Der Mensch soll nach Wünschen der Linken geformt werden

Kinderbücher umzuschreiben ist in diesem Monat der neueste Schrei. Der „Negerkönig“ aus „Pippi Langstrumpf“ wird beispielsweise einfach umbenannt. Die ganze Literatur wird nach politisch inkorrekten Stellen durchforscht. Und bei gesäubert. Shakespears Mohr wird die nächste Herausforderung. „Othello, der Andersfarbige von Venedig“?

Doch die größte verbale Mogelpackung war das seit einigen Jahren stillschweigend eingeführte Wort „Migranten“, ein Schwindelwort für jede Art von Einwanderern. Leute mit „Migrationshintergrund“ stehen seitdem unter dem besonderen Schutz der Gesellschaft, Russlanddeutsche nicht.

Und die Bilanz nach 20 Jahren politischer Korrektheit? Sind wir nun korrekt genug? Keineswegs. Das Misstrauen gegen die kleinen Leute ist geblieben, die Wut über ihre „eingefleischten Vorurteile“ und die „Stammtische“. Die Enttäuschung über die trotz „Monitor“, „Fakt“, „Kontraste“, „Panorama“ und immer neuer, hoch subventionierter „Programme gegen Rechts“ schwer erziehbaren Deutschen kommt in allen Politikerreden und Talkshows zum Vorschein. Eigentlich sind wir alle unbelehrbar und unkorrekt, das ganze, von frauenfeindlichen Vorurteilen, Rassismus und Antisemitismus befallene deutsche Volk.

Vielleicht geben die Erzieher eines Tages einfach auf und suchen sich ein anderes Volk?

Klaus Rainer Röhl eröffnete schon 1994 die Diskussion mit seinem Buch „Deutsches Phrasenlexikon. Politisch korrekt von A bis Z“, Ullstein Verlag.

Kunstvoll wiedervereinigt

Das Deutsche Historische Museum Berlin gewährt Einblick ins »Atelier der Geschichte«

Gemälde lassen Geschichte und Geschichten entstehen. Besonders wenn es sich um Historienbilder handelt, in denen gekrönte Häupter, Schlachten oder Jubelfeiern ihren Auftritt haben. Das 1987 gegründete Deutsche Historische Museum (DHM) zeigt noch bis zum 21. April seine Bildschätze.

Vor 25 Jahren wurde in West-Berlin das Deutsche Historische Museum ins Leben gerufen. Dabei gab es ein Ost-Berliner Pendant: Das von der DDR-Regierung unterhaltene Museum für Deutsche Geschichte. Dessen Sammlungen übertrug die Bundesregierung nach der Wiedervereinigung 1990 dem Deutschen Historischen Museum. Es will dem Publikum deutsche Geschichte im europäischen Kontext nahe bringen. Dazu kann es sich aus einem Fundus von rund 600000 Alltagsobjekten, Militaria, Dokumenten, Fotografien, Plakaten und Kunstwerken bedienen.

Gefeiert wird das Jubiläum mit einer Sonderausstellung, für die rund 100 Historiengemälde der letzten 600 Jahre aus der 2500 Malereien umfassenden museumseigenen Sammlung ausgewählt wurden. Nach den Worten von Dieter Vorsteher-Seiler, Direktor der Sammlungen des Museums, ist die Schau der Versuch, „ausschließlich anhand von Gemälden ein Gespräch über historische Ereignisse zu beginnen“. Es handele sich um ein Experiment mit der Frage: „Können 100 Gemälde diesen Dialog über Geschichte leisten?“ Die Antwort von Alexander Koch, Präsident der Stiftung Deutsches Historisches Museum, fällt ernüchternd aus: „Für ein historisches Museum im 21. Jahrhundert ist dies zu verneinen. Die Erwartung an eine Darstellung von Geschichte ist heute viel zu komplex, als dass man sie allein mit Gemälden erfüllen könnte.“

Die Schau strebt daher eine von den Gemälden zu bewerkstelligende fortlaufende Geschichtserzählung gar nicht erst an. Vielmehr gruppiert sie Bilder in loser Folge zu Themen ihrer Zeit. Dabei ist zu beachten, dass sie Konstruktionen von Geschichte sind. Die Bilder lassen „Geschichte und Geschichten in unseren Köpfen entstehen, befriedigen unsere Schaulust, regen zum Nachdenken an, bedürfen aber stets der kritischen Auseinandersetzung, der Interpretation, der Einordnung, der Wertung“, so Koch. Vorsteher-Seiler ergänzt: „Gemälde sind im engeren Sinne keine Quellen, die uns erzählen, wie es wirklich war, sondern sie sind ausgearbeitete Standpunkte der Maler oder ihrer Auftraggeber.“



Napoleon I. wacht über Berlin: Das Gemälde von François Gérard (um 1805) war die erste Erwerbung des DHM Bild: Museum

Der Auftakt der Schau mag erstaunen: Warum blickt da auf dem ersten Gemälde ausgerechnet Napoleon als Kaiser der Franzosen über uns hinweg? Nun, das von François Gérard geschaffene Werk „Napoleon I. im Krönungsornat“ (um 1805) war die erste Erwerbung des Deutschen Historischen Museums. Danach geht es chronologisch weiter. Wir begegnen Bernhard Strigels Bild „Maximilian I., Kaiser des Heiligen Römischen Reiches, im Krönungsornat“ (1496). Es handelt sich um die früheste Version eines Staatsporträts und wurde stilbildend für Herrscherdarstellungen. Nicht weit entfernt hängt das Gemälde (nach 1537) eines anonymen Meisters, das Christus als Herrscher der Welt zeigt. Christus ist auf der Höhe der Zeit. Er hält einen Globus in der Linken, der die neuesten Entdeckungen verzeichnet: Südamerika und die Antarktis.

Zahlreich vertreten sind repräsentative Porträts, die weltliche und geistliche Herrscher, erfolgreiche Kaufleute, bedeutende Gelehrte und siegreiche Generale „verewigen“. Zu ihnen gesellen sich Allegorien, die etwa die „Germania“ als Verkörperung der deutschen Nation zeigen. Beim Rest handelt es sich vor allem um Ereignisbilder. Das Gemälde „Am Morgen nach der Schlacht von Waterloo am 19. Juni 1815“, um 1816 von John Heaviside Clark und Matthew Dubourg gemalt, zeigt nüchtern die Schrecken des Krieges: Zwischen Toten und Verwundeten sind Leichenfledderer und verzweifelte Frauen mit ihren Kindern unterwegs. Carl Wilhelm Hübner prangert mit seinem Gemälde „Die schlesischen Weber“ (1846) soziales Elend an. Auf das Kriegselend zielt das Alfred Hackländer zugeschriebene Bild „Flüchtlingsgruppe im Winter 1944/45“ ab.

Das letzte Gemälde stammt von Matthias Koeppel und ist überwiegend heiter: „... und alles wird wieder gut. Der 3. Oktober ’90 vor der Neuen Wache“ (1991). Menschenmassen feiern „Unter den Linden“ die Wiedervereinigung. Ein Männerchor stimmt die Nationalhymne an und Fähnchen in Schwarz-Rot-Gold haben Hochkonjunktur. Da das Deutsche Historische Museum unweit der Neuen Wache liegt und Gründungsdirektor Christoph Stölzl damals kräftig mitgefeiert hat, ließ er sich nachträglich in das bereits fertige Bild hineinmalen.

Veit-Mario Thiede

Bis 21. April 2013 im Deutschen Historischen Museum, Ausstellungshalle, Hinter dem Gießhaus 3, Berlin. Täglich 10–18 Uhr. Telefon (030) 20304, Internet: www.dhm.de. Das Begleitbuch aus dem Sandstein Verlag kostet im Museum 29,90 Euro.

Erstes Steckenpferd

Vor 200 Jahren starb Chr. Martin Wieland

Kleines Quiz: Der erste Bildungsroman stammt von wem? Gottfried Keller? Falsch, Wieland. Der erste deutsche Shakespeare-Übersetzer war wer? Schlegel/Tieck? Wieder falsch, Wieland. Die Weimarer Klassik begann mit wem? Goethe? Nein, Christoph Martin Wieland wurde 1772 als erster Dichter von Herzogin Anna Amalia als Erzieher des Erbprinzen Carl August nach Weimar berufen. Erst drei Jahre später folgte Goethe, ehe Herder und Schiller das Viergestirn komplettierten, das Weimar zur deutschen Literaturhauptstadt machte.

Wieland war die Keimzelle der klassischen deutschen Literatur und wurde zu Lebzeiten bewundert wie kaum ein anderer. Selbst Napoleon bat ihn 1808 am Rande des Fürstenkongresses in Erfurt zu einem Gespräch. Doch obwohl die Werke Wielands die Epochen Aufklärung, Rokoko, Sturm und Drang, Klassik und Romantik entweder mitgeprägt oder überdauert haben, so wurde es um Wieland nach seinem Tod vor 200 Jahren am 20. Januar 1813 ziemlich schnell still. Man kennt ihn als den Autor der „Geschichte des Agathon“ oder der „Geschichte der Abderiten“, aber gelesen werden diese Romane heute kaum noch.

Es bleibt eben sein Schicksal, dass er zwar der Initialzünder für viele Dichter war, seine eigenen Werke aber von eben jenen Dichtern übertrumpft wurden. Seine 1766 erschienene „Geschichte des Agathon“ beispielsweise gilt als der erste deutsche Bildungsroman. Im antiken Umfeld wird der Athener Jüngling Agathon auf seiner Bildungsreise von idealistischen Philosophen, heimtückischen Tyrannen und wolllüsternen Hetären zum reifen Mann. Doch schon Goethes „Wilhelm Meisters Lehrjahre“ von 1795/96 setzte neue Maßstäbe, ehe dann im 19. Jahrhundert Gottfried Kellers „Der grüne Heinrich“, Adalbert Stifters „Nachsommer“ oder Wilhelm Raabes „Der Hungerpastor“ dem spezifisch deutschen Genre des Bildungsromans zu neuem Glanz verhalfen. „Agathon“ lag da schon lange vergessen in der Gruft.

Gruß von oben: Wieland-Denkmal in Weimar Bild: Archiv

Ähnlich sieht es mit seiner Shakespeare-Übertragung aus. Noch zu Wielands Lebzeiten drängte die bis heute gelesene romantische Übersetzung der Werke Shakespeares durch Schlegel, Tieck und Baudissin die Arbeit von Wieland vollkommen in den Hintergrund. Dabei ist die Wiederentdeckung Shakespeares überhaupt erst dem oberschwäbischen Dichter zu verdanken.

Es waren wohl fahrende Schauspieler aus England, die in dem 3000-Seelen-Ort Biberach an der Riß südlich von Ulm ihre Bühnenzelte aufbauten und den jungen Wieland erstmals mit den Geschichten um den Vatermordrächer Hamlet oder das tragische Liebespaar Romeo und Julia fasziniert haben. Als Wieland Jahre später, mittlerweile gereift durch eine achtjährige Ausbildung in der Schweiz bei dem streng auf dichterische Regeln setzenden Literaturkritiker Johann Jakob Bodmer, in seine Heimatstadt Biberach zurückkehrte, bot sich ihm unerwartet die Gelegenheit, seine Shakespeare-Leidenschaft fortzusetzen. 1760 wurde er zum Senator von Biberach ernannt und da es den Beruf des Schriftstellers ja noch nicht gab, nahm er eine Stelle als Kanzleiverwalter an. Das sicherte ihm ein festes Einkommen und die Möglichkeit, in den vielen Kanzleistunden des Nichtstuns – anstatt in damals oft bewährter Beamtenmentalität die Hände in den Schoß zu legen oder ein Nickerchen zu halten –, sich dichterisch zu betätigen.

Nebenbei leitete er eine Laienschauspielgruppe, die „evangelische Komödiantengesellschaft“ und inszenierte Shakespeares „Sturm“. Das Problem: Es gab keine deutsche Übersetzung und Wieland sprach kein Wort Englisch. Aber er war ungemein sprachbegabt. Als Sohn des evangelischen Pfarrers von Oberholzheim – in dem Kaff nahe Biberach wurde Wieland am 5. September 1733 geboren – lernte er mühelos alle altphilologischen Sprachen. In späteren Jahren schuf er bis heute gängige Übersetzungen der Briefe von Cicero und Horaz sowie sämtlicher Werke des griechischen Satirikers Lukian. Sein Schweizer Intermezzo half ihm, seine ohnehin schon vorhandenen Französisch-Kenntnisse aufzubessern. Französisch war damals die Modesprache und wurde selbst am Hofe Friedrichs des Großen gesprochen.

Für die Schauspieltruppe brachte sich Wieland, der nie in England war und kaum je mit Briten ins Gespräch gekommen sein dürfte, die damals exotische Sprache Englisch autodidaktisch bei. Einzige Hilfsmittel waren eine Grammatik und ein englisch-französisches Wörterbuch.

Umso erstaunlicher mutet das Ergebnis an. Es blieb nicht nur bei der Übersetzung des Dramas „Der Sturm“, das 1761 unter dem Titel „Der erstaunliche Schiffbruch“ von den Biberacher Laiendarstellern deutsch uraufgeführt wurde, sondern der Fleißarbeiter Wieland übertrug innerhalb von fünf Jahren 21 weitere Shakespeare-Dramen, alle in Prosa, bis auf „Ein St. Johannis Nachts-Traum“ („Midsummer Night’s Dream“). Klar, vieles wirkt hölzern und unbeholfen, zumal Wieland viele Sprachwitze einfach überlas. Aber es ist auch keine Spur davon, dass er vor dem kniffligen elisabethanischen Englisch jemals einknickt wäre. Wenn es keine deutsche Entsprechung für einen englischen Ausdruck gab, erfand er einfach ein neues Wort. Ein „hobby-horse“, das Hamlet der Ophelia aufbindet (Akt III,2), ist bei Wieland das noch heute gebräuchliche „Steckenpferd“. Auch den Begriff „Kriegserklärung“ haben wir Wieland zu verdanken (für „overture of war“ in Twelfth Night, I,5).

Seine Übersetzung setzte eine Shakespeare-Euphorie in Gang, die von Deutschland aus zurück nach England, wo der Schöpfer von „Hamlet“ fast vergessen war, bis in die ganze Welt schwappte. Wie so oft legte Wieland den Keim, dessen Frucht andere später geerntet haben. So bleibt uns eben sein Name als Markenzeichen erhalten.

Harald Tews

Ein dramatisches Kapitel

Vor 100 Jahren geboren: Wolf von Niebelschütz erfand mittelalterliche Romanutopien

Sein Roman „Der blaue Kammerherr“ machte ihn zu einem viel gelesenen Autoren der jungen Bundesrepublik. Doch als die Gruppe 47 zu dominieren begann, wurde es still um Wolf von Niebelschütz. Die Prosa des als drittes von sechs Kindern einer schlesisch-böhmischen Adelsfamilie am 24. Januar 1913 in Berlin geborenen Autors, galt bei vielen als politisch zu unaufgeregt. Dabei hatte von Niebelschütz 1937, als er als Zeitungsredakteur tätig war, sogar wegen „politischer Unzuverlässigkeit“ die Kündigung erhalten. 1940 wurde er zur Wehrmacht eingezogen und nach Frankreich versetzt. Nach dem Zweiten Weltkrieg begann er, als Schriftsteller und Journalist zu arbeiten.

Ab 1942 schrieb er am ersten Roman, der die Welt des Rokoko zum Thema hat: „Der blaue Kammerherr“ (1949), inspiriert durch Hugo von Hofmannsthals Opernfragment „Die Liebe der Danae“, spielt mit seinen fast eintausend Seiten in dem erfundenen Inselreich Myrrha. In opulenter Sprache lässt Niebelschütz in dem mythisch angehauchten „galanten Roman“ Götter der Antike, Otello und Don Giovanni auftreten. Die schöne Kronprinzessin Danae muss sich der Annäherungsversuche des Göttervaters Zeus erwehren und ihre Heimat vor dem politischen und gesellschaftlichen Zerfall bewahren. Eine Stimmung aus Vergangenheitssehnsucht und Utopie durchzieht die Handlung, was ihm sowohl Lob als auch Ablehnung bei den Kritikern einbrachte. Der Leser wird laut Heinrich Vormweg „weg von Trauer, Elend und Hunger, Gewissenserforschung und Selbstrechtfertigung“ der Nachkriegszeit geführt.

1951 erhielt von Niebelschütz für das Buch den Immermann-Literaturpreis der Stadt Düsseldorf. Walter Boehlich sagte 1955, dass es „die gesamte Elendsliteratur durch seine Schönheit, Poesie und Kunstfertigkeit überragt“. Seitdem gilt „Der blaue Kammerherr“ als ein Werk, das sich dem Zeitgeist widersetzt.

Einen Achtungserfolg erzielte Wolf von Niebelschütz 1950 mit seiner Komödie „Eulenspiegel in Mölln“ beim Publikum der „Festspiele des Nordens“, dem keine weiteren Aufführungen folgen sollten. Durch die Biografie „Ein dramatisches Kapitel deutscher Versicherungsgeschichte“ (1954) über den Versicherungsunternehmer Robert Gerling erhielt er Aufträge aus der Industrie und konnte sich Reisen nach Italien und in die Provence finanzieren. 1958 trug er bei der Eröffnung des neuen Verwaltungsgebäudes der Globalen Rückversicherungs AG des Gerling-Konzerns das Gedicht „Alpha und Omega“ vor.

Wolf von Niebelschütz Bild: Archiv

In der fiktiven Provinz Kelgurien des 12. Jahrhunderts spielt der zweite Roman, „Die Kinder der Finsternis“ (1959). Vor dem Hintergrund der Kriege Friedrichs I. und der Verfolgung der Katharer erzählt der Autor die Geschichte des Schäfers Barral, der bis zum Markgrafen aufsteigt, seine Macht wieder abgibt und, wie von Niebelschütz schreibt, „in der Sage entschwindet“. „Die Kinder der Finsternis“ überzeugt sowohl inhaltlich mit der Darstellung des Hochmittelalters als auch sprachlich mit einem Wechsel aus ineinander verschlungenen Sätzen und einfachen Dialogen. Die Sprache ist dabei der Verskunst der mittelhochdeutschen Dichtung nachempfunden. Der Autor Alban Nikolai Herbst nannte den Roman einen überzeitlichen Totentanz und verglich ihn mit Alfred Döblins „Berge Meere und Giganten“ sowie Thomas Pynchons „Die Enden der Parabel“.

Wolf von Niebelschütz starb am 22. Juli 1960 an den Folgen einer Gehirnoperation. Im Gegensatz zu den Romanen und Erzählungen der Zeitgenossen Heinrich Böll, Max Frisch oder Arno Schmidt haben Niebelschütz’ Romane nur langsam ein breites Publikum erobert. Dennoch werden „Der blaue Kammerherr“ und „Die Kinder der Finsternis“ immer wieder neu aufgelegt und gelten als Geheimtipp. Noch steht eine ausführliche Erforschung seines Lebens, eine wissenschaftliche Beschäftigung mit den Werken und vor allem die Wiederentdeckung seiner ebenso lesenswerten Dramen und Gedichte aus.

Ulrich Blode

Wahrheit über berühmte Lügen

Münchhausen – den Namen nur hören, und schon ergänzt jeder: der Lügenbaron. Aber, was sich in 300 Jahren als fantastische Episoden weltweit verbreitet hat, stammt eigentlich gar nicht von dem Freiherrn Hieronymus Carl Friedrich von Münchhausen (1720–1797) aus dem Weserstädtchen Bodenwerder. Das erzählt der Autor und Regisseur Kai Christiansen in seinem munteren, einstündigen Doku-Drama „Münchhausen. Die Geschichte einer Lüge“. Am Sonnabend, 19. Januar, wird es um 20.15 Uhr von „Arte“ ausgestrahlt.

Christiansen hat sich auf die Spuren derer von Münchhausen begeben. Ein Göttinger Wissenschaftler namens Rudolph Erich Raspe hat von der Themse aus für die erste Verbreitung der Geschichten des Barons von der Weser ge-

Auf den Spuren Münchhausens

sorgt. Stets in Geldnot, macht er einem Verleger die unglaublichen Geschichten eines Abenteurers von Münchhausen schmackhaft – die große Lüge vom Lügenbaron ist geboren. Gewiss, der Landadlige Hieronymus von Münchhausen war in seinen Kreisen ein amüsanter Geschichtenerzähler. Aber seine blaublütige Zuhörerschaft wusste wohl doch, dass der Baron um des Spaßes willen ein Aufschneider war. Was ihn allerdings nicht davor bewahrte, Opfer eines Jahrhunderte überdauernden Rufmordes zu werden – Lügenbaron!

Ben Becker spielt den Lügenbaron. Er spielt ihn mit Lust – mimisch herrlicher Fabulierer genauso wie galanter Liebhaber oder 70-jähriger Poltergeist, der tobt, nachdem bekannt wird, dass er in London als Autor auf dem Buchdeckel steht. Als Becker von der Produzentin Ira Beetz erfuhr, dass er auch trickreich auf der Kanonenkugel reitend zu sehen sein würde, sagte er sein Mitwirken sofort zu. Christiansen mischt kostümreiche Spielszenen mit wenig aussagestarkem Blättern in vergilbten Dokumenten, gibt den Erklärungen von Experten Raum und lässt den britischen Regisseur Terry Gilliam, der 1988 die Münchhausen-Geschichte verfilmte, erzählen. *K. Mose*

Grundstein beispielhafter Freundschaft

Vor 50 Jahren manifestierte der Élysée-Vertrag die deutsch-französische Aussöhnung

Die deutsch-französische Aussöhnung gilt als eine der Voraussetzungen für einen dauerhaften Frieden in einem geeinten Europa. Vor 50 Jahren legten Bundeskanzler Konrad Adenauer und der französische Staatspräsident Charles de Gaulle mit der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages die Grundlage für eine gemeinsame politische, rechtliche und freundschaftliche Zusammenarbeit.

Seit Jahrhunderten hatte die deutsch-französische „Erbfeindschaft“ Deutschland und Frankreich politisch getrennt, vom Pfälzischen Erbfolgekrieg, den Koalitionskriegen und der Napoleonischen Besetzung, dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/1871, dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg bis hin zur Besatzungszeit. Doch 1962 begann die Wende in der deutsch-französischen Beziehung. Adenauer und de Gaulle statteten sich gegenseitig offizielle Besuche ab, um die Vergangenheit zu bewältigen und ein neues Verständnis füreinander aufzubauen. Adenauer besuchte im Juli 1962, 17 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, geschichtsträchtige Stätten wie Paris, Versailles und Reims, aber auch die französische Provinz. Bei seinem Gegenbesuch im September 1962 unternahm de Gaulle eine Rundreise durch Deutschland, die ihn von Bonn nach Hamburg und München führte. Bei den Besuchen ging es ausdrücklich nicht nur um kurze Arbeitsbesuche unter Politikern, sondern um den Kontakt mit der Bevölkerung, um nach erlebtem Leid und Schrecken von Kriegs- und Besatzungszeiten gemeinsame Vergebung zu finden. Diese Annährung sollte schließlich durch einen bilateralen Vertrag manifestiert werden.

Der Élysée-Vertrag vom 22. Januar 1963 ist die Grundlage für die deutsch-französische Zusammenarbeit. Hierin wurden regelmäßige Treffen der Staats- und Regierungschefs sowie der Generalstabschefs mindestens zweimal im Jahr, der Außen- und der Verteidigungsminister mindestens dreimal im Jahr und Zusammenkünfte der zuständigen Behörden auf den Gebieten der Verteidigung, der Erziehung und in Jugendfragen niedergelegt. Schwerpunkt war, in allen wichtigen außenpolitischen Entscheidungen und in Fragen von gemeinsamem Interesse soweit wie möglich zu einer einvernehmlichen Haltung zu gelangen. Auf dem Gebiet der Verteidigung sollten der Personalaustausch verstärkt, gemeinsame operative Forschung betrieben, Gemeinschaftsarbeit in Rüstungsvorhaben organisiert und die Zusammenarbeit im Zivilschutz ausgebaut werden. Zur Stärkung der Verbindungen der deutschen und französischen Jugend als zukünftige Generationen beider Länder sollten die Begegnung und der Austausch von Schülern, Studenten und jungen Berufstätigen gefördert und außerdem der Sprachunterricht intensiviert werden. Mit der Präambel zum deutschen Zustimmungsgesetz sorgte der Deutsche Bundestag im Juni 1963 noch für Verstimmung in Frankreich, als von deutscher Seite eine Passage hinzugefügt wurde, die die Enge der Beziehungen Deutschlands zu den USA und den Wunsch nach der Aufnahme von Großbritannien in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft betonte. Die Verhandlungen mit Großbritannien waren aufgrund des Widerstands Frankreichs abgebrochen worden, und de Gaulle verfolgte das Ziel, mit Deutschland die Position Europas gegenüber den USA zu stärken.



22. Januar 1963: Konrad Adenauer und der französische Staatspräsident Charles de Gaulle *Bild: Archiv*

Der Élysée-Vertrag trat am 2. Juli 1963 in Kraft. Am 5. Juli 1963 wurde das deutsch-französische Jugendwerk gegründet, es entstanden Kooperationen zwischen Schulen und Vereinen in beiden Ländern sowie Städtepartnerschaften. Mit dem Austritt Frankreichs aus der Nato 1966 stagnierten die bilateralen sicherheitspolitischen Beziehungen, die erst Anfang der 1980er Jahre unter Bundeskanzler Helmut Schmidt und Staatspräsident Valéry Giscard-d'Estaing wieder in Schwung kamen. Einige Jahre später verhandelten dann Bundeskanzler Helmut Kohl und Staatspräsident François Mitterrand als Ergänzung des Élysée-Vertrages die Einsetzung von Räten zur Abstimmung von Verteidigungsinteressen und Fragen der Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik. Der „Deutsch-Französische Verteidigungs- und Sicherheitsrat“ (DFVSR) wurde zum 25. Jahrestag des Élysée-Vertrages eingerichtet und tagt seither halbjährlich in Paris. Gerade in militärischen Bereichen, wie durch die Großmanöver „Kecker Spatz“ und „Champagne“, die Aufstellung einer deutsch-französischen Brigade und des Eurokorps, kam eine neue Dynamik in die Zusammenarbeit.

Zum 40. Jahrestag des Abschlusses des Élysée-Vertrages und zum 15-jährigen Jubiläum des DFVSR wurden erneut Anstöße für die „Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (ESVP) und die „Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion“ (ESVU) gegeben. Seitdem ersetzt der deutsch-französische Ministerrat die bisherigen Gipfeltreffen.

Im Jahre 2010 wurde vom Ministerrat die deutsch-französische Agenda 2020 verabschiedet, in der 80 verschiedene Projekte in den Bereichen Wirtschaft und Finanzen, Energie und Klima, Bildung und Forschung, Außen- und Sicherheitspolitik, zwischengesellschaftliche Kontakte und institutionelle Vernetzung intensiv vorangetrieben werden sollen. Durch den Élysée-Vertrag wurde im Laufe der Jahrzehnte die Grundlage für eine beispiellose Freundschaft zweier lange verfeindeter Staaten geschaffen. Deutschland und Frankreich sind auf vielerlei Art verbunden, neben der großen Politik auch in allen gesellschaftlichen Bereichen. So gibt es inzwischen mehr als 2200 Städtepartnerschaften, mehr als 180 akademische Austauschprogramme, vielfältige Kooperationen von Forschungseinrichtungen, bilinguale Kindergärten und den Austausch von bisher acht Millionen Jugendlichen und jungen Erwachsenen über das Deutsch-Französische Jugendwerk. Damit haben die bilateralen Beziehungen eine Intensität erreicht, die weit über das damals vorstellbare Maß hinausgewachsen ist.

Zur Feier des 50. Jahrestages des Élysée-Vertrages haben Frankreich und Deutschland ein deutsch-französisches Jahr ausgerufen, in dessen Rahmen zwischen September 2012 und Juli 2013 zahlreiche Veranstaltungen in politischen und zivilgesellschaftlichen Bereichen stattfinden. Am 22. Januar 2013 wird das 50-jährige Bestehen des Élysée-Vertrages in Berlin mit einem Festakt und einer Begegnung beider Parlamente und Regierungen im Reichstagsgebäude gemeinsam gefeiert. *Britta Heitmann*

Der Preuße am Potomac

Der gebürtige Essener Fritz Kraemer gehört zu den einflussreichsten Akteuren des Kalten Krieges – und zu den unbekanntesten

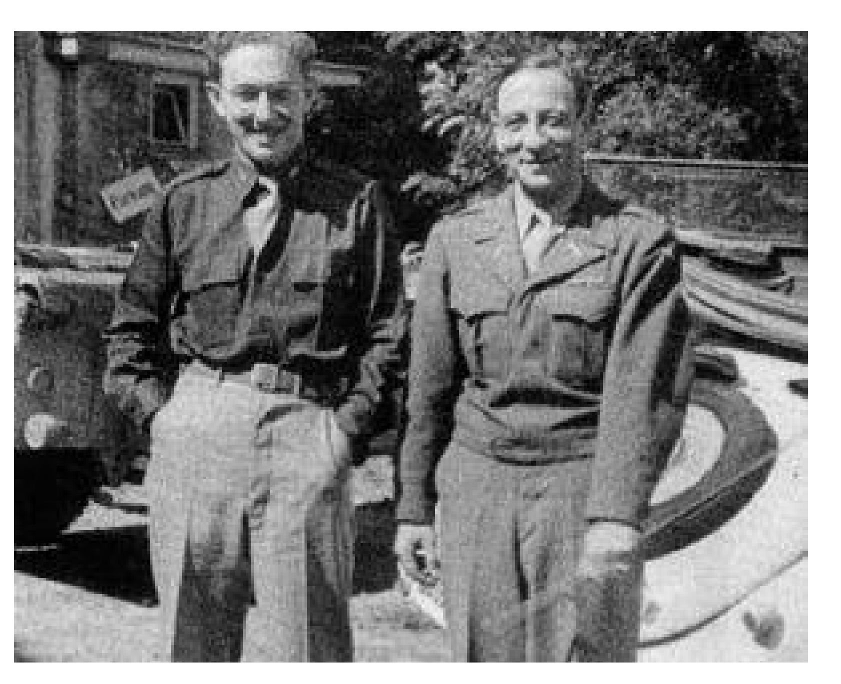
Selbst gute Kenner der US-amerikanischen Außenpolitik kennen oft nicht den 1908 in Essen geborenen Fritz Kraemer. Dies ist erstaunlich, denn der bekennende Preuße war 30 Jahre lang, von 1948 bis zu seiner Pensionierung 1978, als Strategieberater im US-Verteidigungsministerium einer der prägenden Akteure der US-amerikanischen Außenpolitik. Der perfekt fünfsprachige Geostratege mit Doktortiteln in Jura und Politikwissenschaften war der „Entdecker“ der späteren Außenminister Henry Kissinger und Alexander Haig. Unübersehbar groß ist die Zahl der Generäle, Sicherheitsexperten und Diplomaten, die Kraemer in jungen Jahren entdeckt und danach geduldig gefördert und geprägt hat. Bis in die 90er Jahre hinein übte der 2003 verstorbene Kraemer durch sie Einfluss auf die Außenpolitik der USA aus.

Kraemer verstand sich zeitlebens als Preuße, war und blieb ein Bewunderer Otto von Bismarcks und sogar ein Anhänger Wilhelms II. Zu seinen Markenzeichen gehörten dreiteilige Anzüge, ein Monokel und ein altmodischer Spazierstock, womit er für Amerikaner aussah wie aus einem alten Film. Wie eine solche Figur es schaffen konnte, zu einem der einflussreichsten Akteure der US-Politik im Kalten Krieg zu werden, der selbstverständlich Zugang zu den größten Staatsgeheimnissen hatte, gehört zu den unerzählten Anekdoten der neuesten Geschichte.

Strategieberater für sieben US-Präsidenten

Kraemers Eltern waren in jungen Jahren vom Judentum zum Protestantismus konvertiert und wurden nach 1933 verfolgt – den Nationalsozialisten war der Taufschein egal. Sein Vater starb in Theresienstadt, seine Mutter überlebte das Dritte Reich wie durch ein Wunder in Freiheit. Der junge Kraemer selbst emigrierte zunächst nach Italien und erwarb dort 1934 mit erst 25 Jahren seinen zweiten Doktorhut. Angesichts des für ihn gefährlichen Ausgleichs zwischen Adolf Hitler und Benito Mussolini setzte er sich später in die USA ab. Nach harten Jahren als Landarbeiter wurde er 1944 zum Militär eingezogen, erhielt dadurch die US-Staatsbürgerschaft und seine verblüffende Karriere als Strategieberater begann.

Kraemer war ein Asket, der mit jeder Faser für die Idee der Freiheit lebte. Ehre, Patriotismus, der Glaube an Gott sowie persönliche Unabhängigkeit waren Schlüsselbegriffe seines Denkens. Er war der festen Überzeugung, dass man Diktatoren frühzeitig und hart entgegentreten müsse, „provozierende Schwäche“ und alle Anwandlungen „bourgeoiser“ Weichheit verachtete er als Dekadenz. Wenn die Demokratie auf Dauer bestehen wolle, so Kraemer, dann brauche sie nichts so sehr wie eine willensstarke Elite, die von der Richtigkeit, ja Absolutheit ihrer Werte überzeugt ist. Mit diesen Ideen, die Kraemer brillant formulieren und elegant bis in das Denken griechischer Philosophen und Strategen zurückverfolgen konnte, wurde er zum unumstrittenen Vorbild, ja zum „godfather“ der neokonservativen Bewegung in den USA.



Kraemer (r.) und der von ihm „entdeckte“ Henry Kissinger: 1945 als US-Soldaten in ihrer deutschen Heimat *Bild: Archiv*

Allein schon deswegen verblüfft, dass Fritz Kraemer so wenig bekannt ist. Die Erklärung dafür liegt in seiner Person. Kraemer lebte nach dem preußischen Prinzip „mehr sein als scheinen“. Mehrfach lehnte er Beförderungen ab, um politisch unabhängig zu bleiben. Er hielt zwar viele Vorträge, teilweise auch vor mehreren Hundert Zuhörern, doch zur Veröffentlichung waren sie allesamt nicht bestimmt. Nach seinen Doktorarbeiten schrieb er kein Buch mehr, und kaum eines seiner vielen Papiere zur sicherheitspolitischen Lage in fast jedem Teil der Welt wurde je publiziert. Überhaupt bevorzugte er das persönliche Gespräch – am liebsten unter vier Augen –, um als „Missionar“ (Kraemer über Kraemer) für seine Überzeugungen zu werben.

Aus diesen Gründen ist der Preuße Fritz Kraemer gemessen an seinem Einfluss vielleicht der am wenigsten bekannten Akteur des Kalten Krieges geblieben. Einer der von ihm früh Geförderten, der Geostratege Hubertus Hoffmann, hat seinem großen Vorbild nun mit einem fast 400-seitigen Buch ein Denkmal gesetzt. Als Ko-Autoren haben Persönlichkeiten wie Henry Kissinger, Donald Rumsfeld und Alexander Haig, aber auch der frühere Generalinspekteur der Bundeswehr, Klaus Naumann, zu dem Buch beigetragen. Es wäre zu wünschen, dass es bald auch in deutscher Sprache erscheint, um den „Preußen am Potomac“ Fritz Kraemer auch in seiner Geburtsheimat bekannter zu machen. *Konrad Badenheuer*

Hubertus Hoffmann: „True Keeper of the Holy Flame – The Legacy of Pentagon Strategist and Mentor Fritz Kraemer“, Verlag Inspiration Un Limited, Berlin/London 2012, 384 Seiten, 24,90 Euro

Endstation »Speziallager«

Eine neue Ausstellung macht Opfern sowjetischer Lager Hoffnung auf eine objektive Erinnerungspolitik

Die sowjetischen Lager in Deutschland nach 1945 und ihre Opfer führen im öffentlichen Bewusstsein wie in der Wissenschaft ein Schattendasein. Vielen unbekannt, in der DDR totgeschwiegen und in westdeutscher Erinnerungskultur oft nur am Rande als notwendige Fußnote des Zweiten Weltkrieges abgetan, sind die zehn Internierungslager, von der Sowjetverwaltung „Speziallager" genannt, heute oft Gegenstand eines Streits um Opferzahlen und das angemessene Gedenken.

Im brandenburgischen Ketschendorf geht eine Ausstellung jetzt einen anderen Weg: In der Stadtbibliothek sollen Dokumente und Schautafeln helfen, das 40 Jahre dauernde Schweigen zu durchbrechen. Auch Überlebende suchen den Ort auf, beteiligen sich am Gedenken. Das ist keine Selbstverständlichkeit. Vielerorts weisen eher versteckte Gedenksteine abseits der oftmals von den Sowjets weiter genutzten Lager aus der Zeit des Nationalsozialismus auf das spätere Unrecht ab 1945 hin. Nah dem heute zu Fürstenwalde gehörenden Ketschendorf betrieb die sowjetische Siegermacht 1945 bis 1947 das „Speziallager 5", in dem 4621 Menschen umkamen. Unter dem Titel „Die Straße, die in den Tod führte" informieren jetzt 13 Tafeln über das Lager und gehen auf die Verhaftungen, aber auch auf die Schließung des Lagers, sowie die Aufarbeitung seit dem Zusammenbruch der DDR ein.

Dass die Ausstellung, zur der auch eine gleichnamige Publikation erschienen ist, so harmonisch verläuft, hängt nicht nur mit dem bildungspolitischen Nachholbedarf zusammen. Im Gegensatz zu anderen sowjetischen Speziallagern auf deutschem Boden wurde Ketschendorf erst nach 1945 Lager, gehörte zuvor zu einer Arbeitersiedlung. Konflikte mit NS-Opfern um den Gedenkort entfallen somit. Sie sind andernorts an der Tagesordnung, so in Sachsenhausen. Dort beklagen die Überlebenden des vom „Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten" (NKWD) einst als „Speziallager 7" genutzten KZ-Geländes bis heute ihre Benachteiligung durch die offizielle Gedenkpolitik des Landes Brandenburg. „Die vor 1945 Inhaftierten wollten nicht, dass unsere Zeit zur Geltung kommt, aus Angst, ihre Zeit könnte abgeschwächt werden, aber wir wollen das nicht beurteilen, wir wollen nur unserer Toten gedenken", sagt Gerhard Taege, der als 17-Jähriger von den Sowjets in Sachsenhausen eingesperrt wurde. Den heute verbreiteten Opferzahlen von dort rund 12 000 Toten misstraut er: „Wir haben 25 000 Tote in Sachsenhausen, das geht auf die Erfahrungen der Ärzte und der Kollegen zurück, die im Leichenkeller eingesetzt waren. Die Akten sind alle von den Sowjets vernichtet worden. Viele Massengräber wurden sofort planiert, sind bis heute nicht gefunden."



Unnötiger Konkurrenzkampf: Während in Ketschendorf nur Opfer der Sowjets waren, konkurrieren in Sachsenhausen (Foto) NS- und Sowjet-Opfer um die öffentliche Aufmerksamkeit Bild: T. Heimann/dapd

Auch wenn die Zusammenarbeit der Opfergruppen sich gebessert hat, steht die Forschung noch am Anfang. Unter Berufung auf die Autorin Bettina Greiner erklärte die „Frankfurter Rundschau" 2010 zu den Gesamtopferzahlen der Speziallager: „Die seriöse Forschung kommt auf 154 000 Häftlinge, von denen rund 44 000 starben, allerdings nicht durch gezielte Vernichtung, sondern an Hunger" – die Zeitung ist inzwischen selbst Geschichte. Solche Verharmlosung des gezielten stalinistischen Terrors ist noch weit verbreitet. Überbelegung, Hunger, Seuchen, Schikanen und Gewalt gegen die Insassen prägten die Überlebenden. Im ersten Lager dieser Art, dem sowjetischen „Speziallager 1" in Mühlberg, inhaftierten die Sowjets von Sommer 1945 bis Ende 1948 rund 21 800 Menschen. Mindestens 6700 starben hier wegen schlechter hygienischer Bedingungen, Mangelernährung und schlechter medizinischer Versorgung.

Obwohl die Entnazifizierung formal zur Rechtfertigung diente, wurden tatsächlich kaum die von sowjetischen Tribunalen wegen tatsächlicher oder vermeintlicher Kriegsverbrechen Verurteilten eingeliefert. Das Gros der Verhaftungen erfolgte willkürlich. Betroffen waren auch Sozialdemokraten wie einstige Soldaten, Jugendliche oder Menschen, denen das stalinistische Regime oppositionelle Einstellungen unterstellte. Vor allem ab dem Sommer 1945 und damit Monate nach Kriegsende setzte die große Verhaftungswelle ein, begleitet von Verhören. Gefangene wurden gefoltert, erpresste Geständnisse mussten in russischer Sprache unterschrieben werden. Dabei reichte eine Denunziation und somit die bloße Beschuldigung als Beweis. In vielen solcher Fälle bedurfte es daher nicht einmal eines Urteils. Auch NS-Widerstandskämpfer kamen in den Lagern ums Leben, so Horst Karl von Einsiedel, der als „amerikanischer Spion" verurteilt unter ungeklärten Umständen 1947 in Sachsenhausen starb.

Sverre Gutschmidt

Der Kampf der Schwarzhäupter

Die deutschstämmige Bruderschaft will ihr angestammtes Haus in Tallinn zurück

Seit dem 12. Jahrhundert hatten deutsche Missionare, Ritter und Kaufleute das Baltikum, die letzte heidnische Region Europas, missioniert. Der von ihnen gegründete deutsche Ordensstaat im Baltikum war im Mittelalter eine Großmacht. Grundlage des Erfolgsmodells dieses Staates war eine erfolgreiche Verquickung von religiösem, wirtschaftlichem und militärischem Handeln in Gilden und Bruderschaften von Kaufleuten und Handwerkern, die im Zeitalter der Hanse ihre größte Blüte erreichten.

Nordöstlichster Punkt dieses mächtigen Städtebundes war Reval, das heutige Tallinn. Reval hatte eine Schlüsselstellung für den Handel des Westens mit Russland und weiter Richtung Osten inne. Die Stadt erhielt als Teil des „Livländischen Drittels" der Hanse 1346 zusammen mit Riga und Pernau das Stapelrecht, das alle mit Russland Handel treibenden Kaufleute dazu verpflichtete, eine der drei Städte anzulaufen und für einen Zeitraum von drei bis acht Tagen ihre Waren auf den Märkten dieser Städte anzubieten. Estlands Hauptstadt Tallinn hat zumindest äußerlich das Bild einer deutsch geprägten Hansestadt bis heute bewahrt.

Die Bruderschaft der Schwarzhäupter entstand in Reval 1399, sie hatte großen Anteil an der Stadtgeschichte des alten Reval. Sie vereinigte junge, unverheiratete Kaufleute, bevor diese in die Große Gilde aufgenommen werden konnten, ebenso ausländische Kaufleute, die sich über längere Zeiträume in der Stadt aufhielten. Die „Bruderschaft der Schwarzenhäupter aus Reval" ist eine der ältesten bestehenden Bürgervereinigungen in Europa. Die russischen Zaren Peter I., Paul und Alexander I. waren Ehrenmitglieder der Bruderschaft. Der offizielle Name „Schwarzenhäupter" wurde in der Umgangssprache zu „Schwarzhäupter" verkürzt. Benannt sind die Schwarzhäupter nach dem aus Ägypten stammenden Bruderschaftsheiligen Mauritius, der oft als „Mohr" dargestellt wird. Die heute noch 32 Mitglieder der Bruderschaft zwischen 27 und 95 Jahren tragen immer noch das Abzeichen mit dem Kopf des schwarzen Märtyrers am Revers. Er ziert auch die Eingangstür ihres Stammsitzes in Tallinn. Die Bruderschaft, die in ihren Glanzzeiten in Estland mehrere Hundert Niederlassungen zählte, diente gesellschaftlichen, religiösen und sozialen Zwecken, bei Bedarf kamen auch militärische hinzu.

Ihr Haus in der Revaler Langstraße (heute Pikkstraße), in dem seit 1407 die Zusammenkünfte und die geselligen Veranstaltungen stattfanden, kaufte die Bruderschaft 1531. Während der durch den Hitler-Stalin-Pakt erzwungenen Umsiedlung der Deutsch-Balten 1939/40 weigerte sich die Bruderschaft, ihr Haus zu verkaufen, obwohl eine Mehrheit ihrer Mitglieder in den besetzten Warthegau in Polen umgesiedelt wurde. Auf diese Weigerung stützt die Bruderschaft heute ihren Besitzanspruch. Nach dem gewaltsamen Ende der Republik Estland durch den Einmarsch der Roten Armee 1940 wurde das Schwarzenhäupterhaus von den Sowjets zwangsenteignet.

Eine organisatorische Wiedereinrichtung der Bruderschaft war auch im Dritten Reich verboten. Trotzdem setzten die Schwarzhäupter in ihrer Zwischenheimat in Posen, aber auch zeitweise im deutsch besetzten Reval ihre heimlichen Zusammenkünfte weiter fort. Das Schwarzenhäupterhaus in Reval hat den Krieg unbeschadet überstanden. In den Kriegs- und Nachkriegsjahren hatten sich die Brüder über die ganze Welt verstreut. Nachdem sich die politischen Verhältnisse stabilisiert hatten, wurde die Bruderschaft der Schwarzenhäupter aus Reval nach deutschem Vereinsrecht mit Sitz in der alten Hansestadt Hamburg eingetragen. Seit der Wende 1991 nahm die Bruderschaft erstmals Esten auf – und ist seitdem wieder in Tallinn ansässig.


Heiliger Mauritius: Der Namensgeber ziert Portal

Die Schwarzhäupter konnten nach der zweiten estnischen Unabhängigkeit ihr nachweislich 1531 erworbenes Stammhaus erfolgreich vor Gericht zurückfordern. Ein estnisches Gericht erkannte die Rechtsnachfolge der heutigen Schwarzhäupter an. Trotz Flucht und Neugründung habe die Bruderschaft kontinuierlich weiterbestanden, auch wenn sie zuletzt keine nennenswerte Aktivität in Estland gezeigt habe. Als letzte mittelalterliche Vereinigung Estlands konnte die Bruderschaft ihr Stammhaus inzwischen zur Hälfte zurückerwerben und teilt es mit der estnischen Philharmonie, die die andere Hälfte nutzt. Der Bau wird jedoch nicht nur als Veranstaltungsort für Konzerte und Ausstellungen genutzt, sondern auch für Staatsempfänge. Nur die Stadt Tallinn unter Bürgermeister Edgar Savisaar zweifelte die Rechtsnachfolge der in Deutschland organisierten Schwarzhäupter an und zog gegen die Rückgabe des gesamten Gebäudes vor Gericht, wo sie sich gegen die bereits zweimal von der estnischen Regierung beschlossene Rückgabe des Hauses wehrt.

Für den „Erkorenen Ältesten" Ralph-Georg Tischer, den Vorsitzenden der Revaler Schwarzhäupter, der beruflich Vorsitzender der Deutsch-Schwedischen Handelskammer ist, schiebt die Stadt die Kultur nur vor, um das Eigentum an diesem historischen Gebäude zu erlangen, sagte er einer Presseagentur. Die Bruderschaft habe mehrfach Nutzungskonzepte vorgelegt, die das öffentliche Interesse berücksichtigten, doch bis heute habe man darauf keine Antwort von der Stadt erhalten, sagt Tischer. Mitte Dezember verwies nun ein Gericht den letzten Beschluss zur Rückübertragung zurück an die estnische Regierung. Diese habe nicht ausreichend deutlich gemacht, wie die Bruderschaft das Gebäude künftig nutzen wolle, befanden die Richter. Die Schwarzhäupter setzen nun auf die nächste Instanz und sehen dem Prozess zuversichtlich entgegen.

Bodo Bost

Per DVD durchs Berliner Schloss

Einen Rundgang durch etwas, was es nicht mehr, beziehungsweise noch nicht wieder gibt, bietet die neue DVD „Das Berliner Schloss. Historische Tour im Wandel der Zeiten" aus dem Rainer Hübner Verlag. Rund eineinhalb Jahre hat ein sechsköpfiges Team an der Produktion gesessen. Der Zuschauer erlebt eine faszinierende audio-visuelle Führung durch das Berliner Schloss. Er besucht königliche Kammern, prunkvolle Säle und prachtvolle Treppenhäuser. In lebendiger Erzählweise wird über historische Hintergründe, Fakten und Wissenswertes rund um die



500-jährige Geschichte des Schlosses und deren herrschaftliche Bewohner berichtet. Viele historische Aufnahmen erinnern an die Pracht des einstigen Residenzschlosses preußischer Könige und deutscher Kaiser. Zudem erlebt der Zuschauer, wie das Berliner Schloss-Humboldtforum neu entsteht.

Die DVD mit einer Laufzeit von zwei Stunden und 18 Minuten kostet 9,90 Euro. Sie ist auch als „Premium Edition" mit einer Laufzeit von 2:55 erhältlich, die 14,90 Euro kostet. Der Knüller zum Schluss: Von jeder verkauften DVD wird eine Spende in Höhe von einem Euro für den Wiederaufbau des Berliner Schlosses an die Stiftung Berliner Schloss-Humboldtforum abgeführt. Die DVD ist in allen Buchhandlungen und vielen Verkaufsstellen erhältlich. *PAZ*

Preußen laden zum Empfang

Bekennende Preußen und Preußenfreunde führen ein eher unauffälliges Minderheitendasein. Einmal im Jahr allerdings kommen sie in Berlin zu einer festlichen Veranstaltung zusammen. Der Neujahrsempfang der Preußischen Gesellschaft Berlin-Brandenburg e.V. ist ein fester Termin im Kalender aller Preußenfreunde. Am 20. Januar ist es wieder so weit. Den prachtvollen Rahmen bietet die „Belle Etage" des Hotels „Hilton" am Gendarmenmarkt. Ein Blickfang sind stets die in alte historische Uniformen gekleideten Gäste, es gibt aber auch viele aktuelle Uniformen von Bundeswehr, Polizei und anderen Organisationen zu sehen.

Höhepunkt der Veranstaltung ist immer die Festrede des Ehrengastes. In diesem Jahr ist es dem Vorsitzenden der Gesellschaft, Volker Tschapke, gelungen, den Bürgermeister und Innensenator von Berlin, Frank Henkel, dafür zu gewinnen. Für den musikalischen Rahmen sorgt das Spandauer Blasorchester. Auch in diesem Jahr gibt es wieder eine Verlosung, bei der als Hauptpreis zwei Flugtickets nach Peking winken. Am Rande des Empfangs stellen zahlreiche mit Preußen verbundene Vereinigungen und Institutionen ihre Aktivitäten vor. Selbstverständlich gehört dazu auch die *Preußische Allgemeine Zeitung.* *PAZ*

Bezahlter Wahnsinn

Zu: „Projekt gescheitert“ (Nr. 51/52)

Es ist unvorstellbar. Um Langzeitarbeitslose in den Arbeitsprozess einzugliedern, wurden 900 Planstellen geschaffen. Es sollten 40 Wochenstunden (30 Stunden Arbeit und 10 Stunden Weiterbildung für 7,50 Euro je Stunde, oder korrekt 10 Euro für eine reale Arbeitsstunde) geleistet werden. Die eingeplanten Kosten dafür: 100 Millionen Euro, das heißt mehr als 111 000 Euro für eine Stelle. Jedoch waren von diesen 900 eingeplanten Hartz-IV-Empfängern lediglich 50 bereit, eine dieser eigens für sie geschaffenen Arbeiten anzunehmen. Dennoch wurden für diese 50 scheinbar arbeitswilligen Hartz-IV- Empfänger 56 Millionen Euro (über eine Million pro Person) aufgewendet. Unvorstellbar! Bei Besetzung aller 900 Stellen bei gleichen Konditionen ergibt dies eine Summe von rund einer Milliarde Euro.

Wie soll das der Arbeitnehmer verstehen, der von den Abzügen seines zehn Euro Stundenlohns diesen Wahnsinn bezahlen soll, nebenbei seine Familie ernähren muss und darüber hinaus die Miete für eine annehmbare warme Wohnung bezahlen muss? Mit diesem Projekt ist allerdings zweifellos die Begründung für die allgemeine Ablehnung zur Teilnahme an einem Eingliederungsprozess gegeben. **Horst Vajen, Arandi Küla/Estland**

Schlechtes Personal-Händchen

Zu: „Wie war Wulff möglich?“ (Nr. 1)

Herrn v. Gottberg gilt mein Dank für seinen Zwischenruf mit der Frage zu Wulff. Diese Frage kam bei mir schon auf, als ich hörte, dass Angela Merkel ihn zum Bundespräsidenten machen wollte. Die später eingetretenen und hinreichend diskutierten Fakten spielten bei mir noch keine Rolle, Wulff verkörperte für mich nichts Präsidiales. Aber mit ihm hat Frau Merkel nur ihre Serie personeller Fehlgriffe fortgesetzt. Sie mag als eine erfolgreiche Politikerin scheinen, bei der man zum Beispiel hinsichtlich ihres Handelns in der europäischen Staatenverschuldung noch nicht genau weiß, ob sie einem Plan folgt oder nur in der sich verselbstständigten Finanzsituation einen ihr richtig erscheinenden Schritt nach dem anderen macht.

Die Endabrechnung für uns alle kommt ja noch. Aber bei der Berufung und Führung der ihr als Kanzlerin unbequem werdenden Politiker hat sie mehrfach versagt. Horst Köhler hätte sie sich vorher genauer anschauen sollen und Ex-Umweltminister Röttgen hätte sie schon bei der Absicht seiner Kandidatur in NRW unmissverständlich sagen müssen, dass die Posten der Bundesminister keine Karrierenotsitze für gescheiterte MP-Kandidaten sind. **Helmut v. Binzer, Hamburg**

Wagemutige Meinungsäußerung

Zu: „Der Tod des freien Wortes“ (Nr. 49)

Wagemutig, Hans Heckel! Ich hoffe allerdings, noch einige Zeit Ihre Wochenrückblicke lesen zu dürfen. Man staunt schon, dass die *PAZ* nach Veröffentlichung solcher Beiträge mit klaren Aussagen noch weiter existieren kann. Wie viele Anfeindungen aus Politprofi-Kreisen und Medien-Direktorien mögen Sie wohl inzwischen über sich haben ergehen lassen müssen? In Heckels Beitrag wird die Verlogenheit dessen, was uns alltäglich in sogenannten „Nachrichten“-Sendungen von ARD und ZDF sowie leider auch von den meisten größeren Zeitungen und vor allem von höchsten Politikern angeboten wird, in klarer Form dargestellt.

Ich werde den Artikel in meiner Abteilung verteilen. Allerdings stolperte ich fast an dem Punkt, wo davon die Rede ist, dass man bei der Kritik am Verhalten von Zuwanderern für unsensibel oder gar „rassistisch“ benannt wird. Noch gelten ja Teile des alten Bundesbeamtengesetzes. Und da könnte es schnell passieren, dass Jungjuristen im Innenministerium darauf kommen, meine Zustimmung zu Heckels Schlussfolgerung sei als „rassistisch“ zu bewerten. Aber zur Verteidigung des Artikels würde ich sogar ein Disziplinarverfahren in Kauf nehmen. **Manfred Lauffer, Meppen**

Denkt die SPD noch sozial?

Zu: „Ist die Ehre nicht Lohn genug“ (Nr. 2)

Die SPD gab bisher immer vor, die Partei der sozial Schwachen zu sein. Während der Vortragsmillionär und Kanzlerkandidat der Sozialdemokraten, Peer Steinbrück, eine höhere Besoldung für das Amt der Bundeskanzlerin beziehungsweise des möglichen zukünftigen Bundeskanzlers einfordert, werden zur gleichen Zeit Tausende von Arbeitnehmern wegen Schließung einiger Großbetriebe auf die Straße gesetzt und stehen vor dem Nichts. Reaktion der Genossen, auf diese Missstände – gleich Null.

Stattdessen stopft man sich lieber erst die eigenen Taschen voll, um anschließend großspurig von sozialer Gerechtigkeit zu reden. Was die höhere Verantwortung der Bundeskanzlerin betrifft, das stimmt einfach nicht, Herr Steinbrück! Ich denke dabei an die Berufsgruppen von Busfahrern, Zugführern, Piloten und auch Chirurgen, die bei weitem unter einem monatlichen Einkommen von 32 000 Euro liegen. Wenn diese Berufsgruppen einen schwerwiegenden Fehler begehen, kostet das Menschenleben. Wenn die Bundeskanzlerin dagegen einen schwerwiegenden Fehler begeht, passiert – mit Ausnahme einiger erhobener Zeigefinger oder ein paar Buh-Rufen – zunächst rein gar nichts.

Wo ist da die erhöhte Verantwortung einer Bundeskanzlerin oder eines Bundeskanzlers zu finden? Eine SPD, die nur nach den Geldtöpfen schielt, ist für den „kleinen Mann“ ein Hohn. Wenn ein Familienvater mit einem monatlichen Einkommen von unter 2000 Euro bei den heutigen Lebenshaltungskosten eine mehrköpfige Familie durchbringen muss, ist für diesen wenig verdienenden Personenkreis solch eine Sozialdemokratische Partei einfach nicht mehr wählbar. **Reinhard Plehn, Erkrath**



„Brioni“-Kanzler Schröder: Der Posten des Regierungschefs war für ihn Sprungbrett zum Eintauchen in den Geldadel. Als Aufsichtsratschef der Ostsee-Pipeline verdient er jetzt ein Vermögen

Gute Freunde

Zu: „Ungarn bewies früh Willen zur Versöhnung“ (Nr. 50/51)

Die meisten Donauschwaben wurden als Folge der zwischen den Alliierten geführten Potsdamer Konferenz in die BRD oder die Republik Österreich vertrieben. Ungarn entschuldigt sich, aber die Vertreibung haben die Sowjets und die USA sowie die anderen Alliierten geplant.

Die meisten Politiker reden von Versöhnung. Versöhnung, obwohl es nie Feindschaft zwischen diesen Nationen gab. Nun, wer Ungarn kennt, weiß genau, wie sehr die deutsche Kultur dort geschätzt wird. Man darf Ungarn nicht mit Tschechien oder der Slowakei verwechseln. Ungarn kämpfte auch gegen die Benesch-Dekrete. Also für sich und für die Sudetendeutsche Bevölkerung. Es muss nicht „versöhnt“ werden, sondern es gibt eine traditionell gute Freundschaft. **Roland Dudda, Budapest**

Lieber Sparkassendirektor als Politiker?

Zu: „Ist die Ehre nicht Lohn genug“ (Nr. 2)

Präsident Obama sagte einmal, dass die Politik für das Volk dienlich sei und nicht nur für die Interessen der Reichen gedacht ist. In Deutschland fällt es den Bürgern zunehmend schwerer, eine Alternative zur Einheitspartei „Fdpcduspdpds“ zu finden. Die Feinjustierung in der Politik im Fall von Meinungsunterschieden wird über den Kopf der Bürger vorgenommen und die Forderung aus dem bürgerlichen Lager nach politischen neuen Spielregeln massiv heruntergeschwätzt.

Direkte Demokratie und bundeseinheitliche Volksabstimmungen wären da zu nennen, um Veränderungen in der Politik zu erreichen. Die SPD ist spätestens durch das Verhalten von Steinbrück für viele nicht mehr wählbar. Welche Geister in dieser Partei sind noch zu beschwören, um solchen Denkmustern eine klare Absage zu erteilen?

In Deutschland liegt das durchschnittliche Gehalt bei zirka 30 000 Euro. Unsere Kanzlerin erhält das ungefähr zehnfache und entspricht einer angemessenen Relation. Hier Gehaltsregeln wie in der freien Wirtschaft einzuführen, ist unfassbar und untragbar und ein Schlag ins Gesicht.

Wenn es die SPD mit ihrem Wahlkampfversprechen „mehr soziale Gerechtigkeit“ ernst meint, hat ihre Glaubwürdigkeit mit Steinbrück als Flaggschiff vorzeitigen Schiffbruch erlitten. Nein, Steinbrück will, falls es noch nicht alle mitbekommen haben, nicht Sparkassendirektor werden, sondern ein Bundeskanzler für die gebeutelte deutsche Nation. Dafür muss er offensichtlich die „Finanzen“ zuerst sorgfältig zur Diskussion stellen. Würde sein Erfolg sich spürbar verbessern, wenn er Hundertausende im Jahr mehr aus Steuermitteln an Gehalt erhalten würde? Wäre sein persönlicher Erfolg um ein vielfaches größer und zum Wohle der deutschen Nation? Der persönlichen Gier sind keine Grenzen gesetzt und ein Schelm ist, wer da böses denkt, wenn die Banken von Persönlichkeiten solchen Kalibers zukünftig gezügelt würden.

Der Ausverkauf Deutschlands geht munter weiter. Wer will als Bürger machtvoll dagegen halten? Aufzuzählen wären zu Steinbrücks Gehalt da zum Beispiel: eine Kostenpauschale (3022 Euro), eine Dienstwagenaufwandsentschädigung (1023 Euro) und – seit Januar erhöhte – hälftige Abgeordnetendiät (4126 Euro). Richtig ist, dass die Pensionsansprüche dieses Kanzleranwärters so hoch sind, dass jeder Normalverdiener davon nur träumen kann. Auf die Wahlkampf-„fair“-sprechen der Parteien dürfen wir schon jetzt gespannt sein. In diesem Punkt hält die „Einheitspartei“ geschlossen zusammen.

Zeitgleich werden Millionen Menschen an den Rand ihrer sozialen und wirtschaftlichen Existenz gedrückt. Die Schere zwischen Arm und Reich wird immer größer. Der Mittelstand zerbricht schleichend. Man stellt sich die Frage, handelt Steinbrück unbewusst selbstüberschätzend oder spielt gar die Gier eine starke Rolle. Man könnte sich durchaus alternativ zu seinen Bestrebungen vorstellen, dass Steinbrück eine gut bezahlte Stellung in einem Wirtschaftsunternehmen sucht, welches seinen finanziellen Vorstellungen eher entspricht.

Der Wähler in Deutschland hat keine echte Perspektive zu den gegenwärtigen Parteien. Solange keine grundlegende Veränderung – wohlgemerkt im demokratischen Sinne – in der politischen Landschaft stattfindet, wird die „Fdpcduspdpds“ als Einheitspartei über die Köpfe der Bürger so weiter machen wie bisher. Die Geschwindigkeit der schmerzhaften Veränderung wird allerdings zunehmen. Die Grünen spielen in diesem Theater eine besondere Rolle, die für die deutsche Nation negativen Charakter hat: „Pernoctem-ad-lucem“, (durch die Nacht zum Licht). Zu wünschen wäre, dass die gegenwärtige Dunkelheit in der Politik nicht das gesamte Blickfeld blockiert. Wie sagt der Volksmund: „Die Hoffnung stirbt zuletzt.“ **Udo Heinz Barendt, Alsdorf**

Verehrte Maria

Zu: „Josef, der Mann im Schatten“ (Nr. 50/51)

„Während die Jesus-Mutter Maria angebetet wird“, ist eine falsche Aussage. Sie wird lediglich verehrt als die Frau, die sich auf den Plan Gottes einließ und dadurch die Geburt des Gottessohnes ermöglichte. Natürlich hat sie als die Mutter des Herrn und Gottesgebärerin eine große Fürbittmacht bei Gott. Ein Beispiel ist die Hochzeit zu Kanaa, wo sie die Diener aufforderte, das zu tun, was Gott ihnen sagte. Diese Regel gilt auch heute noch. Maria hilft durch ihre Fürsprache, aber gleichzeitig fordert sie den sie Bittenden auf, das zu tun, was Christus sagt. Aber angebetet wird allein nur Gott. Ihm allein gebührt alle Ehre und Anbetung. **Gerhard Stefan Paschedag, Gütersloh**

Der »unartige« Heinrich

Zu: „Wilhelms II. letzte Ehefrau“ (Nr. 50)

Im Artikel heißt es, die zweite Ehefrau des abgedankten Kaisers sei als „Prinzessin von Schönauch-Carolath“ geboren worden. Diese Information trifft nicht zu. Vielmehr war Prinzessin Hermine eine Tochter von Heinrich XXII., dem Regenten des Fürstentums Reuß älterer Linie. Sie heiratete 1907 den Prinzen Johann-Georg von Schönaich (nicht: Schonauch)-Carolath und wurde nach dessen frühem Tod im Jahre 1922 die zweite Gemahlin Wilhelms II.

Der Umstand, dass Hermine der Familie Reuß entstammte, entbehrt nicht einer gewissen Ironie, denn ihr Vater, Fürst Heinrich XXII., galt unter den deutschen Fürsten als derjenige, der Preußen gegenüber am kritischsten eingestellt war und sogar duldete, dass in Greiz eine „reichsfeindliche“ Zeitung erschien. Diese Haltung trug ihm in der „reichstreuen“ Presse den Spottnamen „Heinrich der Unartige“ ein. Er war es auch, der im Bundesrat die entscheidende Stimme dafür abgab, dass das Reichsgericht in Leipzig und nicht in Berlin angesiedelt wurde. In diesem Jahr war ihm im Schloss zu Greiz eine Ausstellung gewidmet, in der zahlreiche Dokumente zu sehen waren, die zeigten, wie intensiv und kritisch sich Heinrich XXII. mit der Politik des Deutschen Reiches beschäftigte. Fürst Heinrich XXII. ist – als letzter Angehöriger des Hauses Reuß älterer Linie – bereits 1902 gestorben. **Werner Lehfeldt, Göttingen**

Es gab eine Alternative zum Schlieffen-Plan

Zu: „,Macht mir den rechten Flügel stark‘“, (Nr. 1)

Es gab zwei Grundirrtümer im deutschen Generalstab des Jahres 1914, welche, wie Sie richtig dargestellt haben, auf Generalfeldmarschall von Schlieffen zurückgehen. Der erste Irrtum: der Angriff sei die beste Verteidigung, also die stärkere Form des Kampfes und, zweitens, man könne zu Fuß und zu Pferd in wenigen Wochen den weiten Weg über Belgien machen, dann nach Südwesten eindrehen und im Raum Paris in den Rücken der angreifenden Franzosen gelangen. Das war schon damals falsch. Denn im Zeitalter des Maschinengewehrs (damals noch bei nur 300 Schuss pro Minute) wurde jeder schneidige Kavallerieangriff zu Pferdegulasch gemacht. Die weitaus stärkere Form des Kampfes war die Verteidigung, wie die deutsche Armee ab November 1914 gegenüber den überlegenen Kräften der Alliierten bewies.

Ich habe lange genug darüber nachgedacht: Die bessere Lösung hätte im August 1914 darin bestanden, hart an der belgischen Grenze, also ohne belgisches Territorium zu verletzen, die gleiche Umfassung der in Elsass-Lothringen angreifenden Franzosen, aber nun auf kürzerem Wege, zu versuchen. Ein Problem war allerdings die ungewöhnlich kurze Mobilmachung in Russland; Russland hat offiziell um wenige Tage zuerst mobilisiert. Deutschland als letzter Staat. Aber daran kann es nicht liegen. Der Verdacht, dass Russland bereits kurz nach dem Attentat in Sarajevo heimlich, das heißt verdeckt, mobil machte, ist nicht von der Hand zu weisen. Jedenfalls wurden große Teile Ostpreußens von den russischen Armeen erobert, bis die oberste Heeresführung in Berlin nicht nur Generalfeldmarschall von Hindenburg, der sich bereits im Ruhestand befand, reaktivierte, sondern Truppen aus dem Westen nach dem Osten verschob.

Berlin stellte im Vorfeld der wechselseitigen Kriegserklärungen der britischen Regierung auf diplomatischem Wege die Frage, wie London auf eine mögliche kurzzeitige Verletzung der belgischen Neutralität reagieren würde. Aus heutiger Sicht war das allerdings hochgradig naiv. Die britische Antwort war undiplomatisch: Die Regierung in London gab die deutsche Anfrage an die britische Presse weiter – und diese wusste genau, was zu tun war. Ein Wutgeheul über den „niederträchtigen deutschen Plan“ war die Folge.

Der eigentliche Kriegsauslöser, der Funke am Pulverfass, war der österreichische Angriff auf Serbien, worauf die wechselseitigen Bündnisse in Kraft traten. Fazit: Der „Schlieffen-Plan“ war 1914 keineswegs alternativlos. **Jürgen Kunz, Buchen**

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 3 – 19. Januar 2013

MELDUNGEN

Bahn streicht Verbindungen

Lyck – Der Ermländisch-Masurische Regional-Verkehr strich die 24 unrentabelsten Verbindungen. Ab sofort verkehren keine Züge von Lyck nach Treuburg und von Elbing nach Braunsberg über Mühlhausen. Es gibt schon weniger Verbindungen von Allenstein nach Soldau und Deutsch Eylau, ebenso von Deutsch Eylau über Goßlershausen nach Soldau. In Betrieb genommen wurde stattdessen die Strecke von Ortelsburg nach Willenberg, wo sich eine Möbelfabrik befindet. Von montags bis sonnabends verkehren dort je zwei Züge täglich, um die Zufahrt zu der Arbeitsstelle zu ermöglichen. Wie der Regional-Verkehr erläutert, verringert sich durch die Streichung der Verlust. Ab sofort bedient der Verkehr 140 Regio-Züge und zwölf Inter-Regio-Züge. *PAZ*

Bestand an Wölfen steigt

Reußen – Im südlichen Ostpreußen wächst der Bestand an Wölfen. Letztens filmte das Forstamt Stabigotten [Nowe Ramuki] einen einzelnen Wolf, der sich im Wald in der Umgebung von Reußen (Kr. Allenstein) wohlfühlte. Das Dorf liegt kaum zehn Kilometer von Allenstein entfernt. Noch vor wenigen Jahren konnte man in der Umgebung der Woiwodschaftshauptstadt keinen Wolf sehen. Nach Meinung der Förster bezeugt die Anwesenheit der Wölfe den Reichtum der zu jagenden Tierwelt. Wenn der Wolf nichts zum Überleben hätte, wäre er nicht hier. An einem Tag frisst der Jäger etwa fünf Kilogramm Fleisch. Seit 2000 zählen die Forstämter der Region die Wölfe und Luchse. Nach der Zählung lebten vor zehn Jahren in den Wäldern der Region 50 Wölfe. Heute schätzt man ihre Zahl auf über 100. Wie sich zeigt, stören selbst Waldarbeiter die Wölfe nicht. Im Juli lief ein Wolf in der Nähe von Puppen (Kr. Ortelsburg) über eine Stelle, wo Waldarbeiter tätig waren. *PAZ*

Anmeldung unter richtiger Telefonnummer:

Bei der Ankündigung der von Louis-Ferdinand Schwarz organisierten Ostpreußenreise vom 3. bis 11. August hat sich in *PAZ*-Folge 2 am Ende bei der Angabe der Telefonnummer leider der Fehlerteufel eingeschlichen. Damit Ihre telefonische Anmeldung erfolgreich ist, veröffentlichen wir hier noch einmal die richtigen Angaben:

Louis-Ferdinand Schwarz, Südstraße 6a, 49201 Dissen, Telefon (05421) 1325. *PAZ*

Modernisierung dank WM

Königsberg investiert in öffentlichen Nahverkehr – Erste neue Straßenbahn in Betrieb genommen

Pünktlich zum Jahresbeginn wurde in Königsberg eine neue Straßenbahn in Dienst genommen. Zwar wurden in den vergangenen Jahren in Königsberg fast alle Straßenbahnlinien stillgelegt, doch in Vorbereitung auf die in der Pregelmetropole auszutragenden Spiele der Fußball-Weltmeisterschaft 2018 gibt es ehrgeizige Pläne der Gebietsregierung zur Modernisierung des öffentlichen Nahverkehrssystems.

Seit einigen Jahren werden in Königsberg Straßenbahnlinien eingestellt und Schienen entfernt. Die Bevölkerung hat sich immer wieder für den Erhalt der Straßenbahnlinien als Teil des historischen Antlitzes der Stadt eingesetzt. Diese Bemühungen hatten bislang wenig Erfolg. Das Straßenbahnnetz war schon beinahe vollständig aus der Stadt verschwunden.

Als bekannt wurde, dass Königsberg zu den elf Städten gehört, in denen Spiele der Fußballweltmeisterschaft 2018 ausgetragen werden, wurde den Bürgern ein Ausstellungsstück einer neuen Straßenbahn vorgestellt, die nun als Nummer 5 auf den Königsberger Straßen in Betrieb genommen wurde. Es handelt sich um das Modell der polnischen Firma „Pesa" (Schienenfahrzeuge Bromberg AG, 1851 als Reparaturbetrieb der Preußischen Ostbahn gegründet). Mit der Firma wurde ein Vertrag über die Lieferung dieser neuen Straßenbahngeneration abgeschlossen. Die Wagen haben einen niedrigen Einstieg, so dass die Benutzung auch für Ältere und Invaliden bequem ist. Sie sind mit Klimaanlagen und nach neuestem technischen Standard ausgestattet. Ein Straßenbahnwaggon kann bis zu 200 Personen befördern, allerdings gibt es nur etwa 30 Sitzplätze. Theoretisch könnte solch ein Zug mit 70 Stundenkilometern fahren, aber bei dem Zustand des Königsberger Schienennetzes wird es wohl wie bisher bei 20 Stundenkilometern bleiben. Ohnehin musste die polnische Straßenbahn erst an die Königsberger Schienen angepasst werden.

Zur Schau gestellt: Königsberger nahmen vor dem Hansaplatz die neuen Verkehrsmittel in Augenschein Bild: J.T.

Ein Pesa-Wagen kostet 1,45 Millionen Euro. Der Kauf wird zu gleichen Teilen aus dem städtischen und dem Staatshaushalt finanziert. Laut Bürgermeister Jaroschuk hat die Stadt bei den Polen einen günstigen Preis herausschlagen können, denn im Durchschnitt kostet eine Straßenbahn in Europa



Polen stellt Bau einer Fabrik in Aussicht

1,7 Millionen Euro. Pesa hat der Stadt einen dreigeteilten Waggon für 1,45 Millionen Euro angeboten. Um die Bevölkerung auf die Modernisierung des Stadtverkehrs vorzubereiten, wurden die neuen Verkehrsmittel zunächst auf dem Hansaplatz ausgestellt. Neben dem Modell der neuen Straßenbahn waren ein polnischer Bus „Autosun" sowie der weißrussische Trolleybus „AKSM" aufgestellt. Von den vorgestellten Transportmitteln ist war der weißrussische Oberleitungs-Bus auf Königsbergs Straßen bereits im Einsatz. Um die neue Straßenbahn gab es einen regelrechten Rummel. Mit unverhohlener Neugier studierten Erwachsene und Kindern alle Details des Interieurs wie die LCD-Anzeigetafel und die Ausstattung.

Auch Politiker waren zur Stelle. Gouverneur Nikolaj Zukanow und Alexander Jaroschuk nahmen gemeinsam mit Bürgern im Waggon Platz und zeigten sich zufrieden.

Wenn die neue Straßenbahn sich bewährt, sollen weitere Wagen dazugekauft werden. Zukanow stellte in Aussicht, dass bis 2018 alle Busse, Trolley-Busse und Straßenbahnen der Gebietshauptstadt durch moderne ersetzt sein werden. Er fügte hinzu: „Eine normale europäische Stadt sollte auch eine normale Straßenbahn haben!" Alexander Jaroschuk bemerkte, dass das Durchschnittsalter der Verkehrsmittel des städtischen Fuhrparks 30 Jahre überschritten hat, die Nutzungsdauer damit bei weitem überschritten sei. Am dringendsten müssten die 16 Straßenbahnen ausgetauscht werden, da ihre Nutzung den technischen Anforderungen nicht mehr entsprechen. Dazu sollen noch zehn Trolley-Busse aus weißrussischer Produktion gekauft werden. Sollte es zu dem geplanten Geschäft mit Pesa kommen, hat die polnische Firma aus Bydgoszcz den Bau einer Waggonfabrik im Königsberger Gebiet in Aussicht gestellt.

Ob es zum Kauf neuer Busse kommt, ist noch ungewiss. Da die meisten Routen von privaten Busunternehmern versorgt werden, ist es unwahrscheinlich, dass diese ein Interesse am Kauf teurer neuer Fahrzeuge haben. Die Modernisierung des Busverkehrs ist für 2014 bis 2015 vorgesehen, wenn ein neues Liniennetz in Kraft tritt. Dann dürfen Busunternehmen nur noch Busse verwenden, die nicht älter als drei Jahre sind.

Jurij Tschernyschew

Initiativgruppe kämpft für Königsberg

Duma-Abgeordnete sollen über eine Umbenennung entscheiden – Politiker lehnen aus ideologischen Gründen ab

In Russland wird Weihnachten traditionell erst zwei Wochen später als im Westen gefeiert, nämlich nach dem julianischen Kalender am 7. Januar. Vertreter einer Initiativgruppe zur Rückbennung Kaliningrads in Königsberg hatten den ersten Weihnachtstag nach deutscher Tradition gewählt, um eine Eingabe an die regionale Duma einzureichen. In wenigen Tagen war es der Gruppe gelungen, über 500 Unterschriften für eine Rückbenennung der Stadt zu sammeln. Nun sind die Abgeordneten der Gebietsduma aufgefordert, eine Stellungnahme abzugeben.

Die Idee, Kaliningrad seinen historischen Namen Königsberg wiederzugeben, ist nicht neu. Schon Anfang der 90er Jahre gab es diesbezügliche Forderungen, aber aus ideologischen Gründen hatte die Regierung eine Rückbenennung stets abgelehnt. Selbst während der Periode der Bekämpfung des Kommunismus war den Regierenden ein Name zu Ehren eines stalinistischen Täters immer noch lieber als der deutsche Name. Unter solchen Bedingungen galt allein der Gedanke an eine Rückbenennung als erster Schritt zur Abtrennung des Königsberger Gebiets von Russland.

Dennoch hat sich das Bewusstsein der Menschen allmählich verändert. Heute sind es gerade russische Nationalisten und Patrioten, die sich für die Wiedereinführung des historischen Na-

Das Bewusstein der Bürger hat sich allmählich verändert

mens einsetzen. Einer von ihnen, Vitkor Matwejew, sagte: „Die Idee, der Stadt ihren historischen Namen wiederzugeben, wird schon seit Langem in national-patriotischen Kreisen diskutiert. Seit Ende 2011 hat sich eine strukturelle Formierung der nationalen Bewegung gebildet. Dieser Prozess ist jetzt beendet und wir können uns mit der Realisierung unserer Projekt beschäftigen. Ein erster Schritt in diese Richtung ist die Rückbenennung der Stadt."

Weshalb ist die Frage für die nationalpatriotische Bewegung so wichtig? Laut Umfragen halten 25 Prozent der jungen Menschen im Gebiet eine Abtrennung der Exklave von Russland für möglich. Aus Sicht der Machthabenden eine beunruhigende Zahl.

Eine solche Ansicht hat verschiedene Ursachen. Zum einen ist im Königsberger Gebiet der Zusammenbruch des Sozialsystems in Russland deutlich sichtbar, besonders durch den Vergleich zu den westeuropäischen Nachbarländern. Dazu kommt die von Unfähigkeit geprägte Moskauer Politik bezüglich der Königsberger Exklave. Desweiteren gibt es das Empfinden, dass dieses Land ein fremdes ist. Dieses Verhältnis zur Exklave rührt aus dem Bewusstsein, dass es sich um eine genommene Trophäe handelt. Damit solche imperialen Denkweisen überwunden werden, wollen die Nationalpa-

Patrioten wollen sich nicht entmutigen lassen

trioten das historische Erbe wieder in Erinnerung bringen.

Grundlagen hierfür gebe es genügend. Denn Ostpreußen war im Siebenjährigen Krieg schon einmal von russischen Truppen besetzt gewesen und damals sei niemand auf die Idee gekommen, Städtenamen zu ändern. Darüber hinaus gebe es ja in Russland einige große Städte mit deutschen Namen: St. Petersburg, Jekaterinburg und Orenburg zum Beispiel. Daran störe sich niemand. Deshalb sei es auch kein Schritt zur Ablösung, wenn auf russischen Karten der Name Königsberg auftauche, sondern eher ein Blick in die Tiefe der russischen Geschichte. „Überhaupt: Wenn wir eine Brücke zwischen Russland und Europa sein wollen, müssen wir uns Europa entgegenstellen im Bewusstsein und im Verhalten", so Matwejew.

Die nationalpatriotische Bewegung hat ihre Forderung an die Duma weitergeleitet, weil sie damit eine Entscheidung über eine Umbenennung der Stadt herbeiführen will, die den Gesetzen entspricht. Docb leider hat bisher weder die Gebietsregierung noch die Regierungspartei die Initiative unterstützt. Damit isolieren sich die Politiker einmal mehr vom Bürgerwillen, denn die Städter selbst zeigen Verständnis für die Umbenennungs-Initiative.

Auch wenn die Initiative wohl keine Hilfe von den Abgeordneten erfahren wird, wollen die Aktivisten nicht aufgeben und auf gesetzlichem Wege für die Wiederkehr Königsbergs kämpfen.

Eugen Schreiner



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

die stille Zeit zwischen den Feiertagen hat manche Leser bewegt, über ihr Leben nachzudenken, in die eigene Vergangenheit zurückzukehren und die Erinnerungen zu wecken, die von Alltag und Alterssorgen überlagert werden. Sie niederzuschreiben und an uns zu senden mit der Bitte, diese zu veröffentlichen. Nun sind Weihnachten und Neujahr vorbei, das neue Jahr hat uns voll im Griff und damit auch die Themen, die wir bereits in der letzten Folge ansprachen: die große Flucht im Januar 1945. Da sich in der Mitte der nächsten Woche auch das große Zugunglück von Grünhagen zum 68. Mal jährt, bringen wir heute wie angekündigt dieses Kapitel aus dem Buch „Letzte Flüchtlingszüge aus Ostpreußen“ von **Heinz Timmreck** als Extrabeitrag auf unserer Familienseite. Jeder von uns, der jenen Fluchtwinter erlebte, könnte ein Buch schreiben und selbst, wenn es alle täten, würde keine Darstellung der anderen gleichen. Die Bandbreite der Einzelschicksale ließe sich bis zum Anschlag auffächern und jedes würde von einem anderen Verlauf berichten. So hat Herr **Bernhard Ax** aus Halle-Neustadt, der zu den Lesern gehört, die ihre „Gedanken zur Weihnachtszeit“ niedergeschrieben haben, in dem mehrseitigen Bericht auch seine Flucht geschildert, die allerdings in keinem der letzten Züge erfolgte, sondern in einem Treck über das zugefrorene Haff führte. Es ist die Stelle, die mich in seinen Memoiren am meisten erschütterte, und sie soll für die vielen ähnlichen Schicksale stehen, die Landsleute im Kindesalter dort erleiden mussten. Begonnen hatten die Schrecken schon vor der Flucht auf dem Hof der Großeltern in Auertal/Stumbern im östlichen Grenzgebiet an der Scheschuppe. Die Großmutter war bereits im Sommer auf der Weide beim Kühe melken von einem russischen Flugzeug aus beschossen worden, wenige Tage später wurde auch der Großvater auf dem Rübenacker Ziel eines russischen Tieffliegers, sie konnten sich aber beide retten. Bernhards Vater wurde seit Februar vermisst – und blieb es bis heute –, der Junge ging mit den Großeltern, Mutter und Schwester am 20. Oktober 1944 auf die Flucht. Und so hat er noch heute diese furchtbaren Wochen in Erinnerung, obgleich er damals erst vier Jahre alt war: „Die Großeltern vergruben unter dem Birnbaum verschiedene Sachen, denn sie glaubten an eine baldige Wiederkehr wie damals im Ersten Weltkrieg. Aber diesmal gab es keine Heimkehr. Fast ein Jahr waren wir unterwegs, wir mussten mit unseren Landsleuten durch die Hölle gehen, erlebten Hunger, Angst, Kälte, Lebensgefahr und den Tod. Wir gingen mit vielen, vielen anderen über das Frische Haff und erlebten die barbarische Bombardierung der Flüchtlinge auf dem Eis. Mit Pferdefuhrwerken waren wir aufgebrochen, dann wurde ein Pferd von einer Kugel getroffen, ein anderes wurde uns weggenommen, zuletzt musste alles stehen gelassen werden. Der Großvater „organisierte“ einen größeren Handwagen, es wurde nur das Allernötigste aufgeladen, Großvater spannte sich nun selbst vor den Wagen, alle anderen mussten laufen und schieben. Unterwegs starben die Schwester meiner Großmutter und eine Cousine von mir. Dann hatten uns die Russen überrollt, ein Soldat wollte mich erschießen, ich lief fort, und er zielte immer mit der Maschinenpistole auf mich, aber dann nahm er sie plötzlich herunter, winkte mit der Hand ab und fuhr weg. Dieses Erlebnis verfolgte mich noch jahrelang im Traum, immer wieder lief ich mit bleiernen Knien fort, kam aber nicht von der Stelle und schrie wie am Spieß ....“ Auch nach der Flucht gingen für das Kind die Schrecken weiter, seine Mutter verstarb in Berlin an Lungenentzündung und Typhus. Sie bat auf dem Sterbebett den Großvater, sich ihrer Kinder anzunehmen, und er hat es gehalten bis zu seinem Tod im November 1966. „Ohne unseren Großvater würden wir heute nicht mehr leben. Nach seinem Tode war ich jahrelang allein in der Wohnung und verlebte auch drei Weihnachten ganz allein, was unerträglich war...“ Diese Erinnerung hat wohl Bernhard Ax veranlasst, während der Weihnachtstage seine Erlebnisse aufzuschreiben, die ich ja leider nicht in voller Länge bringen kann. Aber auf diese oder jene Stelle in dem handgeschriebenen Lebensbericht des über 70-Jährigen werde ich mit Sicherheit zurückkommen und danke ihm für die Überlassung seiner Aufzeichnungen, die für uns von dokumentarischem Wert sind.



Der Rosengrabstein in der Ruine von Rauterskirch

Über ein Buch haben wir öfters berichtet oder es jedenfalls erwähnt: „Frauen in Königsberg 1945 bis 1948“, zumeist im Zusammenhang mit der geplanten Übersetzung in das Estnische und der damit verbundenen Herausgabe in dieser Sprache. Frau **Anna Rekkaro** wollte sie vornehmen und stieß dabei auf große Schwierigkeiten. Erst mit Hilfe ihrer Freundinnen und Freunde in Deutschland, die zumeist wie sie aus Königsberg stammten, gelang es, die Genehmigung zu erhalten. Frau Rekkaro übersandte uns nun die estnische Ausgabe, und wir hoffen mit ihr, dass sie auf ebensolch großes Interesse stoßen wird wie ihre erste Arbeit auf diesem Gebiet, die estnische Ausgabe von „Iwan, das Panjepferd“ von **Heinz Buchholz**. Wir freuen uns mit ihr, dass alles so gut gelungen ist und gratulieren ihr dazu. Ich habe mich besonders über ihren lieben, langen Brief gefreut, in dem sie Einblick in ihre Kindheit in der estnischen Adoptivfamilie gewährt, in der vor allem die älteren Frauen besser deutsch sprachen als sie, das Königsberger Kind. Und kommt dabei auf ihren Vornamen zu sprechen: „eigentlich bin ich ja **Roswitha-Anne**, aber die Russen haben mir bei der Adoption meinen ersten Vornamen geraubt. Meine leibliche Mutter hatte mich **Röschen** genannt, und so nannte man mich auch hier in Estland, als ich Kind war, aber nur im engen Familienkreis. Später wurde aus Röschen eine estnische **Roosi**, was ja beinahe dasselbe ist.“ Damit unterzeichnet Frau Rekkaro auch ihren Brief, und im Namen der „Roosi“ soll ich auch einem Leserpaar ihren herzlichen Dank übermitteln. Er geht an **Meta** und **Horst Lindemuth** in Weissach, die für Frau Rekkaro das Patenschaftsabonnement der PAZ schon vor Jahren übernahmen und es weiter führen. „Ein wunderschönes Weihnachtsgeschenk, das erfreut mich und bewegt mich jedes Mal sehr.“ Auch ich schließe mich ihren Dankesworten an, denn jedes Patenschaftsabonnement hilft mit, unsern Leserkreis zu festigen und zu erweitern. Und damit auch unsere Ostpreußische Familie, die ihre Erfolge ja nur mit Hilfe der treuen Leserinnen und Leser gewinnen kann. Die Hauptautorin des Buches „Frauen in Königsberg 1945 bis 1948“, Frau **Hannelore Müller**, gehört der kleinen Gruppe „Königsberger Kinder“ an, mit der wir ständig in Verbindung stehen. So übersandte uns Frau **Helga van de Loo**, Bonn, im Namen der Gruppe herzliche Grüße zum Jahreswechsel und betonte diesen zwanglosen, aber festen Zusammenhalt der bei Kriegsende allein in und um Königsberg zurückgebliebenen Kinder, die – trotzdem sie nun das Seniorenalter erreicht haben – noch immer in Verbindung stehen. „Unsere kleine Gruppe pflegt nach wie vor engen Kontakt und ist harmonisch verbunden, es ist eben eine ganz besonders innige Verbindung von Schicksalsgefährten“, schreibt Helga van de Loo. Vom 3. bis 6. Mai 2013 wollen sie sich wieder im Ostheim in Bad Pyrmont treffen. Von einigen, in Gesprächen festgestellten Begebenheiten, Begegnungen, Gemeinsamkeiten aus jener schrecklichen Zeit werden sie uns berichten. Wer sich für das Treffen interessiert kann sich an Helga van de Loo, Fonckstraße 1 in 53125 Bonn, Telefon (0228) wenden.



Ruth Geede

Bild: Pawlik

Das heitere Gänsegedicht in der Weihnachtsnummer war als kleiner Dank für Frau **Ursula Karge** aus Norden gedacht, die sich um die Sammlung und Bewahrung alter Konfirmationsurkunden bemüht. Ihre Mutter hatte die Verse geschrieben, nur für sich und ihre Familie – aber das sind oft die schönsten Gedichte, weil sie aus innerem Impuls erfolgen. „Wenn meine Mutter das noch erlebt hätte, dass ihr Gedicht gedruckt wurde, dann hätten wir Gesprächsstoff für die ganze Familie gehabt“, schreibt Frau Karge. Sie will nun ihre Sammlung abschließen, aber ich glaube, da kennt sie unsere Ostpreußische Familie schlecht.

Gerade habe ich wieder die Anfrage eines Lesers bekommen, ob er den Einsegnungsschein seiner in Lötzen konfirmierten Mutter aus dem Jahr 1919, der wie durch ein Wunder gerettet wurde, der Sammlung überlassen soll. Er selber hofft noch auf ein anderes Wunder, denn seine Hauptfrage, die nach Großmedien führt, blieb bisher ohne Antwort – gut, dann werden wir sie demnächst wiederholen. Spät kommt sie manchmal, die Resonanz, wie wir immer wieder feststellen müssen, denn die *PAZ* wird ja in der ganzen Welt gelesen, und die Wege sind manchmal weit, wenn sie von Hand zu Hand wandert. So erhielt auch Frau **Karin Brandt** aus Elmshorn erst kürzlich die Folge mit dem Bild der Kirchenruine von Lappienen / Rauterskirch, und das berührte sie sehr. Frau Brandt war bereits elfmal in dem Königsberger Gebiet unterwegs, die Landschaft zieht sie immer wieder an, vor allem die Elchniederung. So hat sie schon zweimal die Ruine dieses einstmals so schönen Gotteshauses besucht und die Storchennester fotografiert. Dabei war ihr ein Grabstein aufgefallen, dessen Inschrift noch gut leserlich war. Unter einem gebogenen Doppelfüllhorn, aus dem Rosen fallen, stand da zu lesen: „Zu früh entblätterst und sankst Du junge Rose, da Dich mit kalter Hauch der Todesengel brach. Nun schlummre sanft im kühlen Erdenschosse, geliebte Tochter, bis zum Auferstehungstag.“ Es ist gut, dass Karin Brandt diesen Stein im Jahr 2003 fotografiert hat, denn nach zwei Jahren war er verschwunden. So konnte sie uns aber jetzt ein Bild zusenden, auf dem besonders die Marmortafel mit der Inschrift gut zur Geltung kommt. Wir danken ihr sehr für dieses Bild.

Eure



Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Mütter schrien nach ihren Kindern

Das Flüchtlingsdrama von Grünhagen vor genau 68 Jahren – Russen schossen auf rund 7500 am Bahnhof Wartende

Er hat die Zugkatastrophe von Grünhagen als Siebenjähriger selbst erlebt, das unbeschreibliche Chaos gesehen, das in der Nacht vom 22. zum 23. Januar 1945 auf dem kleinen Bahnhof im Kreis Preußisch Holland vor sich ging. Ein erschütterndes Drama der deutschen Fluchtgeschichte, das aber kaum bekannt war und deshalb für den Autor Heinz Timmreck zum Anlass wurde, das Buch „Letzte Flüchtlingszüge aus Ostpreußen“ herauszugeben. So bildet das Kapitel „Das Zugunglück von Grünhagen“ auch den Mittelpunkt dieser Dokumentation, zu der 85 Zeitzeugen mit ihren Berichten beigetragen haben. Sie haben versucht, ihre Erlebnisse in Worte zu fassen, nüchtern, klar, ohne Emotionen und deshalb absolut glaubwürdig – aber das ganze Ausmaß der Tragödie ist eben nicht in Worte zu fassen. Doch zu erahnen, wenn man einige der Hauptszenen aus diesen Erlebnisberichten herausgreift. Der Ort des Geschehens war Grünhagen, ein kleiner Landbahnhof im Kreis Preußisch Holland. Über ihn fuhren die letzten Flüchtlingszüge aus dem südlichen Ostpreußen in dichter Folge nach Westen, nach Elbing und Marienburg. Die russische Front hatte bereits Maldeuten erreicht, als bei Grünhagen vier Züge in einen Auffahrunfall verwickelt wurden, darunter ein Lazarettzug mit Verwundeten aus dem Reservelazarett Mohrungen sowie Flüchtlingszüge aus Hohenstein, Osterode und Maldeuten. Die Flüchtlinge mussten bei eisiger Kälte die Züge verlassen, irrten durch den tiefen Schnee oder kauerten sich im Schutz des Bahnhofsgebäudes zusammen, etwa 4000 Menschen sollen es gewesen sein, insgesamt wird die Zahl der durch das Unglück betroffenen Flüchtlinge und Soldaten auf bis zu 7500 geschätzt. Der Zusammenstoß der Züge war nur der Auslöser zu der Katastrophe, die dann geschah: Der Russe brach mit seinen Panzern durch und richtete ein furchtbares Blutbad an. Eine Mohrungerin erinnert sich: „Im Morgengrauen kamen die Panzer. Der erste Schuss wurde auf die Isolatoren der Leitung an der Bahnlinie abgegeben. Viele versuchten über die Schienen auf das Feld oder in den etwas abliegenden Wald zu fliehen. Sie kamen nicht weit, es wurde weiter geschossen. Dann plötzlich fühlte ich einen furchtbaren Schlag, mein kleiner Sohn fiel mir vom Arm, ich sah, wie der Schnee sich rot färbte“. Nicht nur von ihrem Blut, denn auch ihre Mitgefährten waren verwundet, Tote lagen im Schnee. Ein kleiner, etwa dreijähriger Junge rief nach seiner Mutter, seine Bauchdecke war durchtrennt. „Plötzlich bekam ich von einem Unbekannten Hilfe beim Aufstehen und Verbinden des restlichen Armes. Es war schwierig, denn der zerfetzte Unterarm hing noch dran. Der Mann half mir und meinen beiden Buben über die Toten hinweg bis zur Straße. Das Bahnhofsgebäude war überfüllt mit Verwundeten, es gelang uns aber, in der gegenüberliegenden Molkerei unterzukommen.“ Da das Bluten nicht aufhörte, musste die Verletzte den Unterarm selber mit einer Nagelschere abtrennen und die Aderpresse neu ansetzen. Viele der Flüchtlinge und Soldaten hielten die Panzer sogar für deutsche Kampffahrzeuge, wie ein Landsmann aus Saalfeld, der damals 15 Jahre alt war, berichtet: „In den Morgenstunden des 23. Januar stand plötzlich ein Panzer auf der Chaussee und gab einen Schuss ab, dann kamen fünf weitere Panzer um die Kurve, ... Die zwischen uns Flüchtlingen stehenden deutschen Soldaten sagten, dass es unsere Panzer sein könnten. Erst, als die Männer aus den Kettenfahrzeugen stiegen, sahen wir, dass es Russen waren. Panik brach aus, alles lief durcheinander, Frauen schrien nach ihren Kindern, die Kleinen nach ihren Müttern. Viele strebten nun dem Wald zu, auch ich stolperte durch den tiefen Schnee und unter Rossgartenzäunen zum Waldrand, ich sah mich nicht um, ein Granatsplitter flog an meinem Kopf vorbei. Im Wald nahm mich eine Gruppe von deutschen Soldaten auf, sie führten uns tiefer in den Wald, aber immer noch hörten wir das Schreien der Frauen und Kinder und das Schießen der Russen. ... Die Soldaten schätzten etwa 5000 Menschen, die der Russe beschoss.“ Unter ihnen muss auch jener damals 15-Jährige aus Mohrungen gewesen sein, der sich noch als betagter Mann an dieses Massaker erinnert: „Die Wirkung der Granaten war furchtbar, auf dem tief gefrorenen Boden war die Wirkung grausam. Die meisten Menschen flohen auf die anliegende Wiese, hier schossen die Helden der Roten Armee so richtig dazwischen. Reihenweise lagen Tote und Verletzte da, viele der Flüchtenden hatten in einem flachen Graben neben dem Bahnkörper Schutz gesucht. Als ein Panzerfahrer das sah, fuhr er auf den Gleisen, dass seine Leute laufend in die Mulde schießen konnten.“ In diesen Graben, mitten zwischen die Toten, fiel ein verwundetes 14-jähriges Mädchen aus Osterode. Dessen Mutter wusste von einem deutschen Offizier zu berichten, der die Menschen, die noch in einem der Unglückszüge saßen, aufforderte, sich auf die andere Seite des Zuges aufzustellen. Dann ließ der Offizier den Mantel fallen, und zum Vorschein kam eine russische Uniform. Jetzt fuhren Panzer auf und die Schießerei auf die Zusammengetriebenen begann, wobei auch die 14-Jährige verletzt wurde. Sie hat später dieses gravierende Ereignis in die gerettete Familienbibel eingetragen, damit es für die Nachwelt erhalten bleibt. Das waren auch Wunsch und Wille von Heinz Timmreck, als er dieses Buch plante und es dank der vielen Erlebnisberichte auch verwirklichen konnte. Wir können unseren Lesern mit diesen Auszügen nur einen kleinen Einblick in diese einmalige Anthologie verschaffen, die von einem Zeitzeugen zusammengestellt wurde, der schon aufgrund seiner eigenen Erlebnisse ein Garant für die Authentizität dieser Dokumentation ist. (Heinz Timmreck „Letzte Flüchtlingszüge aus Ostpreußen“, Books on Demand Norderstedt, ISBN 978-3-842349-66-7.) *R.G.*


Russeneinbruch
22 Januar 1945
in Grünhagen Kr. Mohrungen
Panzer schossen von allen
Seiten auf ungefähr 2000

Eintrag in der Familienbibel

Bild: privat

Wir gratulieren ...

Zum 102. Geburtstag

Kriszun, Gertrud, geb. **Pommerenke**, aus Schölen, Kreis Heiligenbeil, am 21. Januar

Zum 100. Geburtstag

Korinth, Hildegard, geb. **Hagen**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 23. Januar
Mast, Otti, geb. Klenzan, aus Neidenburg, am 21. Januar

Zum 98. Geburtstag

Gyzas, Gisela, geb. **Trojan**, aus Jürgenau, Kreis Lyck, am 22. Januar
Tregel, Herta, geb. **Joswig**, aus Königswalde, Kreis Lyck, am 21. Januar
Wackermann, Anna, aus Bobern, Kreis Lyck, am 23. Januar

Zum 97. Geburtstag

Damm, Ottilie, aus Mulden, Kreis Lyck, am 22. Januar
Erbskorn, Hildegard, geb. **Arlart**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 21. Januar
Pißowotzki, Martha, geb. **Roslan**, aus Schuttschenofen, Kreis Neidenburg, am 22. Januar

Zum 95. Geburtstag

Panne, Annemarie, geb. **Pruess**, aus Ebenrode, am 25. Januar

Zum 94. Geburtstag

Sasse, Charlotte, geb. **Warda**, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, am 22. Januar
Stepputtis, Agathe, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 26. Januar

Zum 93. Geburtstag

Dinter, Erich, aus Partheinen, Kreis Heiligenbeil, am 27. Januar
Grossmann, Erika, geb. **Piwko**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 27. Januar
Herbstreit, Alfred, aus Königsberg, am 7. Januar
Kondritz, Hedwig, geb. **Falkuß**, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, am 24. Januar
Perschel, Elly, aus Palmnicken, Kreis Samland, am 25. Januar
Schmidt, Magdalena, geb. **Stern**, aus Neidenburg, am 23. Januar
Werner, Horst, aus Lengen, Kreis Ebenrode, am 25. Januar

Zum 92. Geburtstag

Hellwig, Otto, aus Preußisch Holland, am 22. Januar
Hermecke, Erna, geb. **Jeremias**, aus Kuglacken, Alt Illischken, Kreis Wehlau, am 24. Januar
Kositzki, Charlotte, geb. **Patz**, aus Friedrichsthal, Kreis Ortelsburg, am 23. Januar
Laborge, Erich, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 24. Januar
Mannke, Hildegard, geb. **Sablotny**, aus Neidenburg, am 23. Januar
Meyer, Charlotte, geb. **Daumann**, aus Tapiau, Sudermannstraße, Kreis Wehlau, am 22. Januar
Nolting, Helene, geb. **Hempel**, aus Wehlau, Große Vorstadt, am 27. Januar
Oberger, Irmgard, geb. **Tiburzy**, aus Groß Stürlack, Kreis Lötzen, am 26. Januar
Palm, Gertrud, geb. **Kyewski**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 27. Januar
Rossek, Hildegard, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 21. Januar
Schieschang, Herta, geb. **Marzinowski**, aus Milussen, Kreis Lyck, am 25. Januar
Willuhn, Frieda, geb. **Holz**, aus Uggehnen, Kreis Samland, am 21. Januar

Zum 91. Geburtstag

Adermann, Werner, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 25. Januar
Baudzus, Artur, aus Lyck, am 25. Januar
Bercz, Gerda, aus Königsruh, Kreis Treuburg, am 25. Januar
Burmeister, Anita, geb. **Alexy**, aus Rodental, Kreis Lötzen, am 21. Januar
Dombrowski, Anneliese, geb. **Kabey**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 27. Januar
Fröhlich, Gertrud, geb. **Wedler**, aus Motzfelde, Kreis Elchniederung, am 26. Januar
Gerdes, Ernst, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, am 27. Januar
Häring, Martha, geb. **Weissenberg**, aus Hochmühlen, Kreis Ebenrode, am 26. Januar
Huebner, Kurt, aus Lötzen, am 27. Januar
Kunter, Charlotte, geb. **Drossmann**, aus Ebenrode, am 26. Januar
Ledrat, Hildegard, geb. **Böhnke**, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 26. Januar
Marquart, Willy, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 27. Januar
Melenk, Siegfried, aus Ossafelde, Kreis Elchniederung, am 25. Januar
Peter, Elfriede, geb. **Kokoska**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 21. Januar
Potschien, Gisela, geb. **Daniel**, aus Tapiau, Altstraße, Kreis Wehlau, am 24. Januar
Reimann, Gerhard, aus Bledau, Kreis Samland, am 22. Januar
Sattler, Gertrud, geb. **Philipp**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 27. Januar
Schilawa, Anna, geb. **Reisenauer**, aus Gortzen, Kreis Lyck, am 22. Januar
Schwerin, Ilse, geb. **Lücke**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 27. Januar
Stritzel, Elisabeth, geb. **Fischer**, aus Alknicken, Kreis Samland, am 22. Januar
Wermke, Eva, geb. **Hellwig**, aus Heiligenbeil, Am Sportplatz 4, am 24. Januar

Zum 90. Geburtstag

Achter, Margarete, aus Bartenstein, am 21. Januar
Böttger, Else, geb. **Müller**, aus Wehlau, Krumme Grube, am 23. Januar
Deimer, Ellinor, geb. **Schoen**, aus Lyck, Hindenburgstraße 65, am 24. Januar
Graff, Erna, geb. **Jacksteit**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 24. Januar
Kobs, Else, geb. **Kirstein**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 26. Januar
Koch, Liesbeth, geb. **Geschwandtner**, aus Pohlau, Kreis Ebenrode, am 23. Januar
Kossack, Hans, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 22. Januar
Kuplin, Hermann, aus Sodargen, Kreis Ebenrode, am 25. Januar
Liß, Emma, geb. **Koyro**, aus Lyck, Sentker Chaussee, am 27. Januar
Metschulat, Ernst, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 27. Januar
Myska, Karl, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 22. Januar
Nindel, Waltraud, geb. **Senkbeil**, aus Ebenrode, am 22. Januar
Nowak, Helene, geb. **Striewski**, aus Niedenau, Malga, Kreis Neidenburg, am 23. Januar
Schulzki, Ursula, geb. **Stritzel**, aus Kreis Rastenburg, am 23. Januar
Steindel, Oswald, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, am 23. Januar
Weiss, Gertrud, geb. **Jablonski**, aus Lyck, von Ludendorffstraße 7, am 22. Januar

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Zum 85. Geburtstag

Bergmann, Paul, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 26. Januar
Bertzbach, Christel, geb. **Swaczyna**, aus Neidenburg, am 21. Januar
Dombrowski, Hedwig, geb. **Czieslik**, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 23. Januar
Drost, Ulrich, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 21. Januar
Feyka, Wilhelm, aus Gardienen, Kreis Neidenburg, 24. Januar
Funk, Walter, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 22. Januar
Gablowski, Ilse, aus Zielkeim, Kreis Samland, am 24. Januar
Goeritz, Kurt, aus Birkenheim, Kreis Elchniederung, am 26. Januar
Grun, Ruth, geb. **Böhm**, Grünwalde, OT Freihufen, am 26. Januar
Herrmann, Christel, geb. **Margenfeld**, aus Wolittnick, Kreis Heiligenbeil, am 25. Januar
Holzhauer, Gertrud, geb. **Herrmann**, Grünwalde, OT Freihufen, Kreis Heiligenbeil, am 13. Januar
Hütt, Franz, aus Eichkamp, Kreis Ebenrode, am 21. Januar
Jäger, Willi, aus Wundlacken, Kreis Samland, am 23. Januar
Jelonek, Christel, geb. **Kulschewski**, aus Milucken, Kreis Lyck, am 24. Januar
Kähler, Herta, geb. **Nürnberger**, aus Lindenheim, Kreis Lötzen, am 23. Januar
Knief, Lieselotte. geb. **Woywod**, aus Neidenburg, am 21. Januar
Langhans, Lieselotte, geb. **Gollan**, aus Samplatten, Kreis Ortelsburg, am 21. Januar
Lorenzen, Elsa, geb. **Beroleit**, aus Deeden, Kreis Ebenrode, am 22. Januar
Marchel, Gerhard, aus Rotbach, und Birkfelde, Kreis Lötzen, Kreis Lyck, am 27. Januar
Marczinczek, Dorothea, geb. **Gollub**, aus Moneten, Kreis Treuburg, am 25. Januar
Meisel, Luzia, geb. **Kallweit**, aus Hochdünen, Kreis Elchniederung, am 23. Januar
Paul, Christel, geb. **Lupp**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 21. Januar
Redmer, Arnold, aus Wehlau, Memeler Straße am 24. Januar
Schendel, Herbert, auf Groß Birkenfelde, Kreis Wehlau, am 25. Januar
Schmidt, Helga, geb. **Pitsch**, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, am 22. Januar
Schomann, Waltraut, geb. **Wermke**, aus Lyck, am 24. Januar
Schumacher, Otto, aus Deumenrode, Kreis Lyck, am 21. Januar
Stalzer, Egon, aus Grünbaum, Kreis Elchniederung, am 22. Januar
Stuhlemmer, Hans-J., aus Adlig Linkuhnen Kreis Elchniederung, am 22. Januar
Sufeida, Margarete, geb. **Heinrich**, aus Germau, Kreis Samland, am 22. Januar
Tamschick, Gerhard, aus Tapiau, Horst-Wessel-Ring, Kreis Wehlau, am 26. Januar
Tertel, Willi, aus Teichwalde, Kreis Treuburg, am 27. Januar
Wierzchowski, Helga, geb. **Gonell**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 26. Januar

Zum 80. Geburtstag

Badzong, Erich, aus Wilmsdorf, Kreis Neidenburg, am 25. Januar
Barnowski, Alfred, aus Lesgewangen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 23. Januar
Bläsing, Ursula, geb. **Borawski**, aus Lyck, Otto-Reinke-Straße 5, am 26. Januar
Bülow, Barbara von, aus Partheinen/Rg. Weßlienen, Kreis Heiligenbeil, am 26. Januar
Czwella, Heinz, aus Klenzkau, Kreis Neidenburg, am 23. Januar
Gorskowski, Bernhard, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 22. Januar
Heise, Norbert, aus Zielkeim, Kreis Samland, am 24. Januar
Herrmann, Hildegard, geb. **Bartholomayzyk**, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 21. Januar
Jacob, Gert, aus Wehlau, Nadolnystraße, am 24. Januar
Jendreizik, Fritz, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 26. Januar
Kirchhoff, Edith, geb. **Brodd**, aus Biothen, Kreis Wehlau, am 24. Januar
Kropp, Günter, aus Rauschendorf, Kreis Ebenrode, am 25. Januar
Kuschmierz, Ruth, geb. **Gollan**, aus Samplatten, Kreis Ortelsburg, am 22. Januar
Lach, Manfred, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 26. Januar
Lubowski, Irmgard, geb. **Kobielski**, aus Sarken, Kreis Lyck, am 21. Januar
Niehage, Hildegard, geb. **Allenbacher**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 23. Januar
Scherlies, Erika, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 26. Januar
Schubert, Ruth, geb. **Bultmann**, aus Groß Hubnicken, Kreis Samland, am 26. Januar
Schwanke, Brigitte, geb. **Grünke**, aus Lyck, am 23. Januar
Tiedtke, Werner, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 24. Januar
Wenzel, Erna, geb. **Bialias**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 21. Januar

Zum 75. Geburtstag

Aubele, Gerda, geb. **Kalnowski**, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, am 21. Januar
Chittka, Ewald, aus Samplatten, Kreis Ortelsburg, am 22. Januar
Deutsch, Erika, geb. **Böhnke**, aus Wönicken, Kreis Osterode, am 8. Januar
Drossmann, Gerhard, aus Grünhof, Kreis Ebenrode, am 26. Januar
Felchner, Gerhard, aus Tenkitten, Kreis Samland, am 27. Januar
Hemmerling, Regine Susan, geb. **Rodloff**, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 22. Januar
Hoffmann, Erika, geb. **Dolinga**, aus Bergenau, Kreis Treuburg, am 22. Januar

Glückwünsche
Fortsetzung auf Seite 16

Auflösung Weihnachtsrätsel

Herzlichen Dank allen Lesern, die an unserem Weihnachtspreisrätsel teilgenommen haben.

Die richtige Lösung war:

Labiau

Die Preise in Form von Geschenkpackungen Königsberger Marzipane sind den Gewinnern bereits zugeschickt worden. Sollten Sie zu denen gehören, die dieses Mal nicht gewonnen haben, so seien Sie jetzt schon auf unser nächstes Preisrätsel hingewiesen, das Ihnen auch wieder viel Freude bereiten soll. Nochmals allen Teilnehmern herzlichen Dank!

Geschäftsstelle der Ostpreußischen Kulturstiftung, Postfach 17, 91791 Ellingen.

Termine der LO

__Jahr 2013__

9./10. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.
16./17. März: Arbeitstagung der Vorsitzenden der Deutschen Vereine in Sensburg (Ostpreußen).
15. bis 17. April: Arbeitstagung der Landesfrauenleiterinnen in Bad Pyrmont.
19. bis 21. April: Kulturseminar in Bad Pyrmont.
5. bis 12. Mai: Werkwoche im Kopernikushaus in Allenstein.
17. bis 20. Mai: Ostpreußisches Musikwochenende in Bad Pyrmont.
15. Juni 2013: Sommerfest der Deutschen Vereine in Osterode (Ostpreußen).
20. bis 22. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont.
27. bis 29. September: 9. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein. Geschlossener Teilnehmerkreis.
11. bis 13. Oktober: 6. Deutsch-Russisches Forum in Duisburg. Geschlossener Teilnehmerkreis.
14. bis 20. Oktober: 59. Werkwoche in Bad Pyrmont.
25. bis 27. Oktober: Schriftleiterseminar in Bad Pyrmont.
1. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Bad Pyrmont.
4. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0.

Hörfunk & Fernsehen

Sonnabend, 19. Januar, 11.20 Uhr, Arte: Luise – Königin der Herzen.
Sonnabend, 19. Januar, 16.30 Uhr, MDR: Der Böhmerwald.
Sonnabend, 19. Januar, 19 Uhr, Arte: Mit offenen Karten. Afghanistan: Schwieriger Übergang.
Sonnabend, 19. Januar, 20.15 Uhr, Arte: Münchhausen. Die Geschichte einer Lüge.
Sonnabend, 19. Januar, 22.40 Uhr, 3sat: Hilde Knef – Ein Weltstar aus Berlin.
Sonntag, 20. Januar, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 200 Jahren: Der Schriftsteller Christoph Martin Wieland gestorben.
Sonntag, 20. Januar, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.
Sonntag, 20. Januar, 13.30 Uhr, 3sat: Gesichter des Islam.
Sonntag, 20. Januar, 20.15 Uhr, 3sat: Kriegsgefangenschaft (1+2/4).
Sonntag, 20. Januar, 23.40 Uhr, MDR: Holunderblüte – Kinder in Ostpreußen.
Montag, 21. Januar, 20.15 Uhr, 3sat: Kriegsgefangenschaft (3+4/4).
Montag, 21. Januar, 20.15 Uhr, Arte: Das Leben der Anderen.
Montag, 21. Januar, 22.45 Uhr, ARD: Unschuldig in Haft. Wenn der Staat zum Täter wird.
Montag, 21. Januar, 23.30 Uhr, ARD: De Gaulle und Adenauer. Eine deutsch-französische Freundschaft.
Dienstag, 22. Januar, 9.05 Uhr, Deutschlandradio: Kalenderblatt. Vor 50 Jahren: Der Elysée-Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit wird in Paris unterzeichnet.
Dienstag, 22. Januar, 14.10 Uhr, ARD: 50 Jahre Elysée-Vertrag. Berichterstattung mit Ulrich Deppendorf.
Dienstag, 22. Januar, 20.15 Uhr, ZDF: Mein Kampf mit Hitler – Machtergreifung 1933.
Mittwoch, 23. Januar, 18.15 Uhr, NDR: Der Edelsteinschleifer. Altes Handwerk in Mecklenburg-Vorpommern.
Mittwoch, 23. Januar, 20.15 Uhr, Phoenix: Vorstoß der Hanse.
Donnerstag, 24. Januar, 20.15 Uhr, 3sat: Freiheit fürs Internet – Vernetzt gegen die Zensur.
Donnerstag, 24. Januar, 21 Uhr, MDR: Hauptsache gesund. Wie Kälte Herz, Lunge und Glieder angreift.
Freitag, 25. Januar, 20.15 Uhr, 3sat: Die Rüpel-Republik.
Freitag, 25. Januar, 20.15 Uhr, WDR: Als die Autos noch klein waren.
Freitag, 25. Januar, 20.15 Uhr, Phoenix: Am Rande des Atomkriegs – Kampf um Kuba und Berlin.

Glückwünsche
Fortsetzung von Seite 15

Holzmann, Renate, geb. **Chittka**, aus Zondern, Kreis Lötzen, am 24. Januar
Korittke, Christel, geb. **Kobialka**, aus Herrendorf, Kreis Treuburg, am 25. Januar
Kudritzki, Werner, aus Klein Seliggen, Kreis Lyck, am 15. Dezember
Laue, Ellen, geb. **Hartung**, aus Sargensee Kreis Treuburg, am 25. Januar
Lindt, Gisela, geb. **Brandt**, aus Lerchenborn, Kreis Ebenrode, am 24. Januar
Look, Lena, geb. **Höhn**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 24. Januar
Nilson, Klaus, aus Königsberg, Neuer Graben, am 25. Januar
Nitschky, Gertraud, geb. **Lask**, aus Ringen, und Bärengrund, Kreis Treuburg, am 24. Januar
Podolla, Heinz, aus Ortelsburg, am 23. Januar
Sadlowski, Gerhard, aus Höhenwerder, Kreis Ortelsburg, am 26. Januar
Sandbühler, Horst, aus Sangnitten, Kreis Preußisch Eylau, am 24. Januar
Walendy, Alexander, aus Treuburg, Franz-Holzweber Sraße, am 22. Januar
Werner, Irmgard, geb. **Neubert**, aus Groß Reußen, Kreis Mohrungen, am 23. Januar
Wöhlbier, Hildegard, geb. **Lingies**, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 22. Januar



Kugland, Heinz, aus Königsberg, und Ehefrau Elfriede, geb. **Sadowski**, aus Lyck, am 24. Januar

Kulturpreis für Margarete Beyer – Das Sudetendeutsche Kulturwerk Schleswig-Holstein verlieh in Trappenkamp am 16. Mai den Kulturpreis. Er ging diesmal an die 84-jährige Margarete Beyer, die als Geschäftsführerin des Verbandes der Heimatvertriebenen in Kiel und als Geschäftsführerin der Landsmannschaft Ostpreußen, LG Schleswig-Holstein, einen schätzenswerten Beitrag zum harmonischen kulturellen Leben geleistet hat. Die Kulturpreisträger waren Wissenschaftler, Künstler, Dichter, Wirtschaftsgrößen oder Funktionäre. die bekannt waren. Margarete Beyer hat stets im Stillen gewirkt. Über 25 Jahre organisiert und betreut sie die Veranstaltungen der Landsmannschaften im „Haus der Heimat" und verwaltet die Finanzen. Die Preisträgerin wurde 1928 in Calsen / Westpreußen geboren und kam erst 1978 aus dem ostpreußischen Rastenburg nach Westdeutschland. *Peter Gerigk*

Landsmannschaftliche Arbeit
Landesgruppen

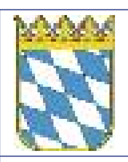


BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Ludwigsburg – Montag, 21. Januar, 15 Uhr, Kronenstuben, Kronenstraße 2: Treffen der Gruppe zum Stammtisch.

Ulm/Neu-Ulm – Sonnabend, 19. Januar, 14 Uhr, Ulmer Stuben: Die Frauengruppe trifft sich zum Schabbern.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 19. Januar, 17 Uhr, Orangerie: Grützwurstessen. Mitzubringen sind lustige Geschichten und beste Laune.

Kitzingen – Freitag, 25. Januar, 14.30 Uhr, Gaststätte Deutscher Kaiser: Gemütlicher Faschingsnachmittag mit Beiträgen der einzelnen Mitglieder und musikalischer Umrahmung durch Lm. Günter Schmidt.

München – Freitag, 8. Februar, 14 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Zusammenkunft der Frauengruppe.

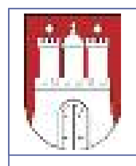


BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04298) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@t-online.de

Bremen – Sonnabend, 2. Februar, 15 Uhr, Einlass ab 14.15 Uhr, Hotel Airport Bremen, Flughafenallee 26: **Bremer West- und Ostpreußenstag mit Fleck und Klopsen.** Nach der Begrüßung ist Zeit zum Unterhalten und zum Bummeln und Schauen am Büchertisch. Gäste, die Kaffee und Kuchen möchten, können dieses zusätzlich bestellen. Zur Unterhaltung wurde dank der Vermittlung des Mitgliedes Wilhelm Norra der „Männerchor Eintracht Weyhe" eingeladen. Dieser Chor ist schon vielfach in Bremen und Umgebung sowie in der lettischen Heimat der Chorleiterin Anita Balode-Butt aufgetreten. Das Acapella-Programm, begleitet mit dem E-Piano, wird die Gruppe mit Volksliedern, volkstümlichen Melodien – auch aus Lettland – und Schlagern erfreuen. Das Essen beginnt um zirka 17.30 Uhr mit dem traditionellen Pillkaller. Anschließend gibt es je nach Wahl Königsberger Fleck oder Königsberger Klops. (oder Gemüseteller). Für die Veranstaltung gelten folgende Preise: Eintritt und Essen (Fleck): 12 Euro, Eintritt und Essen (Königsberger Klops oder Gemüseteller): 15 Euro, Eintritt ohne Essen 5 Euro. Anmeldungen sind erforderlich unter Benennung des Speisewunsches in der Geschäftsstelle, Telefon (0421) 3469718 (donnerstags von 15 bis 17.30 Uhr oder auf Anrufbeantworter). Mitglieder aus Borgfeld und Lilienthal können sich auch bei Frau Reiter, Kiebitzbrink 89, Telefon (0421) 271012 anmelden. Für Gehbehinderte aus Borgfeld und Lilienthal, denen die Fahrt mit der BSAG wegen des Umsteigens zu beschwerlich erscheint, besteht die Möglichkeit, einen Kleinbuszubringer in Anspruch zu nehmen. Die Abfahrt erfolgt um 14 Uhr ab dem Ortsamt Borgfeld, eventuell zuvor auch aus Lilienthal. Die Fahrt hin und zurück wird durchgeführt von der Kassenführerin, Frau Steffens.

Bremerhaven – Freitag, 25. Januar, 13 Uhr, BEW Haus am Blink: Treffen zum Kohl-und-Pinkel-Essen, Preis 14,50 Euro. Um Anmeldung wird gebeten.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

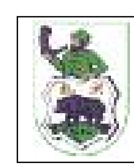
Sonnabend, 26. Januar, 11 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8 (S-Bahnstation Stadthausbrücke oder U3-Station Rödingsmarkt): **Neujahrsempfang** der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften.

BEZIRKSGRUPPE

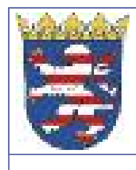
Hamburg-Billstedt – Die Mitglieder der Bezirksgruppe haben am 8. Januar beschlossen, aus Altersgründen die Gruppe aufzulösen. Die Landesgruppe bedankt sich bei Annelie Papiz für die langjährige Organisation der monatlichen Treffen als Bezirksgruppenleiterin und für ihre Tätigkeit als 2. Vorsitzende der Landesgruppe Hamburg und wünscht ihr als heimatverbundener Ostpreußin alles Gute, Gesundheit, Gottes Segen und weiterhin ein frohes literarisches Schaffen. Die Mitglieder werden bis auf weiteres durch den Vorstand der Landesgruppe betreut.

Harburg-Wilhelmsburg – Montag, 28. Januar, 15 Uhr, Gasthaus Waldquelle, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle): Winterlicher bunter Nachmittag.

KREISGRUPPE



Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden 1. Mittwoch im Monat (außer Januar und Juli) mit Liedern und kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Rückfragen bei Manfed Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon / Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel @hamburg.de.



HESSEN

Vorsitzender: Wolfgang Warnat, Robert-Koch-Weg 5, 35578 Wetzlar, Telefon (06441) 204 39 99.

Wiesbaden – Donnerstag, 24. Januar, 12 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach: Stammtisch der Gruppe. Serviert wird „Schlachtplatte". Es kann auch nach Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz und Essendisposition bitte unbedingt anmelden bis spätestens 18. Januar bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938. ESWE-Busverbindung mit Linie 16 bis Haltestelle Ostpreußenstraße.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Parchim – 150 Mal hat Charlotte Meyer in den zurückliegenden zwölf Jahren gemeinsam mit weiteren Gästen im Parchimer Café Scholz das Ostpreußenlied von dem Königsberger Komponisten Herbert Brust (1900–1968) angestimmt. Im „Land der dunklen Wälder und kristall'nen Seen", stand die Wiege von Charlotte Meyer. Auch Werner Preß ist dort geboren oder Erika Gode. Charlotte Meyer (86) lebt seit Jahrzehnten in Parchim. Werner Preß (85) fand 1946 in Grambow ein neues Zuhause und blickt auf 56 Ehejahre mit seiner Frau Edith Preß (78) zurück. Erika Gode ist in Garwitz verwurzelt. Doch die Erinnerungen an die Heimat, aus der sie der Zweite Weltkrieg vertrieben hat, verblasst nie. Besonders gegenwärtig ist sie, wenn sich Charlotte Meyer, Werner und Edith Preß, Erika Gode, Irmgard Grandt (geb. Morgenstern) aus Damm und ihre Nachbarin Hilde Jonuscheit zum Plachandern treffen. Charlotte Meyer initiierte die gemütliche Kaffeeplauschrunde, in der über Gott und die Welt gesprochen wird, vor zwölf Jahren, unmittelbar nachdem sich der Bund der Vertriebenen in Parchim aufgelöst hatte. Als aktives Vorstandsmitglied hatte Charlotte Meyer hautnah gespürt, wie viel es Menschen, die das gleiche Schicksal wie sie teilten, bedeutet, miteinander im Kontakt zu bleiben. Diesen Gesprächsfaden wollte sie nicht abreißen lassen. Charlotte Meyer erinnert sich noch ganz genau an das erste Treffen am 15. Juni 2000: Fünf Leute hatten damals am Kaffeetisch Platz genommen. Von Treffen zu Treffen konnten mehr Gedecke aufgelegt werden. Heute zählen 24 aus Ostpreußen Vertriebene beziehungsweise ihre Ehepartner zur Plachanderrunde, in der viel gelacht, gesungen und erzählt wird. Immer wieder gern geben die Mitstreiter ihrem Plachanderfreund Werner Preß, einem leidenschaftlichen Hobbydichter, die Möglichkeit, Neues aus seiner Feder vorzutragen. Kein Geburtstag wird vergessen. Kleine, liebevoll verpackte Gaben türmen sich jeweils beim letzten Treffen im Jahr auf der Kaffeetafel. In den zurückliegenden zwölf Jahren erwies sich die Gruppe aber auch immer wieder als sicherer Hafen, wenn ein Verlust zu betrauern war. „Wir sind wie eine richtige Familie" so versäumt Werner Preß nach Möglichkeit keinen Plachander-Nachmittag. Freundliche Aufnahme in dieser Runde fand vor etwa zwei Jahren Dietrich Olinski aus Brügge. Er erfuhr aus dem Heimatbrief von der rührigen Gruppe in Parchim und entschloss sich eines Tages, einfach mal unverbindlich vorbeizuschauen. Seitdem ist der dritte Donnerstag im Monat nun auch für ihn ein feststehender Termin. Sein Reisebericht dürfte beim Juni-Treff im Mittelpunkt der Plachanderrunde stehen, denn Dietrich Olinski plant im Mai eine Masuren-Fahrt. Auf Reisen gehen am 16. Mai auch all die anderen Plachanderer. Allerdings führt der alljährliche Tagesausflug in die nähere Umgebung: Geplant ist diesmal eine Lewitzfahrt. Ostpreußen aus Parchim nahmen auch an allen Landestreffen in Mecklenburg-Vorpommern teil. 2012 fuhren sie sogar mit einem Bus nach Schwerin. Für ihre Heimatarbeit wurde **Charlotte Meyer** 2011 in Rostock vom Landesvorsitzenden Manfred Schukat mit der **Silbernen Ehrennadel** der Landsmannschaft Ostpreußen ausgezeichnet.

Plachandergruppe Parchim Bild: privat



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Mittwoch, 23. Januar, 15 Uhr, Stadtparkrestaurant (Eingang Seniorenclub Stadtpark), Jasperallee 42: Treffen der Gruppe. Auf dem Programm steht ein fröhliche **Faschingsnachmittag** mit einer gemeinsamen Kaffeetafel. Um unterhaltende Beiträge wird gebeten. Gäste sind herzlich willkommen. – **Treffen im November** – Burkhard von Hennings hielt einen Lichtbildervortrag „Eine Wanderung durch Trakehnen 1939 mit Bildern über die Jahre bis 2012". Die Gruppe sah insbesondere Aufnahmen vom Gestüt Trakehnen, aber auch von Trakehnen selbst. Die Bilder stammten aus drei Zeitabschnitten. Aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg, der Zeit nach dem Krieg bis zur politischen Wende und schließlich aus der Zeit des begonnenen Wiederaufbaus bis zum Jahre 2012. In der Kurzzusammenfassung ist zu den Bildern des ersten Zeitabschnitts zu bemerken: beeindruckend; zum zweiten: beklagenswert und zum dritten: hoffnungsvoll und vielversprechend. Die Bilder und der kenntnisreiche Kommentar des Referenten machten den Vortrag für die Mitglieder und zahlreichen Gäste zu einem Erlebnis der besonderen Art. Der stellvertretende Vorsitzende Hagen Mörig überreichte dem Referenten als Dankeschön ein auf einer Eichentafel befestigtes Hufeisen mit Inschrift, die er selbst angefertigt hatte. – Hagen Mörig schilderte kurz den Stand seiner Bemühungen um die Herstellung einer Kopie der berühmten Tempelhüter-Plastik. Burkhard von Henninges ist gern bereit, auch in anderen Gruppen seinen Vortrag zu halten.

Oldenburg – **Bericht über Versammlung am 9. Januar** – Die Frauengruppe der Ost- und Westpreußen in Oldenburg begann das Jahr mit einem Videofilm aus der Reihe „Unvergessliches Ostpreußen". Trotz der unwirtlichen Wetterbedingungen fanden über 50

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

Personen den Weg zu uns, darunter viele neue Besucher. Es sind Filmaufnahmen über Westpreußen entlang der Weichsel, das ostpreußische Oberland und Masuren aus der Zeit bis 1945, textlich stimmungsvoll und anschaulich begleitet. Zum Jahresanfang gehörten zunächst der Jahresbericht 2012 und das Gedenken an die drei Verstorbenen des vergangenen Jahres. In der Leitung der Gruppe gab Frau Gemsa die Kassenführung nach 20 Jahren in jüngere Hände, an Angelika Neumann, ab. Ebenso wechselte die Kassenprüfung von Herrn Sievers an Jürgen Neumann. Beiden Mitgliedern wurde mit einem Präsent für die langjährige Tätigkeit gedankt. Bei unserem nächsten Treffen am Mittwoch, 13. Februar, 15 Uhr, im Stadthotel Eversten, berichten Renate und Detlef Lubenau in einem Dia-Vortrag von ihrer „Reise nach Königsberg und das nördliche Ostpreußen“. Freunde und Bekannte sind herzlich willkommen.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Montag, 4. Februar, 14.30 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Zusammenkunft der Frauengruppe Ost- und Westpreußen. – Donnerstag, 7. Februar, 14.30 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt.

Bonn – Dienstag, 22. Januar, 14 Uhr, Nachbarschaftszentrum Brüser Berg, Fahrenheitstraße 49: Treffen der Frauengruppe. – Dienstag, 5. Februar, 18 Uhr, Haus am Rhein, Elsa-Brandström-Straße 74: Vortragsveranstaltung.

Dortmund – Montag, 21. Januar, 14.30 Uhr, Ostdetusche Heimatstuben, Landgrafenschule, Ecke Märkische Straße: Treffen der Gruppe.

Düsseldorf – Dienstag, 29. Januar, 19 Uhr, GHH/Konferenzraum: Vortrag von Prof. Dr. Hans Mommsen **„Demokratiefeindschaft von rechts und der Untergang der Weimarer Republik“** – In Erinnerung an den 90. Todestag Walther Rathenaus. – Jeden Mittwoch, 18.30 bis 20 Uhr, GHH / Eichendorffsaal, I. Etage: **Chorprobe** der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland unter Leitung von Radostina Hristova. – Sonnabend, 2. Februar, 15 Uhr (Einlass 14 Uhr), GHH / Eichendorff-Saal: **Karnevalsveranstaltung** für alle Landsmannschaften. Veranstalter: LM Schlesien, Ostpreußen, Pommern. – Montag, 4. Februar, 19 Uhr, GHH / Konferenzraum: Vortrag von Dr. Bernd Ulrich: **„Vor 70 Jahren – die Schlacht von Stalingrad“**. – Mittwoch, 6. Februar, 18 Uhr, GHH / Konferenzraum: Vortrag von Miroslov Kunstat: **„Eine Reizfigur. Zum tschechischen politischen Diskurs über Evard Benesch.“** – Mittwoch, 6. Februar, 19 Uhr, Haus der Kirche, Bastionstraße 6: Podiumsdiskussion. **„Unser Europa! Alle reden nur vom Geld, wir reden vom Wert.“** – Freitag, 8. Februar, Restaurant Lauren’s, Bismarckstraße 62: **Stammtisch.**

Neuss – Freitag, 25. Januar, 17 Uhr, Quirinus-Basilika, Neuss-Markt: **Ökumenischer Gottesdienst** der Landsmannschaften Neuss. – Donnerstag, 31. Januar, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Tag der offenen Tür mit Kaffee und Kuchen. Es wird der Film gezeigt: **„Ostpreußen wie es war. Alltag in Ostpreußen in den 20er und 30er Jahren“**.

Witten – Montag, 21. Januar, 15 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6–10: Jahreshauptversammlung – Entwicklung der Landsmannschaft, Zukunftsarbeit.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Treffen der Gruppe zum Kartenspielen.

Neustadt an der Weinstraße – Sonnabend, 26. Januar, 17 Uhr, Restaurant Böbig, Harthäuserweg 40 (In der Nähe der berufsbildenden Schule): **Außerordentliche Jahreshauptversammlung.** Den Jahresbericht gibt Herr Schusziara und den Kassenbericht Otto Waschkowski. Dann haben die Kassenprüfer das Wort. Anschließend wird der neue Vorstand gewählt. Es folgt der Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“.



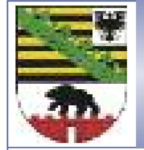
SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Jahresabschluss – Am 8. Dezember 2012 feierten die Landsleute der Landsmannschaft Ost-und Westpreußen der Kreisgruppe Chemnitz e.V. ihren Jahresabschluss im Platner Hof. Es kamen trotz des Winterwetters und beschwerlichen Wegen viele Landsleute und Gäste. Die Vorsitzende der Kreisgruppe Sieglinde Langhammer, begrüßte die Teilnehmer und Gäste ganz herzlich. Besonderen Willkommensgruß erhielten die Ehrengäste. Mundartsprecher Kurt Jurgeit aus dem Vogtland und der Vorsitzende der Kreisgruppe Limbach Oberfrohna Kurt Weihe. Unter den Teilnehmern waren Gäste aus Leipzig und Limbach Oberfrohna angereist. Der Kulturkreis Simon Dach unter der Leitung von Ingrid Labuhn hatte sich sehr gut vorbereitet. Viele große selbst

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

hergestellte Kulissen schmückten den Saal. (Schimmelreiter, Storch, Bär, das Pracherweib usw.). Es folgte ein buntes Programm an diesem Nachmittag. Die Zuschauer erlebten wie in Ostpreußen Sitten Bräuche zur Weihnachtszeit gefeiert wurden. Gegen das Böse und für das Gute kamen die Figuren zum Jahresausklang auf die Bühne und gestalteten ein fröhliches Treiben. Viele Kinder beteiligten sich an dem bunten Programm und erhielten großen Beifall. Das Besondere war nun das Erscheinen des Schimmelreiters mit seinem Gefolge. Nachdem schon lange vorher der Lärm zu hören war, trat nun der Anführer ein mit vermummten Gestalten. Gemeinsam sangen sie das Lied: „Wir treten herein ohn allen Spott, einen schönen Abend den geb euch Gott ...“ In alte Pelze gehüllt erschien der Bär und tobte durch den Raum. Es erschien das Pracherweib, der Ziegenbock und der Storch. Alle Anwesenden waren gefesselt von dem bunten Programm und mit kräftigem Applaus wurde den Darstellern gedankt. Die Frauengruppe eröffnete den Basar mit ihren ostpreußischen Handarbeiten. Nach einer Kaffeepause begrüßte die Gruppe den Mundartsprecher Kurt Jurgeit. Mit seiner Darbietung führte er durch Ostpreußen und die Teilnehmer hörten den ostpreußischen Dialekt, diese vertraute Sprache, die man leider viel zu selten hört und die vom Aussterben bedroht ist. Besinnliches und auch Fröhliches erlebte die Gruppe durch diesen eindrucksvollen Vortrag. Danke an Kurt Jurgeit, der durch sein Temperament die Zuschauer fesselte.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Halle – Freitag, 1. Februar, 14 Uhr, Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Reilstraße 54: Treffen der Gruppe.

Magdeburg – Freitag, 25. Januar, 15 Uhr, Sportgaststätte bei TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises. – Dienstag, 29. Januar, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Malente – Donnerstag, 31. Januar, 16 Uhr, Gasthaus Lenter Kate, Bahnhofstraße 13 A, Bad Malente-Grevesmühlen: Jahreshauptversammlung. Tagesordnung: 1. Eröffnung und Begrüßung, 2. Totenehrung, 3. Jahresbericht des Vorsitzenden, 4. Kassenbericht, 5. Bericht des Kassenprüfers, 6. Entlastung des Vorstandes, 7. Anfragen und Verschiedenes. Nach Beendigung der Tagesordnung kann jeder heimatliche Ereignisse und Kurzgeschichten vortragen. Kaffee und Kuchen sind frei. Freunde der Landsmannschaften sind herzlich willkommen.

Flensburg – Donnerstag, 24. Januar, 15 Uhr, Treffpunkt Mürwik, Kielseng 30: Gemütliche Kaffeerunde anlässlich des Geburtstages Friedrich des Großen. Kaffeegespräche und Musik aus der Zeit von Friedrich dem Großen.

Kiel – Sonntag, 20. Januar, 10 Uhr, Haus der Heimat: Preußentag. Auf dem Programm stehen folgende Vorträge: Edmund Ferner, **„Friedrich Wilhelm I (Reg. 1713–1740) – Der größte innere Reformer Preußens“**, Jochen Gawehns, „Beiträge in ostpreußischer Mundart“, Susanne Dieudonne, **„Im Rosenduft – Ein Liederstrauß um die Königin der Blumen“**.



Mölln – Mittwoch, 23.Januar, 15 Uhr, Quellenhof: Erste Mitgliederversammlung in diesem Jahr. Die Landsmannschaften der Ost- und Westpreußen geben bekannt: Nach der Begrüßung durch den 2. Vorsitzenden Klaus Kuhr hat die Gruppe zwei Filme vorbereitet, die das Mitglied Herr Horning im letzten Jahr aufgenommen hat: Als erstes die Fahrt der Gruppe nach Glücksburg an die Elbe zum Matjesessen. Und der zweite Film wurde gedreht mit dem bekannten Sänger, Entertainer und Moderator Bern-Stein, ein Sänger aus Holstein, mit Wurzeln in Ostpreußen. Es sind zwei interessante und vielleicht auch lustige Filme. Zu dieser Veranstaltung lädt die Gruppe auch wieder die Landsleute aus Pommern, Schlesien, Danzig und Mölln herzlich ein.

Schönwalde am Bungsberg – Donnerstag, 24. Januar, 14 Uhr, Jugendherberge: Seniorenbegegnung. – Sonnabend, 26. Januar, 15 Uhr, Café Ehlers, Kasseedorf: Arbeitstagung. – Donnerstag, 31. Januar, 14 Uhr, Jugendherberge: Seniorenbegegnung.

Hohe Ehrung

Peter-Bönisch-Preis für Henning von Löwis

Hennig von Löwis, ein „Radioaktiver“ Reporter des Deutschlandfunks (DLF) ist sicherlich vielen Lesern der *PAZ* namentlich bekannt. Seit 1992 berichtet er für seinen Sender aus Königsberg, dem Baltikum und Russland. Besonders seine einfühlsamen Reportagen aus Königsberg, sein häufiges Erinnern an den größten Sohn der Stadt Immanuel Kant und seine Informationen über Russen und Russlanddeutsche in der Königsberger Region haben wesentlich dazu beigetragen, die emotionalen Bindungen der Deutschen und der Ostpreußen an die Stadt am Pregel neu zu knüpfen.



Beim diesjährigen Gesprächsforum in Moskau ausgezeichnet: Radiojournalist Henning von Löwis of Menar Bild: Petersburger Dialog

Löwis bekennt, dass einer seiner Vorfahren, der in russischen Diensten stand, sein Interesse an Russland entfacht hat. Er berichtet: „Wissen Sie, Moskau – das ist für mich immer ein magischer Ort! Hier wurde und hier wird Weltgeschichte geschrieben. Und wohin mich in diesem Land meine Wege auch immer führten, ich stand nie vor verschlossenen Türen. Dafür sage ich danke!“

Nicht immer politisch korrekt berichtet

Der DLF-Mann hat sicherlich bei seinen zahlreichen Berichten aus dem Königsberger Gebiet aus russischer Sicht häufiger politisch unkorrekt berichtet. Das hatte für ihn so gut wie nie negative Folgen durch die einheimische Administration. Im umgekehrten Fall müsste ein Russe, der aus Deutschland politisch unkorrekt berichtet, mit Konsequenzen rechnen. Selbsternannte Gedankenpolizisten, die in Deutschland häufig bei den Medienschaffenden zu finden sind, würden für eine veröffentlichte Stimmungsmache gegen den russischen Kollegen sorgen.

Im Rahmen des diesjährigen Petersburger Dialogs (deutsch-russisches Gesprächsforum) wurde Löwis in Moskau mit dem Peter-Bönisch-Gedächtnispreis 2012 ausgezeichnet. In der Laudation für den Preisträger heißt es, dass sich Herr Dr. Henning von Löwis zeit seines beruflichen Lebens um Außenpolitik gekümmert habe. In seinen Jahren als Publizist habe er sich vor allem Russland, dem Baltikum und der Region um Kaliningrad – dem alten Königsberg – zugewandt. Dabei hat er es verstanden, den geschichtlichen Wandel Europas mit zukunftsbewussten und brückenschlagenden Reportagen über die Länder und ihre Menschen zu verbinden. Daraus entstand über zweieinhalb Jahrzehnte ein beeindruckendes publizistisches Werk, das Türen und Herzen geöffnet hat.

Wilhelm v. Gottberg

Anzeigen



Nach einem langen, erfüllten Leben entschlief unser lieber Onkel und Großonkel

Kurt Brandtner

* 26. März 1926 † 4. Januar 2013

In stiller Trauer

Arnim und Karin Brandtner
Andrea Brandtner
Reinhard Dirksen
Andreas und Claudia
Daniela und Anna

Quickborn

Die Beisetzung hat am Donnerstag, dem 10. Januar 2013, auf dem Heidefriedhof in Quickborn stattgefunden.



*Fürchte dich nicht –
denn ich habe dich erlöst
ich habe dich bei
deinem Namen gerufen,
du bist mein.* Jesaja 43,1

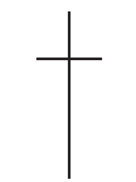
Gertraud Pienkos

geb. Kröhnert

* 30. April 1921 Schwanensee † 29. Dezember 2012 Hamburg

In Liebe und Dankbarkeit
Ruth Ebert, geb. Pienkos
Erwin Göress
Gerda Kröhnert und Geschwister
Angehörige und Freunde

Die Beisetzung hat stattgefunden.
Traueranschrift:
Bestattungshaus Michael Fritzen, Papenstraße 121, 22089 Hamburg



Der Herr ist mein Hirte,
mir wird nichts mangeln.
(Psalm 23,1)

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von meiner lieben Frau, unserer fürsorglichen Mutter und Schwiegermutter und geliebten Oma

Elfriede Hannutsch

geb. Giesa

* 18. 1. 1935 in Sonntag, Kr. Sensburg † 2. 1. 2013 in 67227 Frankenthal

In stiller Trauer:
**Otto Hannutsch
und Angehörige**

Die Kreisgemeinschaft Lötzen e. V. trauert um

Erhard Kawlath

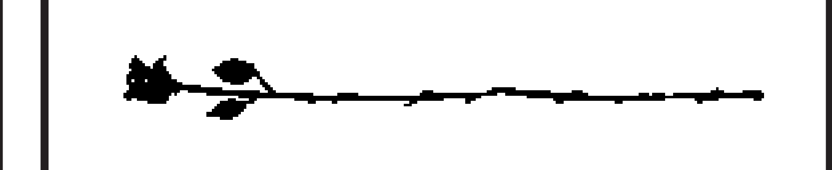
* 3. 11. 1925 Groß Gablick † 31. 12. 2012 Neumünster

Träger des Bundesverdienstordens, Träger der Goldenen Ehrennadeln der Landsmannschaft Ostpreußen und des Bundes der Vertriebenen, Ehrenbürger der Stadt Gizyeko / Lötzen

Erhard Kawlath hat in den Jahren 1992 bis 2010 die Kreisgemeinschaft Lötzen geführt. Sein Denken und Wirken galt den Menschen in der alten und neuen Heimat unabhängig von ihrer Nationalität.

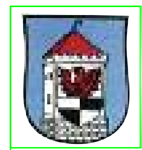
Unermüdlich beschaffte er materielle und finanzielle Hilfe für die Bewohner seiner ostpreußischen Heimat und trug einen bedeutenden Anteil an dem Brückenbau für das Zusammenleben zwischen den früheren und den heutigen Bewohnern.

Dieter Eichler – Kreisvertreter



Aus den Heimatkreisen

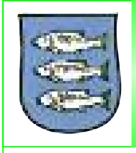
Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

55. Heimatpolitische Tagung in Rotenburg (Wümme) – Von Sonnabend, 23. bis Sonntag, 24. Februar findet die Tagung in der Theodor-Heuss-Schule, Gerberstraße 16 (neben dem Ratsgymnasium), 27356 Rotenburg (Wümme) statt. Programm: Sonnabend, 23. Februar, 15 Uhr (ab 14 Uhr Kaffee/Tee und Kuchen): 1. Eröffnung durch die Kreisgemeinschaft, 2. Begrüßung durch den Patenkreis, 3. Grußwort der Gäste, 4. Vorträge: Prof. Dr. Dr. h.c. Ingo von Münch, „Die Leiden der ostpreußischen Frauen 1944/45 – verschwiegen, verdrängt, aber nicht vergessen“; Wilfried Gerke, „Preußische beziehungsweise deutsche und polnische Minderheitenpolitik am Beispiel Großpolens seit 1815“. Gemeinsames Abendessen um 19 Uhr: Elchbraten. Sonntag, 24. Februar, 9.30 Uhr: Ministerialrat a.D. Dr. Jürgen Martens, „Das Engagement des westpreußischen Landesmuseums in Polen“. Schlusswort. Gemeinsamer Gesang. Ende gegen 12 Uhr. Verbindliche Anmeldungen und Mitteilung von Übernachtungswünschen werden bis zum 15. Februar bei Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg, erbeten.



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Nachruf des Kreisvertreters Dieter Eichler für seinen am 31.12.2012 verstorbenen Vorgänger Erhard Kawlath – „Auf Grund seines Einsatzes um die Erfüllung der Aufgaben der Kreisgemeinschaft war ihm vom Vorstand die Ehrenmitgliedschaft zuerkannt worden, die ich ihm als meine erste Amtshandlung verleihen durfte. Erhard Kawlaths Bemühen galt dem Beschaffen von finanziellen und materiellen Mitteln für Lötzen [Gizycko], dem Zusammenhalt der weltweit verstreuten Alt-Lötzener Gemeinde, dem Kontaktschlagen zu den Menschen hier in der neuen Heimat, verbunden mit der Weitergabe des Wissens wie es früher zu Hause war. Sein Einsatz kannte kein Ausruhen, ein ‚Das ist abgearbeitet.‘ gab es für ihn nicht. Mit Erhard Kawlaths Tod ist unser Kreis, den wir die Erlebnisgeneration nennen, wieder kleiner geworden. Ein Mensch ist gegangen, der Bericht geben konnte, wie es dort – in der Kalten Heimat – früher war und gleichzeitig ein Mensch, der aus diesem Erleben besonders berufen war, für den Brückenbau um ein Miteinander der früheren Bewohner und der dort neu nun auch schon seit mehreren Generationen lebenden Menschen einzutreten. Dass ihm dies gelungen ist, beweist die Ehrenbürgerschaft, die ihm von der Stadt Gizycko schon vor Jahren verliehen worden ist.“ Aus dem Kondolenzschreiben von Frau Jolanta Piotrowska, Bürgermeisterin von Gizycko: „ ... die Nachricht vom Tod von Herrn Erhard Kawlath, dem Ehrenbürger der Stadt Gizycko, der mit unserer Stadt und ihren Einwohnern seit vielen Jahren eng verbunden war, hat uns in tiefe Trauer versetzt. In Masuren hat er seine frühen Jahre verbracht, und im Erwachsenenalter kehrte er in seine Heimat zurück, schenkte uns Freundschaft, Unterstützung und machte uns mit der Geschichte einstiger Bewohner bekannt ... Wir sind dem langjährigen Vorsitzenden der Kreisgemeinschaft Lötzen in Neumünster, Herrn Kawlath, sowie der ganzen Kreisgemeinschaft für Hilfe und Unterstützung, die sie den Einwohnern, Organisationen, dem Krankenhaus, der Johanniterstation und anderen entgegengebracht haben, dankbar. Herr Kawlath wird für immer ein großer Freund von Gizycko bleiben ...“ Aus dem Kondolenzschreiben von Miroslaw Dariusz Drzazdzewski, Landrat des Kreises Gizycko: „.... Wir sprechen Ihnen und allen Mitgliedern der Kreisgemeinschaft Lötzen zu dem gravierenden Verlust unsere aufrichtige und herzliche Anteilnahme aus. Die heutige Bedeutung der KG Lötzen ist zu einem großen Teil auf die Tätigkeit des Verstorbenen zurückzuführen. Wir haben Herrn Kawlath als einen Mann kennen und schätzen gelernt, der mit Verständnis und Toleranz auf unsere Zusammenarbeit blickte. Wir werden seine Leistungen nie vergessen!“



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, St. Agnes-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Bundesverdienstkreuz für Gerd Bandilla – Im Auftrag des Bundespräsidenten hat der Landrat des Rhein-Erft Kreises, Werner Stump am 8. Januar 2013 im Kreishaus in Bergheim an Gerd Bandilla das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. In der Entscheidung des Herrn Bundespräsidenten, Herrn Gerd Bandilla, dem Kreisvertreter des Kreisgemeinschaft Lyck diese hohe Auszeichnung zu verleihen heißt es: „Herr Gerd Bandilla hat durch sein jahrzehntelanges Engagement im Bereich der Völkerverständigung sowie im kommunalpolitischen Bereich auszeichnungswürdige Verdienste erworben. Er war zuletzt von 1972 bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand im Jahr 1992 Gemeindedirektor der Gemeinde Nörvenich. Geprägt von Flucht und Vertreibung aus Ostpreußen trat Herr Bandilla 1960 dem Bund der Vertriebenen, Ortsverband Friesheim bei, übernahm hier bis 1967 das Amt des Schriftführers und bis 1981 das Amt des Vorsitzenden. Bereits früh engagierte sich Herr Bandilla auch in der Kreisgemeinschaft Lyck, deren Vorsitzender er seit 1985 bis heute ist. Die Kreisgemeinschaft Lyck ist der unpolitische und überkonfessionelle Zusammenschluss aller Ostpreußen, die im Kreis Lyck geboren sind oder dort Heimatrechte erworben haben sowie deren Angehörige und Nachkommen. Als Vorsitzender ist Herr Bandilla unter anderem für die Organisation der jährlichen Lycker Kreistreffen in Hagen sowie für die Erstellung und Herausgabe des einmal jährlich erscheinenden Hagen-Lycker Briefes verantwortlich. Seit 1989 besuchte er mehrmals jährlich den polnischen Kreis Lyck [Elk] und baute gute Beziehungen und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zu den dortigen Bewohnern, den örtlichen Kirchen, den Kreisgemeinden und der Stadt Lyck auf. Seit 1992 plante und leitete Herr Bandilla bisher zirka 40 Busreisen für ehemalige Bewohner des Kreises Lyck in die alte Heimat, um den Kontakt zur dortigen polnischen Bevölkerung zu pflegen. Es gelang ihm, das ursprünglich gegenseitige große Misstrauen ab- und beständige Freundschaften aufzubauen. Er war maßgeblich an Erwerb und Ausgestaltung des geschichtsträchtigen Lycker Wasserturms beteiligt, den die deutsche Minderheit seitdem als Vereinssitz nutzt und zu einem Heimatmuseum ausbaute. Seit 1995 werden mit seiner Unterstützung der ökumenische Austausch gefördert und jährlich ökumenische Gottesdienste in allen kreisangehörigen Pfarrbezirken und der Stadt Lyck durchgeführt. Darüber hinaus setzt er sich für die Pflege von Friedhöfen und Kriegsgräberstätten ein. Auch konnte dank seines Einsatzes eine Lazarus-Sozialstation, die sich um die Versorgung von kranken und alten Menschen kümmert, eingerichtet werden. Herr Bandilla initiierte viele deutsch-polnische Kontakte, die im Ergebnis 2002 zur Unterzeichnung des Partnerschaftsvertrages zwischen dem Landkreis Lyck und der Landkreisgemeinschaft Ehemaliger Lycker in Deutschland führten. Ferner sorgte er dafür, dass enge Beziehungen zwischen der Stadtverwaltung Hagen und der polnischen Stadt Lyck aufgebaut und 2006 ein gemeinsames Abkommen zur interkommunalen Zusammenarbeit geschlossen werden konnten. Seitdem werden bilaterale Programme für Jugendliche durchgeführt, die Praktika und Schüleraustausch zwischen dem Kreis Lyck und der deutschen Partnerstadt Hagen beinhalten. Außerdem motiviert er auch die nachwachsenden Generationen, sich in der Kreisgemeinschaft Lyck zu engagieren. Des Weiteren engagiert er sich für die Landsmannschaft Ostpreußen und war von 1992 bis 1995 Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes, von 1995 bis 1998 Vorstandsmitglied der Stiftung Ostpreußen und von 1995 bis 1998 Vorsitzender des Prüfungsausschusses der Landsmannschaft. Daneben war Herr Bandilla auch kommunalpolitisch tätig. Von 1965 bis 1972 war er Schriftführer im CDU-Ortsverband Friesheim, von 1972 bis 1976 dessen Vorsitzender sowie von 1976 bis 1989 Vorstandsmitglied. Dem CDU-Stadtverband Erftstadt gehörte er von 1969 bis 1986 in verschiedenen Funktionen und als Vorstandsmitglied an. Außerdem war er von 1969 bis 1975 Stadtverordneter der Stadt Erftstadt sowie von 1975 bis 1989 Kreistagsabgeordneter des Rhein-Erft-Kreises. Ferner war er von 1975 bis 1982 Mitglied der Delegiertenversammlung des Erftverbandes sowie von 1976 bis 1984 Aufsichtsratsmitglied der Strukturfördergesellschaft für den Rhein-Erft-Kreis. 1997 wurde Herr Bandilla für seine Verdienste um den Erhalt des ostpreußischen Kulturgutes mit dem Goldenen Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen ausgezeichnet. 2008 wurde er für sein unermüdliches Streben um Völkerverständigung und Versöhnung zwischen Polen und Deutschland von der polnischen Stadt Lyck mit der Weißen Lilie als bester Botschafter geehrt.“



Bei der Ordensverleihung: Landrat Werner Stump, Else und Gerd Bandilla (v.l.n.r.) Bild: S. Czerwinski

Auszeichnung für 40 Jahre anhaltendes Engagement

Reise 2013 in den Kreis Lyck – Es gibt Dutzende gewerbliche Reiseunternehmen, die zu angemessenen Preisen Reisen in das südliche Ostpreußen anbieten. Leider berühren diese Reisen, wenn überhaupt, den Kreis Lyck nur am Rande. Der Kreisausschuss der Kreisgemeinschaft Lyck ist deshalb sehr froh, dass immer wieder Landsleute aus unseren Reihen nicht gewerbsmäßige Reisen in den Kreis Lyck anbieten. Im Jahre 2013 fährt, soviel der Kreisvertreter weiß, nur Landsmann Reinhard Donder mit einem Omnibus in den Kreis Lyck. Die Reise findet in der Zeit vom 25. Mai bis 2. Juni 2013 statt. Geplant ist eine Bootsfahrt auf dem Lyck-See, Kleinbahnfahrt in Lyck, Staken auf der Kruttinna, Besuch von Nikolaiken, Wolfsschanze und Heiligelinde. Der Omnibus fährt unter anderem ab Dortmund und Hamburg. Die Unterbringung erfolgt in der Pension Rejrat. Die Kosten werden zirka 700 Euro betragen. Reinhard Donder schreibt: „Bringen Sie Ihre Kinder und Enkel mit, damit in unserer Erinnerung etwas von dem bleibt, was war.“ Anmeldungen an Reinhard Donder, Seebergen 2, 22952 Lütjensee, Telefon (04154) 7114, E-Mail: donder-luetjensee@t-online.de



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders @arcor.de.

Reise nach Ostpreußen 2013 – Die diesjährige Sonderreise für Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit nach Ostpreußen findet vom 29. Juli bis zum 06. August wieder unter der bewährten Leitung von Eva Lüders statt. Von Hannover führt die Reise zunächst zur ersten Übernachtung nach Elbing, wo am zweiten Tag eine ausführliche Stadtführung und eine Rundfahrt durch den Elbinger Höhenzug stattfinden. Über Königsberg und Kreuzingen geht es weiter nach Tilsit, dem Hauptziel dieser Reise. Hier werden die Reiseteilnehmer viermal im Hotel „Rossija“ übernachten. Von Tilsit aus besteht die Möglichkeit für geführte Rundfahrten durch den Kreis Tilsit-Ragnit und für eigene Unternehmungen mit Taxen. Über die Luisenbrücke führt die Reise in das Memelland. Ziele sind hier die Kirche in Heydekrug und das Memeldelta. Eine Schiffsfahrt über das Kurische Haff nach Nidden schließt sich an. Dort steht ein Rundgang durch den wohl schönsten Ort auf der Kurischen Nehrung auf dem Programm. Natürlich wird auch das Thomas-Mann-Haus besichtigt. Über Schwarzort wird die Fahrt nach Memel fortgesetzt. Der Simon-Dach-Brunnen mit dem Ännchen von Tharau und die hübsche Altstadt sind hier beliebte Fotomotive. Den Abschluss der Reise bildet eine Schiffsreise von Memel nach Kiel. Übernachtet wird an Bord. Ein Bus bringt die Reiseteilnehmer wieder nach Hannover. Weitere Informationen können bei Eva Lüders, Kührener Straße 1B, 24211 Preetz, Telefon (04342) 5335 und bei der Firma Partner-Reisen, Everner Straße 41, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 588940 angefordert werden.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Realgymnasium/Oberschule für Jungen – Wie von Klaus-Jürgen Rausch zu erfahren ist, findet das geplante Schultreffen auf jeden Fall vom 4. Mai bis 6. Mai 2013 in Verden/Aller statt. Im Akzent Hotel Höltje, gelegen im Zentrum der Stadt (Obere Straße 13-17, 27283 Verden/Aller), sind Einzelzimmer zum Preise von 69 Euro /Nacht einschließlich Frühstück und Doppelzimmer zum Preise von 98 Euro/Nacht einschl. Frühstück für dieses Treffen noch verfügbar. Anmeldungen können unter dem Stichwort „SRT-Schultreffen 2013“ gebucht werden, telefonisch unter (04231) 8920, per Telefax unter (04231) 892111 oder per E-Mail unter empfang@hotelhoeltje.de. Das Hotel ist auch im Internet anschaubar unter www.hotelhoeltje.de. Wir treffen uns am 4. Mai gegen 15 Uhr im Klubraum des Hotels zum gemeinsamen Kaffeetrinken. Der Ablauf des Schultreffens wird im Einzelnen dann dabei bekannt gegeben. In jedem Falle werden wir aber traditionsgemäß natürlich auch „Dampferchen fahren“. Mit Verden/Aller wurde ein sehenswerter Ort mit historischen Bauten und geschichtlichem Hintergrund ausgesucht, der uns angenehme Stunden verheißt. Für Rückfragen steht Klaus-Jürgen Rausch, Telefon (069) 748291 zur Verfügung.

Neues Exponat in Ellingen

Neben historischen Ausstellungsstücken sind im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen auch zeitgenössische Exponate zu finden. So wurde nun für die Ausstellungsräume im Ellinger Barockschloss eine dreiseitige Stele der 1939 in Königsberg geborenen Künstlerin Angelika Penertbauer erworben.

Nach ihrem Studium an der Staatlichen Kunstakademie Stuttgart und der Hochschule der Künste in Bonn/Alfter hat die heute in Satteldorf in Baden-Württemberg lebende Künstlerin ab 1969 Einzelausstellungen in Stuttgart, Ludwigsburg und Köln durchgeführt. 1973 errichtete Penertbauer die „Schule für künstlerische Grundlehre“ in Stuttgart, die sie bis 1988 leitete. Seit 1980 besitzt sie ein eigenes Atelier in Satteldorf im Hohenloher Land und beschäftigt sich seither hauptsächlich mit Bildhauerei auf dem Gebiet der Skulptur und der Freiplastik, Malerei sowie der Kunst im öffentlichen Raum.



Ihre körperhaften und in organischen Formen gestalteten Skulpturen ergänzt sie häufig mit Eisen, Bronze, Aluminium. Ihre Formwelt holt sie aus der Natur. Weil die Skulpturen geschlossene Formen haben, können sie ganz in der Stille ihre Kraft und Dynamik zeigen. Sie arbeitet mit und in der dritten Dimension, also mit dem Raum an sich - ob sie nun malt, zeichnet oder bildhauerisch arbeitet.

Die im Ellinger Kulturzentrum neu gezeigte Stele hat den Titel „Erinnerungen an die Heimat“ und ist aus Sandstein gefertigt. Die Künstlerin beschreibt ihr Werk wie folgt: „Meine Stele hat zwei raue Seiten und eine halbrunde, geschliffene Seite. So zeigt sich die Erinnerung an das Land, in dem ich geboren wurde, Ostpreußen. Etwas raubeinig und doch verinnerlicht.“

Manfred E. Fritsche

Kalender „Ostpreußen und seine Maler 2013“ zum Sonderpreis

Ostpreußen hatte bis 1945 eine bedeutende Künstlerschaft und verfügte über eigene Kunstzentren. Die von Jörn Barfod, Kustos im Ostpreußischen Landesmuseum, getroffene Auswahl an Bildern aus dem 20. Jahrhundert beschäftigen sich mit dem Thema Menschen. Enthalten sind Werke von Gustav Boese, Ernst Bischoff-Culm, Heinz Sprenger und anderen.

Nur noch wenige Restbestände des beliebten Kalenders sind für Kreisgemeinschaften und Kreisgruppen über die Geschäftsstelle der LO zum Sonderpreis von 15 Euro zuzüglich Versandspesen zu beziehen.

Landsmannschaft Ostpreußen, z. Hd. Frau Ute Vollmer, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. E-Mail: vollmer@preussiche-allgemeine.de

Stets objektiv

BdV zeichnet Historiker Möller aus

Anlässlich des 70. Geburtstages von Professor Horst Möller, dem früheren Direktor des Instituts für Zeitgeschichte in München erklärte die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach MdB: „Der Bund der Vertriebenen gratuliert Professor Horst Möller herzlich zum 70. Geburtstag. Professor Horst Möller ist einer der kompetentesten Historiker der Gegenwart. In zahlreichen Aufsätzen, Reden und Vorträgen hat er zu den Problemen der Gegenwart mutig und deutlich Stellung bezogen. Er ist als Berater hochgeschätzt. Seine Meinung hat Gewicht. Deshalb hat das Präsidium des Bundes der Vertriebenen einstimmig beschlossen, Professor Horst Möller die höchste Auszeichnung des BdV, die Ehrenplakette zu verleihen. Professor Horst Möller hat im Rahmen seiner Arbeitsschwerpunkte in der deutschen und europäischen Geschichte der Neuzeit in seiner Zeit als Direktor des Instituts für Zeitgeschichte zu Fragen von Flucht und Vertreibung klar und offen Stellung bezogen und Sorge dafür getragen, dass sich sein Haus objektiv und unverkrampft dieser Fragen angenommen hat. In Verhandlungen mit internationalen Gremien hat er außerordentliche Standhaftigkeit bewiesen und auch dort die Ermordung von Millionen von Flüchtlingen und die Vertreibung aus Sicht des Historikers als eindeutig völkerrechtswidrige Vorgänge riesigen Ausmaßes bewertet. Die Vertreibung ist für ihn elementarer Teil unserer Geschichte und die Kultur des deutschen Ostens Bestandteil unserer Identität. Dafür hat er seine Stimme auch in Zeiten erhoben, als andere lieber schwiegen. Die Integration der Heimatvertriebenen sei eine grandiose Friedensleistung gewesen, die auch wegen der Geschwindigkeit, mit der sie durchgeführt wurde, gefährliche gesellschaftspolitische Konflikte vermieden habe. Möller hob dabei den Friedenswillen der Vertriebenen und ihre ausdrückliche Absage an gewaltsame Lösungen hervor. Zur Vermeidung von künftigen Kriegen hätten die Vertriebenen ihren unverzichtbaren Anteil geleistet, ebenso dazu, das Vertrauen zu Deutschland wiederherzustellen. Er hat sich auch nachdrücklich dafür ausgesprochen, dass die menschenrechtswidrigen Vertreibungen nicht verschwiegen werden dürfen. Er sieht die Aufnahme des Themas in die nationale Erinnerung als einen wesentlichen Schritt dahin, sich seiner Geschichte bewusst zu werden und diese historische Zäsur als wesentlichen Teil deutscher Identität zu erkennen. Unser Dank und unsere Anerkennung gelten ihm, verbunden mit den besten Wünschen für die weitere Zukunft“. *PAZ*



Professor Horst Möller Bild: BdV

Vor 65 Jahren angekommen

Sudetendeutsche Glasveredler blicken auf eine Erfolgsgeschichte in Rheinbach zurück

Sudetendeutsche Glasveredler legten im Eifelstädtchen Rheinbach den Grundstein für eine lebendige Glaskunstandwerker-Szene. „Für ‚Glas in Rheinbach‘ heißt das: Rückblick auf Vergangenes, einmal kurz innehalten und dann mit rheinischem Schwung und neuer Energie die Zukunft angehen“, betonte Claus Wehage, stellvertretender Bürgermeister der Stadt, anlässlich des Festaktes zur Erinnerung an 65 Jahre Glas in Rheinbach.

Es ist inzwischen auch über die Grenzen der „heimlichen Glashauptstadt Nordrhein-Westfalens“ bekannt, dass die Erfolgsgeschichte des faszinierenden Werkstoffes in der Voreifel eigentlich im Jahre 1947 mit der gezielten Ansiedlung der aus ihrer nordböhmischen Heimat vertriebenen sudetendeutschen Glasveredler begonnen hat. Die aus der traditionsreichen Region um Steinschönau-Haida stammenden Familien brachten ihr Können, ihre Tradition und ihren Fleiß ein und schafften so in der neuen Heimat ein stetig wachsendes Glaszentrum. Sie unterstützten unter anderem die Eröffnung der Staatlichen Glasfachschule im Jahre 1948 und die Einweihung des Glasmuseums im Jahre 1968.

Im Rahmen einer Feierstunde wurde unter anderem auch die von Carmen Sommer in 1997 veröffentlichte Bonner Dissertation „Die Geschichte der Haidaer-Steinschönauer Glasveredlungsindustrie und ihr Strukturwandel nach der Neuansiedlung im Raum Rheinbach. Vom Verlags- zum Glaskunsthandwerksbetrieb“ als kompetente Informationsquelle für detaillierte Angaben zur Ansiedlung der nordböhmischen Glasveredler in Rheinbach herangezogen. „Der Gedanke, im linksrheinischen Nordrhein-Westfalen ein Ansiedlungszentrum der ehemaligen nordböhmischen Glasveredlungsindustrie zu schaffen, ging von den Vertriebenen selbst aus,“ schreibt Sommer.

Unter dem Motto „Vor 65 Jahren angekommen – Glas aus Rheinbach heute“ veranstalteten das Glasmuseum und die Stadt mit



Ließ sich über die Schulter schauen: Heinz Markowsky Bild: D.G.

bekannten örtlichen Glasgestaltern attraktive Ausstellungs- und Aktionstage sowohl mit Blick auf die Gründungsjahre, als auch mit Würdigung der Gegenwart und Eröffnung von Perspektiven. Die Stadt gilt nämlich auch heute noch als das Zentrum einer renommierten Glasgestalterregion, nicht zuletzt weil im Umkreis von rund 100 Kilometern zahlreiche Glaskünstler aktiv sind.

Zentrum für Glaskünstler

Die langjährige Leiterin des Rheinbacher Spezialmuseums für nordböhmisches Hohlglas, Dr. Ruth Fabritius, stellte den Besuchern Schwerpunkte und Höhepunkte des Hauses am Himmeroder Wall vor. Die gebürtige Siebenbürgerin verriet: „Bei dieser Gelegenheit, möchte ich eine Lanze für das Handwerk brechen. So stehen im Mittelpunkt der praktischen Vorführungen in den Räumlichkeiten des Glasmuseums die wunderbaren Glas-Werke, die unter Einsatz von Hand, Herz und Verstand des Kunsthandwerkers entstehen und nicht etwa vom Fließband purzeln.“

Die Senioren unter den Kunsthandwerkern – Fritz Berg und Heinz Markowsky – ließen sich vor Ort bei der Arbeit über die Schulter gucken. Der in Haida geborene Glasveredler Markowsky erzählte Geschichten über seine aus Polen stammende Familie, deren Vertreter viele Jahre vor der Vertreibung in Böhmen lebten und dort Glas mit Pinsel und Farbe bearbeiteten.

Mit von der Partie waren die Glasmalermeisterin Helga Feuser-Strasdas sowie die Glasschleifer- und Graveurmeisterin Stefanie Stanke. Beide Künstlerinnen leiten übrigens im Rheinbacher Glasmuseum regelmäßig thematische Workshops für Kinder und Erwachsene.

Eine besonders enge Verbindung zum Rheinbacher Glasmuseum und vor allem zum praktischen Umgang mit Glas und Kunst hat Helga Feuser-Strasdas. Die Tochter des Glasmalers, Fachschullehrers und Museumsmitbegründers Franz-Josef Feuser und der Graveurin Dorothea Feuser – die ihrerseits die Tochter des Haidaer (und später Rheinbacher) Fachschullehrers und Malers Hartwig Dittrich war – arbeitet heute vorrangig als Glas- und Porzellanmalerin im eigenen Atelier.

Auch die gebürtige Rheinbacherin Stefanie Stanke ist mit dem Werkstoff Glas aufgewachsen. Ihre Leidenschaft für Glas und Gestaltung entdeckte Stanke schon früh und erlernte die Gravur-Technik von dem im Jahre 2007 verstorbenen Rheinbacher Glaskünstler Franz Wendler. Stefanie Stanke ist heute selbständig als Glasgraveurin in Rheinbach tätig und beteiligt sich an verschiedenen Ausstellungen.

Wer die Aktionstage aus Anlass des Jubiläums in Rheinbach besucht hat, weiß, dass die Stadt erkennbares Potenzial für weitere 65 Jahre „Glas in Rheinbach“ hat. Die thematischen Ausstellungen und die Workshops im Glasmuseum sowie nicht zuletzt der 7. Internationale Glaskunstpreis im Herbst 2013 sind nur ein Anfang

Dieter Göllner

Kreuzworträtsel

Nutzfisch, Kaviarlieferant · Bewohner des Morgenlandes · Teppichreiniger · Industriestadt in NRW · Zahlenglücksspiel · veraltet: Adliger · Gebälkträger (Baukunst) · erfrischendes Getränk (Kzw.) · Stromerzeuger am Fahrrad · Sperrfrist, Karenz · Lautstärkemaß · großes Gewässer · Schluss · franz. Stadt an der Loire · ungeschickter Mensch · israelitischer König · Gebirge in Italien · französischer Maler (Claude) · Balsamharz, Duftstoff · Gemüsepflanze · Lichtverstärker · Schaufahrt · Kutscher einer Postkutsche · taumeln · Hautsalbe · Teil von Vietnam · mit Metallbolzen befestigen · Gebetsschlusswort · bayr. Stadt an der Donau · lächerlich, kindisch · geflügeltes Fabeltier · kurze Unterhose (engl.) · Widerhall · vermuten · Brutstätte · Entwicklungsabschnitt · Unbeweglichkeit · Tochter des Ödipus · jegliches · französisch: in · dumme, törichte Handlung (ugs.) · Traurigkeit, Melancholie · sich täuschen · eine Zahl · Fluss zur Elbe · kleinere Streitereien · Begeisterung, Schwung · niedersächsischer Hafen · chem. Zeichen für Nickel · antikes arab. Königreich · Schulter · niedersächsische Stadt · Handmähgerät · glasartiger Schmelzüberzug · freundlich · Stadt in der Schweiz · politisches Gebilde · feiner Unterschied; Feinheit · ein Ostafrikaner · ächzen, krachen (Tür, Diele) · unverheiratet · große Warenausstellung · Edelgas · den Auftrag haben, etw. zu tun · auffallend, offenkundig · Besatzstreifen · ital. Mittelmeerinsel · griech. Göttin der Morgenröte · student. Organisation (Abk.) · flüssiges Fett · Bergwerk · lustig beisammen sein · Sportruderboot · Einfall, Gedanke · leichte Vertiefung, Beule · frech, schlüpfrig · dt. Dichter (Hermann) · Vorsilbe: zwischen (lat.) · ägyptische Hauptstadt · Rand des Mundes · früherer Name Thailands · Weizenart · Erhebung bei Innsbruck · englischer Artikel · englisches Bier · Vorrichtung zum Heizen, Kochen · Gewürz-, Heilpflanze · Hülle, Futteral · die Kreiszahl · Hauptgeschäftsstelle · fromme Gestalt bei W. Busch · ein Erdteil · Organ des Harnsystems · eigensinnig, hartnäckig · poetisch: Atem

PAZ13_02

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

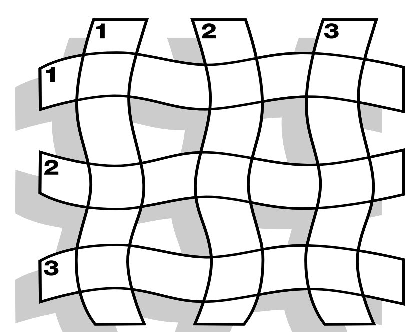
ABEEI INRRT · AGIR · BEENN · AINR · ADEST · ABER · AIRS · ENRZ · AFINR · AES · AABE NN · AABD ER · ERZ

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein Zierstrauch.

1	ANGST		VOLL
2	BLITZ		BOLZEN
3	NADEL		GANG
4	AUF		HANDWERK
5	TIER		BALL
6	BAU		LAUF
7	RAUB		KOMMANDO

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Röhrchen, Hohlnadel
2 Stückmaß
3 Plattfisch

So ist's richtig:

Schüttelrätsel: ARBEITERIN · INFRA · ASE · BANANE · ERZ · GE · ADEBAR

Mittelworträtsel: 1. Gefuehl, 2. Schlag, 3. Streifen, 4. Schneider, 5. Medizin, 6. Gelaende, 7. Ueberfall – Flieder

Magisch: 1. Kanuele, 2. Dutzend, 3. Flunder

Ohne Tabus und Hysterie

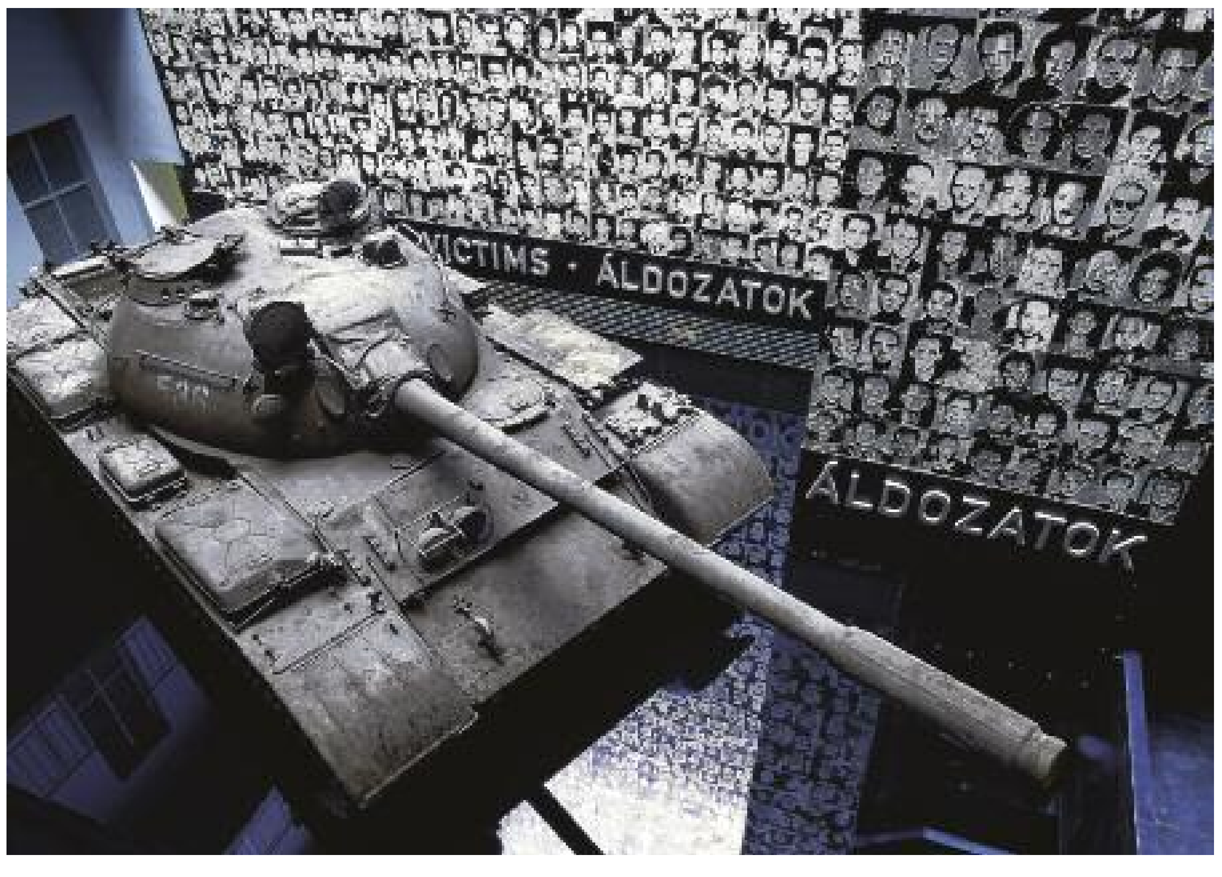
Namhafte Historiker traten bei der Jahrestagung der Stiftung Deutsche Kultur im östlichen Europa (OKR) auf

Die politische Gestaltung der Zukunft hängt ebenso wie die kollektive Identität von Völkern wesentlich von der Sicht auf die Vergangenheit ab. Das wird am Beispiel Deutschlands überdeutlich, lässt sich aber auch in Ungarn eindrucksvoll studieren.

Dr. Gabór Tallai veranschaulichte in seinem Vortrag bei der jüngsten Jahrestagung der Stiftung Deutsche Kultur im östlichen Europa – OKR (Ostdeutscher Kulturrat) die Auseinandersetzungen über die ungarische Geschichtspolitik, indem er die Arbeit des „Terror-Hauses“ (Terror Háza) in Budapest vorstellte. Tallai, Programmdirektor und Stellvertreter der Gedenkstättenleiterin Dr. Mária Schmidt, hob hervor, dass das in der Prachtstraße Andrassy ut. im Gebäude eines einstigen Foltergefängnisses untergebrachte Museum von Anfang an höchst umstritten gewesen sei. Ende der neunziger Jahre hatte die seinerzeitige nationalliberale Fidesz-Regierung nicht nur Gedenktage sowohl für die kommunistischen Opfer als auch für die des faschistischen Pfeilkreuzlerregimes eingeführt, sondern wenig später auch Erinnerungshäuser für beide Leidensgruppen initiiert.

Dennoch wurde die politische Linke des Landes nicht müde, das im Februar 2002 eröffnete Haus des Terrors wegen einer angeblich unzureichenden Berücksichtigung der Pfeilkreuzler-Untaten zu kritisieren. Derartige Bewertungen ließen sich bis heute beobachten, beklagte Tallai, zumal die politische Polarisierung in seinem Land anhalte und obwohl „Leiden letzten Endes unvergleichbar“ seien.

Die Keller des Terror-Hauses, in denen zuerst faschistische Schergen folterten und dann – fast übergangslos – kommunistische, wurden rekonstruiert und wie das ganze Museum mit Filmen und Musik bewusst emotional ausgestaltet: Die Deportationen von über 700000 ungarischen Staatsbürgern in sowjetische Arbeitslager nach 1945 (rund 300000 starben) sind zum Beispiel durch einen Eisenbahnwaggon versinnbildlicht, in dessen Fenstern Besucher verschiedenste Filmsequenzen zu kommunistischen Massenverbrechen anschauen können.



Bewusst emotional ausgestattet: Exponat des „Terror-Hauses“ in Budapest Bild: Renata Velencai

Hinsichtlich der donauschwäbischen Leidens- und Vertreibungsgeschichte wurde 2006 ein Schwerpunktjahr veranstaltet: Bis heute gibt es nach Angaben des Referenten regelmäßige Informationsrundgänge für Schulklassen, in denen auch das Unrecht an den Ungarndeutschen zur Sprache kommt. Der 1970 geborene Sohn eines Deutschen und einer Ungarin mahnte eine enttabuisierte Geschichtssicht an, die auch deutsche Opfer nicht ausklammere.

Die mit einer Reihe ausgezeichneter Vorträge gespickte OKR-Tagung im Schloss Eichholz in Wesseling bei Bonn lief unter dem Titel „Wege in die Zukunft. Zusammenarbeit mit den östlichen Nachbarländern“. Stiftungspräsident Klaus Weigelt zitierte in seiner Begrüßung den aus dem hinterpommerschen Stolp stammenden Philosophen Odo Marquard mit der Erkenntnis „Keine Zukunft ohne Herkunft“ sowie den an der Universität „Viadrina“ in Frankfurt/Oder lehrenden Historiker Prof. Karl Schlögel mit Worten, die dieser im Oktober im Berliner Reichstag vor der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU-/CSU-Bundestagsfraktion äußerte: „Die europäische Geschichtslandschaft ist ein vermintes Gelände. (...) Deshalb geht es um Enthysterisierung.“

Einem anderen Kerngedanken Schlögels folgend, der in seinem 2002 erschienenen Band „Die Mitte liegt ostwärts. Europa im Übergang“ die Bedeutung des deutschen Kulturerbes im Osten für ganz Europa herausstellte, sieht Weigelt den besonderen Ansatz seiner Stiftung in der Frage nach dem Platz dieser Spuren für das grenzübergreifende Geschichtsbewusstsein des Kontinents.

In Brüssel soll Haus der Europäischen Geschichte entstehen

Der begeisternde Vortrag Elisabeth von Küsters über ihre Arbeit am und im schlesischen Schloss Lomnitz [Lomnica], die Ausführungen Lisaweta von Zitzewitz' über die Buchreihen „Külzer Hefte“ und „Schlösser und Gärten in Pommern“, von Dr. Jörg B. Bilke über „Die Stasi und die Vertriebenen“ sowie von Dr. Stefan Cosoroaba aus Hermannstadt über die deutsche evangelische Kirche Rumäniens spiegelten verschiedenste Aspekte dieser Aufgabenstellung.

Einblicke in die Vorstellungswelt der Verantwortungsträger in Brüssel und Straßburg eröffneten das Referat von Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering, Vorsitzender der Adenauer-Stiftung und zwischen 2007 und 2010 Präsident des Europäischen Parlaments, über „Die europäische Perspektive – Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft“ sowie der Vortrag von Prof. Dr. Hans Walter Hütter zum Thema „Europa erzählen. Überlegungen zum Haus der Europäischen Geschichte“. Dieses soll in Brüssel entstehen und bereits im Sommer oder Herbst 2015 seine Pforten öffnen.

Als Direktor des Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn und gemeinsam mit dem polnischen Historiker Prof. Wlodzimierz Borodziej Leiter der Konzeptionsgruppe des künftigen Geschichtsmuseums in der EU-Hauptstadt sprach mit Hütter ein mit der Thematik eng vertrauter Wissenschaftler. Zweifel aus dem Publikum, ob das in der Öffentlichkeit und selbst unter führenden Politikern weitgehend unbekannte Vorhaben nicht an den sehr unterschiedlichen Vorstellungen der Nationalstaaten scheitern werde, begegnete der Bonner Historiker mit der Ankündigung, es mit seinem stark forcierten Planungsstand „unumkehrbar“ machen zu wollen.

Überdies sei das Vorhaben mit seinen konzipierten 4500 Quadratmeter Dauerausstellungsfläche in der gegenwärtigen Phase „vielleicht besonders wichtig“, da sich trotz der „nach wie vor unterschiedlichen nationalen Erinnerungskulturen in Europa (...) das Gemeinsame herausstellt“. Hierbei gelte es, so der Museumsfachmann, bekannte Fakten in einen neuartigen Nationen übergreifend Raumbezug einzufügen. Das Massenphänomen von Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert sei in diesem Zusammenhang ebenso als „konstitutives Element“ zu werten wie der Gedanke nationaler Selbstbestimmung ab dem Ende des 19. Jahrhunderts oder die Idee europäischer Integration nach dem Zweiten Weltkrieg.

Auf seiner Suche nach Neuland in der Geschichtsschreibung wandte sich Hütter zwar zu Recht gegen „gewisse Kreise, für die Identitätsbildung etwas Böses“ sei, und wissenschaftliche Zirkel, in denen Protagonisten wie Aleida Assmann oder Claus Leggewie Debatten über „Identitätskonstruktionen“ führten. Und doch begab er sich bei der Skizzierung des Raumstrukturplanes des Brüsseler Hauses selbst auf hochideologisches Terrain, als klar wurde, wie sehr die Zeitgeschichte – allen voran die zwei Weltkriege, die beiden berüchtigtsten Totalitarismen des 20. Jahrhunderts und der Holocaust – das Museum zu dominieren drohen. Für die älteren und zugleich tieferen Identitätsbausteine Europas wie die griechische und römische Antike, das Christentum oder die frühe Neuzeit bleibt, daran ließ Hütter wenig Zweifel, lediglich die Funktion von Vorlagen für mehr oder weniger detaillierte Rückbezüge.

Martin Schmidt

Kontakt: Stiftung Deutsche Kultur im östlichen Europa – OKR, Cäsariusstraße 91, 53639 Königswinter, Telefon (02223) 9066011-2, www.kulturportal-west-ost.eu Haus des Terrors/TerrorHáza, 1062 Budapest, Andrássy út 60, www.terrorhaza.hu

OL-Workshop

Hannah Arendt: Rahel Varnhagen – Lebensgeschichte einer deutschen Jüdin aus der Romantik. Ein Workshop mit Peter Gottschau.

Die jüdischstämmige Hannah Arendt wurde in Hannover geboren und wuchs im ostpreußischen Königsberg auf. Im Jahr 1924 nahm sie in Berlin das Studium der Philosophie auf und studierte in Marburg, Heidelberg und Freiburg bei den bedeutendsten Denkern ihrer Zeit, wie Heidegger, Jaspers und Husserl. Als jüdische Journalistin und Schriftstellerin wurde Arendt 1937 aus Deutschland ausgebürgert. Sie wanderte 1941 in die Vereinigten Staaten aus, wo sie ihre Tätigkeit als politische Journalistin und Schriftstellerin wieder aufnahm. 1975 starb Hannah Arendt im Alter von 69 Jahren in ihrer neuen Heimat New York.

Arendts Biographie über die jüdische Schriftstellerin Rahel Varnhagen stellte sie im Jahr ihrer Ausbürgerung aus Deutschland fertig. Als „eine der außerordentlichsten und bedeutendsten Frauen der ausgehenden Goethezeit“ unterhielt Varnhagen in ihrer Geburtsstadt Berlin einen literarischen Salon, in dem nicht nur die angesehensten Literaten und Denker ihrer Zeit ein und aus gingen, sondern wo sie auch, ähnlich wie Arendt selbst, für die Emanzipation von Juden und Frauen eintrat. Im Workshop soll Rahel Varnhagen nun selbst „zu Wort“ kommen, indem ihre Meinung über das Judentum anhand von Briefen rekonstruiert und diskutiert werden soll. Philosophische Vorkenntnisse sind nicht erforderlich.

Drei Termine: Donnerstag, 24. Januar, 7. Februar, 21, Februar, jeweils 17.30 bis 19 Uhr,. Entgelt: 20 Euro/Schüler und Studenten: 15 Euro.

Vorherige Anmeldung unter a.kern@ol-lg.de oder telefonisch unter (04131) 7599515 erforderlich.

Die Spaziergänger von Sanssouci

Eine Parkführung: Fern des Touristenrummels hat der Garten Friedrichs des Großen seine ruhigen Seiten

An der Südseite des Sanssouci-Parks gilt eine andere Zeitrechnung. Während im Norden vor dem Schloss auch an kühlen Wintertagen geschäftiger Touristenbetrieb herrscht, atmet der Süden eine ländliche Entspanntheit. Eine unbekannte Seite Potsdams, die auch viel winterlichen Reiz hat.

Kleinfamilien mit modernen Kinderwagen und Studenten von der nahen Universität hinter dem Neuen Palais flanieren im südlichen Bereich von Park Sanssouci so gelassen und gemächlich, als seien sie an diesem Ort schon immer zu Hause. Auf dem gefrorenen Maschinenteich mit den Römischen Bädern als anmutiger Hintergrundkulisse kann man Schlittschuhläufer beobachten. Jahreszeiten und Epochen fließen hier auf selbstverständliche Weise ineinander.

Wir laufen gerade gemeinsam mit der Kunsthistorikerin Annette Paul einen „Lebensweg“ ab. Sie bietet private Führungen durch diesen romantisch geprägten Teil des Parks an, dessen Betreten nach wie vor keinen Eintritt kostet. Annette Pauls ausführliche Erläuterungen greifen die Geschichte eines früheren Gartendirektors der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten auf.

Der Lebensweg beginnt im Rosengarten, das verspielte Ornament steht für die Kindheit. Das dahinter liegende Schloss Charlottenhof steht als „festes Haus“ für die Erwachsenenzeit. Dessen Eingang lässt sich von der halbrunden Terrassenbank aus wie eine Theaterbühne betrachten. Bei geöffneten Türen schweift der Blick direkt nach Westen in die untergehende Sonne. Es folgt der Dichtergarten und dahinter wiederum, verkörpert durch das Skulpturenpaar „Schlaf und Tod“, das Elysium. „Die klaren Linien, die sich Schinkel und Lenné überlegt haben, sind einfach toll,“ schwärmt Annette Paul. Daran, dass die stark wachsenden Platanen das Schloss einmal auf Kleinformat schrumpfen lassen, haben sie wohl nicht gedacht. Zwischendurch zeigt sie auf die Wurzeln der Sumpfzypressen. Sie erinnern daran, dass hier einmal Sumpflandschaft war.



Fernweh beim Gassi gehen: Das Chinesische Haus im Rehgarten wurde zwischen 1754 und 1764 erbaut Bild: Bernd Kröger/SPSG

Annette Paul gehört zu den vielseitigen Menschen, die diese Gegend schätzen und neu gestalten. Sie studierte Kunst, Schauspiel und Restaurierung in Dresden, ehe sie vor sieben Jahren mit ihrem „Westmann“, wie sie ihn bezeichnet, und zwei Töchtern in die südlich an den Park grenzende Brandenburger Vorstadt zog. In einem Eckhaus an der Carl-von-Ossietzky-Straße, die eine der kinderreichsten Straßen Deutschlands sein soll, eröffnete sie das „Atelier Gülden“. Hinter den großen Fenstern mit schnörkeliger Goldschrift veranstaltet sie eigene Kunstausstellungen, zurzeit sind ihre Entwürfe für ein Kinderbuch über Park Sanssouci zu sehen. Außerdem führt sie als Schlossdame „Editha“ durch Schloss Sanssouci. „Ich liebe diese Pracht. Schade, dass in den Schlössern keine Kerzen mehr angezündet werden dürfen“, sagt sie. Paul trägt den Zauber weiter. An dem Potsdamer Landtagsneubau wird einmal ihr Kunstobjekt, die Inschrift „Ceci n'est pas un château“ hängen. In ihrem Veranstaltungsangebot „Cultureuse Pompeuse“ bietet sie recht opulente „Mustermutti“-Schultüten und „Prinzessinnengeburtstage“ mit Schatzsuche im Park an.

> Der Kater Serrano hat hier sein Revier und hilft seinem Frauchen bei der Verbrecherjagd

In diesem Potsdamer Stadtteil, in der Gründerzeit als Beamtensiedlung angelegt, liegen die kleinen Vorgärten wohl geordnet, immer mehr der Jugendstilfassaden werden renoviert, und die Mieten steigen kontinuierlich. „Bald haben wir Münchner Verhältnisse hier“, sagt Annette Paul. In nur 20 beziehungsweise 30 Minuten sind die Berliner Zentren West und Ost mit der Bahn von der nahen Station „Charlottenhof“ aus erreichbar. Viele ökobewusste Bildungsbürger um die Vierzig wohnen hier. Zu ihren bevorzugten Restaurants gehört das aparte „Quendel“ mit regional gestalteter Küche gegenüber dem „Affengang“, dem schmalen Weg in die Parkanlagen an der Lennéstraße.

Eine ganz andere Atmosphäre entfaltet sich in der „Waschbar“ an der Geschwister-Scholl-Straße, einem Waschsalon mit integriertem Café im 70er-Jahre-Retro-Flair. Während drinnen die Waschmaschinen – alle mit Namen versehen – und draußen die Straßenbahnen rumpeln, bringt ein freundlicher Rocker Cappuccinos an die Tische junger Mütter, alter und junger Laptopnutzer und Zeitungsleser. Die Brandenburger Vorstadt bietet viele Szenerien. Hier, vor den Toren Sanssoucis, lebt auch die Autorin Christine Anlauff. In ihrer preisgekrönten, mit „Katzengold“ begonnenen Kriminalreihe lässt sie den schlauen Kater Serrano rund um die veränderungswilligen Bewohner ermitteln. Sie sagt: „Nie habe ich ein derart besonderes Viertel erlebt.“

Dorothee Tackmann

Bäume für die Welt

Ein Dreikäsehoch aus Bayern startete ein weltweites Umweltprojekt: »Pflanzen für den Planeten«

Es ist wirklich erstaunlich, was der erst 14-jährige Felix Finkbeiner aus Pähl bei Starnberg mit seiner Initiative „Plant for the Planet“ bisher schon erreicht hat. 2007 entwarf der damals neunjährige Schüler in einem Schulreferat über den Klimawandel die Vision, dass Kinder nach dem Vorbild der kenianischen Friedensnobelpreisträgerin Wangari Maathai Bäume pflanzen sollen, in jedem Land der Erde eine Million. Denn es sind die Kinder, die später einmal

> »Hört auf zu reden, fangt an zu pflanzen«

mit den Folgen eines möglichen Klimawandels konfrontiert sein werden, während die Hauptverantwortlichen für den CO_2-Ausstoß, also Politiker und Manager, davon nicht mehr betroffen sein werden, weil sie dann nicht mehr leben. Falls die These von den weltweit ansteigenden Temperaturen stimmt, ist als Ursache dafür die voranschreitende Entwaldung ausgemacht – in den Tropen ebenso wie in den gemäßigten Breiten. Aber auch die Klimaskeptiker, die natürliche Schwankungen als Ursache für den Temperaturanstieg in Betracht ziehen, sind über die fortschreitende Zerstörung der Wälder durch Kahlschlag besorgt. Bäume sorgen für CO_2-Abbau.

Felix hielt sein Referat auch in Nachbarschulen. Tatsächlich begannen die Schüler kurz darauf, Bäume zu pflanzen. Sie gründeten die Initiative „Plant for the Planet“ und konnten sogar Klaus Töpfer, den ehemaligen Bundesumweltminister und UNEP-Vorsitzenden (United Nations Environment Programme – Umweltprogramm der Vereinten Nationen), als Schirmherrn gewinnen. Felix selbst wurde als Mitglied in das UNEP-Juniorgremium aufgenommen.



Kleiner Umweltengel: Felix Finkbeiner bei einer Aktion in Hamburg Bild: Angela Warmuth dpa/lno

Zwei Jahre später hielt er wieder einmal ein Referat, diesmal auf einer Kinder- und Jugendkonferenz in Daejeon, Südkorea. Dabei fragte er die Teilnehmer, wer bereit sei, eine Million Bäume in seinem Heimatland zu pflanzen. Daraufhin kamen mehrere hundert Kinder aus 56 Ländern zu ihm auf die Bühne und versprachen, sich für dieses Ziel einzusetzen. Seither hat sich die Schülerinitiative „Plant for the Planet“ zu einer globalen Bewegung entwickelt, der Kinder und Erwachsene angehören. Ihre Kampagne „Stop talking. Start planting“ (Hört auf zu reden, fangt an zu pflanzen) wird von Prominenten wie Peter Maffay und dem bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer unterstützt. Am 31. Januar 2010 wurde die „Plant for the Planet“-Foundation errichtet. Den millionsten Baum in Deutschland pflanzten die Kinder mit Umweltministern aus aller Welt im Mai 2010 auf dem Petersberg bei Bonn; und so soll es weitergehen.

Die Baumpflanzaktionen in verschiedenen Ländern werden durch Spenden und neuerdings auch durch das Projekt „Die gute Schokolade“ finanziert. Dabei handelt es sich um umweltschonend hergestellte Schokolade,

> Schon Millionen Bäume angepflanzt

deren Produktion Kleinbauern in Drittweltländern ein angemessenes Einkommen sichert. Die Schokolade wird in den Läden verschiedener Großhandelsketten angeboten. Inzwischen ist die Bewegung „Plant for the Planet“ in 72 Ländern vertreten. Ihre Ziele werden von der UNEP unterstützt. Zwar haben die verantwortlichen Politiker auf den internationalen Klimakonferenzen Felix und seine engagierten jungen Mitstreiter angehört, doch inwieweit deren Bitten und Warnungen bei den verantwortlichen Umweltpolitikern schon etwas bewirkt haben, ist noch ungewiss.

Dagmar Jestrzemski

Sibirische »Saukälte«

Laut sibirischer Messlatte sind 4000 Rubel kein Lohn, 4000 Kilometer keine Entfernung, 40 Prozent kein Wodka und 40 Grad kein Frost. Letzteres gilt vor allem im laufenden Winter, da ein verfrühter Eiseshauch aus dem Polarmeer die Temperaturen drastisch senkte. In Moskau wären um diese Jahreszeit minus drei Grad üblich, doch wurde mit minus 30 Grad fast der Kälterekord von 2006 eingestellt.

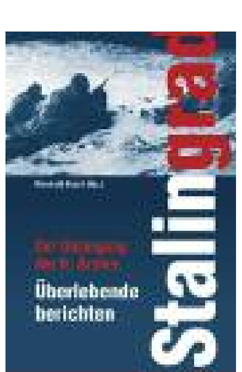
Nur der frühe Wintereinbruch stört die Russen, denen generell ein echter Winter willkommen ist. Den echten Härtefall kann man aber derzeit schon seit Wochen im sibirischen Krasnojarsk erleben. In der am Fluss Jenisej und an der Transsibirischen Eisenbahn gelegen Millionenstadt, wo sommers plus 38 Grad herrschen, was bei Windstille wegen Industrieabgasen lästig ist, winters aber minus 48 Grad, die sprachlich längst eingemeindet sind: „Saukälte“ ist eine altslavische „stuscha“. Und ein Raureif, der alle Bäume mit Väterchen-Frost-Bärten versieht, ist eine „kuchta“, sehr beliebt bei Modefotografen auf der Jenisej-Insel. Mühe verursacht mitunter der „kurschak“, die meterdicke Schneedecke.

Anderswo in Sibirien riefen Behörden nach über 100 Kältetoten den Notstand aus, in Krasnojarsk tragen Mädchen noch Miniröckchen und Frauen hochhackige Schuhe. Erstmals seit Jahren muss keiner in Pelz und Filzstiefeln in eisigen Wohnungen bibbern, denn Strom, Fernheizung und Gaszufuhr funktionieren. Dank zweier Kraftwerke friert der Jenisej nicht zu, was die russische Leidenschaft fürs Eisangeln behindert. Der Verkehr bewegt sich fast ohne Staus, weil nur wenige Autos liegenbleiben. Pkw-Motoren müssen kaum noch die ganze Nacht laufen, weil sie am Morgen sonst nicht anspringen würden. Garagen werden beheizt, Autos über der Lüftung von Supermärkten geparkt oder mit Standheizungen versehen, wofür findige Händler bei zugefrorenen Pkw mit Visitenkarten werben. Die Behörden raten, auf Busse umzusteigen, zumal kommunale und private Linien fahrplanmäßig fahren. Der Frost hat überhaupt unerwartete Arbeitsmöglichkeiten geschaffen, etwa für Kosaken, die durch private Siedlungen und Gärten reiten, um Einbrecher oder Obdachlose zu verscheuchen. Das erleichtert der Polizei den Dienst, die sich eher und besser um Betrunkene oder Erfrorene kümmern kann.

Wobei solche Ärmsten in Krasnojarsk selten sind, denn hier haben sich alle Lebewesen der Kälte angepasst, bis hin zu den Giraffen im städtischen Zoo. Kinder sitzen Jahr für Jahr bei plus fünf Grad in der Schule, mit dikker Jacke und Pelzmütze. Erwachsene arbeiten frostunempfindlich, etwa als Bauarbeiter in Nachtschicht oder Verkäufer an Marktständen, alte Babuschkas bieten an Ecken Sauerkraut und Tee feil, selbst die „Gastarbajtery“ vom „Chinesischen Handelszentrum“ sind längst winterhart. Pech haben nur ein paar Usbeken, die in Fußgängerunterführungen bei kleinen Feuerchen überwintern müssen.

„Russland, dieses schöne Reich, / würde mir vielleicht behagen, / doch im Winter könnte ich / dort die Knute nicht ertragen“, spöttelte 1840 Heinrich Heine. Diese mit Metallstücken verschärfte Lederpeitsche könnte auch im Hochsommer niemand ertragen. Und trotzdem – in modernen beheizten Zeiten haben russische Winter viel von ihrem früheren Schrekken verloren – quod erat demonstrandum in Krasnojarsk.

Wolf Oschlies



Von Hitler geopfert

Stalingrad-Soldaten erzählen

Vor 70 Jahren geschah die Tragödie von Stalingrad. In dem Buch „Stalingrad. Der Untergang der 6. Armee. Überlebende berichten“ schildern über 50 Zeitzeugen ihre Erlebnisse, die in zutiefst erschütternder Weise das Geschehen dort ab Herbst 1942 widerspiegeln. Noch nach der Einkesselung der Stadt herrschte durchweg Optimismus, als viele Soldaten die Ansicht vertraten: „Der Führer wird uns hier schon wieder heraushauen!“ Das änderte sich indes Ende November, als die versprochene Befreiung ausblieb und die 6. Armee ihrem Schicksal preisgegeben wurde. Ein in dem Buch zitierter Unteroffizier Arthur Krüger beschrieb die Situation mit den Worten: „Vollkommen verlaust und verdreckt leben wir wie die Ratten in unseren Löchern.“ An seinen damaligen Zustand erinnert sich ein Reserve-Offizier-Bewerber: „Abgemagert, schon seit langer Zeit nicht mehr gewaschen, das (verwundete) Bein auf einer Schiene festgebunden und voller Läuse. Die Verbände waren aus Krepppapier. Medikamente gab es nicht.“

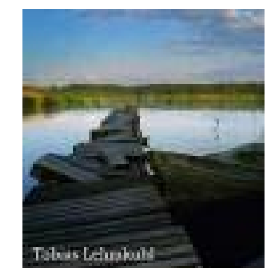
Ende Dezember wurde er ausgeflogen. Einen Monat später transportierte die letzte Maschine aus den Kessel einen Hauptmann, von dem der Autor wusste: „Er hatte wochenlang bis 25 Grad Kälte in einem selbst ausgehobenen Erdloch zugebracht, war völlig verdreckt und hatte fast nichts mehr zu essen.“ Die Lage in Stalingrad Anfang Januar 1943 sah der Leutnant Gottfried von Bismarck wie folgt: „Keine Möglichkeit, sich notdürftig aufzuwärmen, keine Überlebenschance für Verwundete, kaum Munition, keine Waffen zur Abwehr russischer Panzer. Es bleibt ein Wunder, dass die Truppe unter diesen Umständen überhaupt noch bereit war zu kämpfen!“ Der Flak-Soldat Ecker war nur einer von sehr vielen, der ganz offen seine Verbitterung äußerte über Hitlers Befehl, die Ruinenstadt bis zur letzten Patrone zu verteidigen: „Wir hatten längst erkannt, welches Spiel man mit uns trieb. Einer Prestigefrage opferte man bedenkenlos eine ganze Armee.“ Es sei überaus makaber gewesen, die eigene Grabrede zu hören, resignierte ein weiterer Zeitzeuge; er meinte die Rede Görings, der die Soldaten in Stalingrad mit den Spartanern verglich, die bewusst ihr Leben opferten, um den Feind aufzuhalten: „Man hatte uns endgültig abgeschrieben.“ Falls er jemals wieder nach Deutschland käme, so hörte der Feldwebel Hans Krumfuß einen sterbenden Kameraden rufen, „sage allen wie schmählich eine ganze Armee geopfert wurde, nur weil gewisse höhere Offiziere der deutschen Armee Befehle eines österreichischen Gefreiten höher achteten als das Leben von 100 000 Menschen“!

> Wer erfor, starb still und leise

Unvergessen blieb für Oberleutnant Hoffmann besonders sein 120 Kilometer langer Weg in die Gefangenschaft, auf dem oft alle zehn Meter 15 bis 20 deutsche Soldaten lagen, die erfroren liegen geblieben oder erschossen worden waren. Mit großer Erschütterung entnimmt der Leser einen Bericht aus einem Gefangenenlager, der absolut keine Ausnahme darstellt: „Bis Mitte Mai verhungerten oder erfroren in allen drei Lagern 45 000 Gefangene. Keinen hörte man jammern, stöhnen oder irgendwie schreien, alle schliefen aus Schwäche ein, erfroren oder verhungerten.“ Einer der Überlebenden resümiert: „Es waren die vielen, vielen Tausenden von Vermissten, deren Namen noch nach zwölf Jahren in Friedland auf von deren Angehörigen getragenen Tafeln erscheinen ‚Wer kennt …?‘“

Friedrich-Wilhelm Schlomann

***Reinhold Busch: „Stalingrad. Der Untergang der 6. Armee. Überlebende berichten“**, Ares-Verlag, Graz 2012, gebunden, 470 Seiten, 24,90 Euro*



Das Sylt der Warschauer?

Autor liefert relativ realistische Bestandsaufnahme von Masuren

Zu den Sehnsuchtsorten der Deutschen gehören nicht nur Länder und Landschaften am Mittelmeer. Auch Ostpreußen gehörte und gehört dazu, und hier besonders die im südlichen Landesteil gelegene Wald- und Seenlandschaft Masuren. Autoren wie Ernst Wiechert, Alfred Döblin, Siegfried Lenz und Arno Surmin-ski haben sie beschrieben, und für Reisebüros ist der Masuren-Tourismus heute ein einträgliches Geschäft.

Der in Berlin lebende Journalist und Kritiker Tobias Lehmkuhl, Jahrgang 1976, wollte es genauer wissen. Er hat einen ganzen Sommer in Masuren verbracht und darüber einen anschaulichen Erfahrungsbericht veröffentlicht. Gut vorbereitet durch Berichte aus früherer (noch deutscher) Zeit, versehen mit Karten und bereit, manche Widrigkeit klaglos hinzunehmen, hat er das Land durchlaufen, mit Bus und Bahn erfahren und – was sich bei dem Wasserreichtum der Region anbot – erpaddelt. Er startete im Osterode [Ostróda], fuhr durch fast alle bekannteren Orte wie Arys, Lyck, Ortelsburg und Allenstein bis hoch an die russische Grenze und erlebte dabei sowohl das heutige Alltagsleben als auch Spuren deutscher Vergangenheit.

Seine Reaktion darauf ist ganz unterschiedlich. Eine gewisse Enttäuschung klingt an bei der Schilderung der meist nur kleinen Städte und der vielen Ortschaften, durch die der Autor kommt. Er gesteht es sich selbst ein: Bei den heftigen Kämpfen 1945 waren viele Orte bis auf den Grund zerstört worden; nach dem Krieg wurden sie ohne große architektonische Ansprüche nur notdürftig wieder aufgebaut, so dass noch heute viele Marktplätze öde und leer wirken. Masuren war ohnehin ein armes Land, abgesehen von seinen Naturschönheiten hatte es wenig zu bieten. Der wenig schmeichelhafte Spruch noch aus deutscher Zeit: „Wo sich aufhört die Kultur, da sich anfängt der Masur“ gilt für den Reisenden vielfach noch heute.

> Viele Orte wurden 1945 bis auf den Grund zerstört

Ohne Nostalgie, doch mit Anteilnahme erlebt er die Zeugnisse aus deutscher Zeit. Lehmkuhl berichtet ausführlich über das Geschlecht der Dönhoffs und deren Stammsitz Schloss Friedrichstein sowie über die Lehndorffs in Steinort, erinnert an den in Neidenburg geborenen, später zu einer europäischen Größe aufgestiegenen Eisenbahntycoon und Spekulanten Bethel Henry Strousberg und besucht das Gelände von Tannenberg und die Reste der Wolfsschanze.

Zunehmend animiert aber ist der Autor dann doch von den Naturschönheiten des Landes. Eine Paddeltour durch die Kruttina, eine etwa hundert Kilometer lange Wasserstraße quer durch Masuren, angeblich eine der großartigsten in ganz Europa, hat es dem Autor besonders angetan: „Es gab auch Muscheln am Grund, Millionen Muscheln. Und Fische, ganze Schwärme. Graureiher sah ich, Kormorane und allerlei Entenartiges. Die Ufer waren dicht bewaldet, an den Flüssen standen die Bäume wie dunkle Soldaten Spalier.“

Gleichwohl spürt der Leser eine gewisse Ernüchterung; so ganz will sich das – vielleicht erhoffte - Sehnsuchtserlebnis Masuren nicht einstellen. Die stimmungsvollsten Partien des Buches sind denn auch Zitate der genannten deutschen Schriftsteller, die sich von unberührter Natur und einfachem Leben (so der berühmte Buchtitel Ernst Wiecherts) berühren ließen. Heute sei Polen langweilig, hört der Autor eine Frau sagen, und Masuren sei für die Warschauer ein bisschen wie Sylt für die Hamburger. Viele, vor allem junge Menschen, ziehen weg, das Land lebt hauptsächlich vom Tourismus (sehr stark vom deutschen „Heimwehtourismus“), der nur in den kurzen Sommermonaten gewinnbringend ist. So erlebt man keine Verklärung, sondern eine realistische Bestandsaufnahme, die nicht desillusioniert, aber auch keine heile Welt vorspielt.

Dirk Klose

***Tobias Lehmkuhl: „Land ohne Eile. Ein Sommer in Masuren“**, Rowohlt Berlin, Berlin 2012, gebunden, 224 Seiten, 17,95 Euro*

Doch nicht alles Unmenschen?

Heeresrichter behauptet, dass humane Urteile bedingt möglich waren

Das Tagebuch „‚Man hat es kommen sehen und ist doch erschüttert‘. Das Kriegstagebuch eines deutschen Heeresrichters 1944/1945“ bietet nichts sensationell Neues, und doch ist die Lektüre sehr aufschlussreich. Im Verlaufe von Jahrzehnten hat der Verfasser dieser Zeilen hunderte Rezensionen verfasst, ohne je auf einen so krassen Widerspruch zwischen Vorwort und authentischem Text zu stoßen.

Das Tagebuch beginnt mit dem 28. März 1944 und endet mit dem 7. Juni des folgenden Jahres, also kurz nach Kriegsende. Im Mittelpunkt steht nicht der private oder dienstliche Alltag des Autors Werner Otto Müller-Hill, auch nicht dessen Familie. Von all dem erfährt der Leser wenig. Im Ersten Weltkrieg diente Müller-Hill als Kriegsrichter, in der Weimarer Republik arbeitete er als Anwalt. Den Nationalsozialisten stand er distanziert gegenüber und trat nicht in die NSDAP ein, meldete sich aber bei Kriegsbeginn 1939 bei der Wehrmacht als Heeresrichter, nach 1945 war er als Staatsanwalt tätig. Typisch sind Betrachtungen des Tagebuchschreibers wie: „Konnte eine denkende Führung überhaupt einen Krieg wünschen, nachdem der größte Teil ihres Programms in außenpolitischer Hinsicht … erreicht war?“ „Und das Volk? Es tut still seine Pflicht, ob Arbeiter oder Soldat. Und wer muckst, verliert den Kopf.“

Doch dazwischen stehen jene Passagen, die aufhorchen lassen: „Ich bin glücklich, dass bei unserem kriegsgerichtlichen Betrieb noch Recht gewährt werden kann. Bei schwersten Fällen von Fahnenflucht mit verbrecherischer Betätigung sind schwere Strafen nicht zu vermeiden, aber folgender Fall beweist, dass die normalen Kriegsgerichte ihre Unabhängigkeit doch mit Entschiedenheit bewahren.“ Dann schildert er einen Fall, wo der Täter zu 15 Jahren Zuchthaus wegen Fahnenflucht und Beihilfe zur Fahnenflucht in mehreren Fällen verurteilt worden ist. Zweimal wurde das Urteil als zu milde angefochten. Und zweimal wurde es bestätigt – von insgesamt drei verschiedenen Spruchkörpern!

„Über die Heeresrichter könnte man wohl Essays schreiben. Es gibt darunter ausgesprochenen Blutrichter … Diese Herren sind eine absolute Plage … Es gibt noch viele anständige Menschen, besonders in der Armee.“ „Auch im Strafmaß bremste ich so gut dies ging und hatte – zu Ehren der vielen Generäle, denen ich vorzutragen hatte, sei es gesagt – im allgemeinen immer Erfolg.“

Dem entgegen heißt es im Vorwort von Wolfram Wette: „Das Bundessozialgericht sprach 1991 der NS-Militärjustiz die rechtsstaatliche Qualität ab und bezeichnete diese Institution des Dritten Reiches als ‚terroristisch und ‚verbrecherisch‘.“

Welches Urteil ist richtig? Müller-Hill spricht aus eigener Erfahrung. Seine kritische Distanz den Mächtigen gegenüber machen jede Schönfärberei unwahrscheinlich. Die Richter des Bundessozialgerichts hingegen folgen einem Trend, der dazu neigt, das Bild der Deutschen, die unter Hitler lebten, zu verfinstern, und zwar ohne Rücksicht auf die Zeitzeugen, auch wenn sie, wie die betroffenen Juden, über jeden Zweifel erhaben sind. Und so betrachtet sind Müller-Hills Aufzeichnungen von zeitlosem Wert, geeignet, die Judikatur des obersten Gerichts in sozialen Fragen zu revidieren.

Konrad Löw

***Werner Otto Müller-Hill: „‚Man hat es kommen sehen und ist doch erschüttert‘. Das Kriegstagebuch eines deutschen Heeresrichters 1944/1945“**, Siedler Verlag, München 2012, 176 Seiten, 19,99 Euro*

Gezieltere Kritik wäre mehr gewesen

Wirtschaftsjournalistin warnt vor der Abzocke bei Versicherungsunternehmen

Kritik, da wo sie angebracht ist, sollte nicht verschwiegen werden, denn nur so kann sich etwas zum Besseren verändern. Manchmal wird Kritik aber derart übertrieben, dass der durchaus berechtigte Anteil im Wust der ganzen Nörgelei untergeht und an Durchschlagskraft verliert. So ist es auch bei „Die Angstmacher. Wie uns die Versicherungswirtschaft abzockt“ aus der Feder der Wirtschaftsjournalistin Anja Krüger.

Krüger kritisiert ganz zu recht, dass Versicherungen mit ihrem Kleingedruckten ihre Kunden bewusst hinters Licht führen. So musste die Verfasserin dieser Zeilen vor Kurzem feststellen, dass ihre teure Rechtschutzversicherung nicht bei Streitfragen zum Baurecht oder bei juristischen Auseinandersetzungen mit Banken zahlt. Und so realisieren viele Versicherte erst in dem Moment, wenn für sie eine Versicherung zahlen soll, dass genau ihr Schaden nicht versichert ist. Krüger nennt in ihrem Buch zum Beispiel die Kollision eines Autos mit einem Reh oder einem Hund. Beim Reh zahlen alle Versicherungen den Schaden, beim Hund nur,

> Sogar Nazi-Keule wird rausgeholt

wenn es im Kleingedruckten erwähnt wird, da ein Hund kein Wild ist und nur bei Wildunfällen standardmäßig gezahlt wird. Daher schlägt die Autorin vor, in Deutschland vom Prinzip der benannten Gefahren zur Allgefahrendeckung überzugehen. Dass das aber zur Folge hat, dass die Policen damit deutlich teuer werden und sich im Grunde ja nicht jeder gegen alles versichern muss, da nicht jeder den gleichen Gefahren im gleichen Maße ausgesetzt ist, erwähnt sie nicht.

Ihre Kritik an hohen Provisionen für Versicherungsverkäufer ist zwar angebracht, doch nervt es, wenn sie dann die durch Schlagzeilen bereits bekannten Lustreisen für Versicherungsverkäufer lustvoll ausbreitet. Es handelt sich hier zwar um spektakuläre Fälle, doch sind es eben Einzelfälle.

Völlig fehl am Platze ist es, dass sie den Versicherern vorwirft, sie würden Angst schüren, indem sie in ihrer Werbung mögliche Kunden auf Gefahren hinweisen. Hier erwähnt Krüger die „Versorgungslücke“ als für sie besonders prägnantes Beispiel. Ja, natürlich, verdienen Versicherer am Verkauf von Rentenversicherungen, aber es gibt diese „Versorgungslücke“ wirklich. Zwar gibt es auch Versicherungen, die der Durchschnittsverbraucher nicht benötigt, aber das muss jeder für sich selbst entscheiden. Versicherte sind keine blöden Schafe, gewisse Entscheidungen können sie durchaus selber treffen, auch wenn Krügers Kritik am im Fachchinesisch verfassten Kleingedruckten hier wieder zum Tragen kommt. Selbst der aufgeklärte Kunde kann nur darüber selbstbestimmt entscheiden, was er versteht.

Besonders ärgerlich ist es, wenn Krüger als Argument, um zu verdeutlichen, dass Versicherer alle böse sind, die NS-Vergangenheit der Allianz anführt. Und auch manche der Fälle, bei denen Versicherte nach Schadensfällen kein Geld von der Versicherung erhielten, drücken zu sehr auf die Tränendrüse. Hingegen sind manche der Details über die Unternehmen durchaus neu und interessant. Leider erwähnt Krüger nicht, was eine Welt ohne die „bösen“ Versicherer wäre. Dann nämlich würde

> Diskriminierung der Geschlechter?

jeder KfZ-Unfall, jeder Hausbrand, jede Berufsunfähigkeit und jeder Todesfall Menschen in arge finanzielle Bedrängnis bringen.

Welch Geistes Kind die Autorin ist, erfährt man spätestens am Ende des Buches, wenn sie betont, dass die Politik in Deutschland zwar wegen der starken Versicherungslobby in Berlin nicht willens sei, dem Verbraucher gesetzlich entgegenzukommen, sie aber auf die EU hoffe. Diese hätte mit dem Ende der „Geschlechterdiskriminierung“ bei Versicherungen dem Verbraucher einen Gefallen getan. Es ist doch absoluter Blödsinn, den Umstand, dass Frauen statistisch länger leben und somit länger Rente beziehen, was die Beiträge für eine Rentenversicherung logischerweise teurer macht, als „Geschlechterdiskriminierung“ zu bezeichnen. Es ist schließlich Aufgabe von Versicherern, Risiken einzuschätzen und anhand derer die Preise für die Policen zu berechnen, aber die EU nennt das „Geschlechterdiskriminierung“. In diesem Fall kann man durchaus mal Mitleid mit den Versicherungen haben – und mit den Versicherten, die die Mehrkosten derartig ideologischer Auswüchse über höhere Beiträge zu bezahlen haben.

Rebecca Bellano

***Anja Krüger: „Die Angstmacher. Wie uns die Versicherungswirtschaft abzockt“**, Lübbe, Köln 2012, geb., 303 Seiten, 16,99 Euro*

Pro Patria, Märsche und Lieder

1) Gaudeamus igitur 2:18 2) Kein schöner Land 1:26
3) Die Wacht am Rhein 4:16
4) Fehrbelliner Reitermarsch 2:29
5) Lied der Franken 2:09
6) Alte Kameraden 3:03
7) Siebenbürgenmarsch 3:19
8) Der Coburger 3:24
9) Des Großen Kurfürsten Reitermarsch 3:31
10) Fanfare und Marsch der Pappenheimer Reiter 2:44
11) Präsentiermarsch Friedrich Wilhelm III. 1:48
12) Freiheit, die ich meine 2:17
13) Ich hab mich ergeben 1:19
14) Ich hatt einen Kameraden 4:02
15) Kreuzritter-Fanfare 2:07
16) Regimentsgruß 1:58, 17) Geschwindmarsch 1:52
18) Helenenmarsch 2:12,
19) Marsch aus Petersburg 2:14
20) Schwedischer Kriegsmarsch 1:59
21) Althessischer Reitermarsch 2:13
22) Parademarsch der Langen Kerls 2:16
23) Der große Zapfenstreich 11:32
24) Lied der Deutschen 3:09, Gesamtspielzeit: 69:52
Mario Lanza, Tenor, Heeresmusikkorps 300 Koblenz unter OTL Georg Czerner, Heeresmusikkorps 12 Veitshöchheim unter Major Volker Wörrlein, Deutsche Chorgemeinschaften, Best.-Nr.: 7206

CD € 17,95



Der Deutsche Osten
in alten Bildern
Eine einzigartige filmische Reise
Laufzeit: ca. 65 min.
Best.-Nr.: 7207, € 9,95





Sommer in Ostpreußen 1942
In einem Bonus-Interview kommt der Erzähler Arno Surminski zu Wort.
Laufzeit: 56 Minuten + 15 Minuten Bonusfilm,
Best.-Nr.: 6981, € 14,95

Januarangebot gültig bis 31. 01. 2013



Zogen einst fünf wilde Schwäne

24 Lieder aus Ostpreußen

Die vorliegende CD mit einer Auswahl der schönsten ostpreußischen Lieder schließt eine schon lange vorhandene Lücke. Kunstlied- bzw. sinfoniegewohnte Berufsmusiker, stellten ihre künstlerische Konzerterfahrung in den anspruchsvollen Dienst der Darstellung des vorliegenden Liedgutes, und zwar mit einer Hingabe, die in diesem Ausmaß überraschend und für den Wert der Musik wohl bezeichnend war.

Lieder: 1. Ännchen von Tharau, 2. Die Erde braucht Regen, 3. Sag, wohin fährst du, 4. Hab' ein Gärtlein, 5. Reiter, schmuck und fein, 6. Das Feld ist weiß, 7. Wir kommen herein, 8. Leute, steht auf, 9. Ach, Voader, leewste Voader, 10. Ging ein Weiblein Nüsse schütteln, 11. Es dunkelt schon in der Heide, 12. all nach Hause gehen, 14, Zeit zu gehen ist's, 15. Zogen einst fünf wilde Schwäne, 16. An des Haffes anderem Strand, 17. 0 käm das Morgenrot herauf, 18. Et wär emoal twee Schwestre jung, 19. Es stand am Ran ein Hirtenkind, u.v.m.

Best.-Nr.: 6934
Hörproben finden Sie auf meiner Internetseite



statt € 12,95 nur € 9,95



Alfred M. de Zayas
Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts

Dokumentation alliierter Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts wurde 1939 mit der Aufgabe eingerichtet, völkerrechtswidrige Handlungen der Kriegsgegner Deutschlands zu dokumentieren. Die Unterlagen dienten juristischen und diplomatischen Stellen des NS-Staates zur Erstellung von Weißbüchern, Protestschreiben und Anklagen gegen Kriegsgefangene.

Professor Alfred M. de Zayas hat als erster die 226 erhaltenen Aktenbände ausgewertet. Diese Akten befinden sich im Bundesarchiv – Militärarchiv – Freiburg im Breisgau. Ausländische Archive wurden auch konsultiert, um die Zuverlässigkeit der deutschen Akten zu verifizieren. Mehr als 300 ehemalige Militärrichter und Zeugen wurden persönlich aufgesucht und mit ihren damaligen Ermittlungen und Aussagen konfrontiert.

Dieses Buch legt zugleich eine behördengeschichtliche und völkerrechtliche Studie vor: Im ersten Teil untersucht de Zayas die Glaubwürdigkeit der Institution und des Aktenkorpus, im zweiten Teil schildert er anhand ausgewählter Fälle die Vorgehensweise und die Ergebnisse der Untersuchungsstelle: Schwere Kriegsverbrechen der alliierten Kriegsgegner werden dokumentiert.

Geb., 508 Seiten + 32 Seiten mit Fotos und Dokumenten, 8. erweiterte Neuauflage
Best.-Nr.: 2335

€ 29,80

Joachim Albrecht
Katjuscha und ihre Folgen
Königsberg im Januar 1945
Rettungsschiff Wullenwever
Kart., 257 Seiten
Best.-Nr.: 7196, € 14,80

Heimatklänge aus Ostpreußen

Lieder, Gedichte und Schmunzelgeschichten mit Agnes Miegel, Marion Lindt, Ruth Geede und Dr. Alfred Lau

Mit dem Ostpreußenlied

Die schönsten Lieder und Tänze aus der alten deutschen Provinz Ostpreußen verbinden sich auf diesem Tonträger mit wunderbaren Schmunzelgeschichten in ostpreußischem Dialekt, mit humorvollen Vertellkes und nostalgisch-wehmütigen Gedichten zu einem unvergeßlichen Reigen aus ostpreußischen Heimatklängen. Für viele Ostpreußen ist dieses Hörerlebnis eine akustische Wiederbegegnung mit unvergessenen Interpreten wie Marion Lindt, Ruth Geede und dem gebürtigen Insterburger Dr. Alfred Lau. Und auch die Stimme Agnes Miegels, der Königsberger Dichterin, die von ihren Landsleuten den Ehrentitel „Mutter Ostpreußen" erhielt, ist zu hören. Mit ihrem Gedicht „Es war ein Land" gab sie dem Zauber der Erinnerung an das „Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen" den wohl schönsten lyrischen Ton.

Aus dem Inhalt: Land der dunklen Wälder – Ostpreußenlied (Brust/Hannighofer), Bergedorfer Kammerchor, 1:50, Brief an den treulosen Heinrich / Sprecherin. Marion Lindt, 2:45, Goldaper Kirmestanz (Volksweise), 0:48, De Brautschau / Sprecher: Dr. Alfred Lau, 3:07, Anke von Tharaw (Silcher / Dach), Karl-Horst Schröder, Bariton, 2:11, u.v.m

Gesamtlaufzeit: 1:17:25
Best.-Nr.: 6770

CD — statt € 12,95 nur € 9,95

PMD Preußischer Mediendienst

lesensWERT!

Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Oliver Rieckmann empfiehlt...

Jan T. Gross
Angst

Antisemitismus nach Auschwitz in Polen

Bei Pogromen gegen Juden wurden in Polen nach dem Zweiten Weltkrieg mehr als 1500 Menschen getötet. Woher kam dieser Hass? Wieso nahm der Antisemitismus derart aggressive Formen an? Jan T. Gross zeigt, wie sich der traditionelle katholische Antisemitismus durch die deutsche Besatzung radikalisierte und nach der Befreiung durch die Rote Armee fortbestand, vor allem im Glauben an einen „jüdischen Bolschewismus". Der Autor schildert die Auseinandersetzungen innerhalb der polnischen Gesellschaft um das Verhältnis zu den Juden, er zeigt detailliert, wie es 1945 und 1946 zu den großen Pogromen von Rzeszów, Krakau und Kielce kam.

Diese waren keine Erscheinungen am Rande der Gesellschaft, sondern sie fanden mit Unterstützung der Bevölkerung statt. Gross sieht im polnischen Antisemitismus ein Zeichen der „Angst": die Angst vor den Rückkehrern und nicht zuletzt die Angst, den Besitz der jüdischen Nachbarn wieder zu verlieren, den man sich unter den Deutschen angeeignet hatte.

Geb., 453 Seiten
Best.-Nr.: 7211

€ 26,95

Kurt von Tippelskirch
Geschichte des Zweiten Weltkriegs

General der Infanterie Kurt von Tippelskirch verfaßte diese grundlegende Darstellung des gesamten Kriegsverlaufs des Zweiten Weltkrieges in den Jahren 1950 bis 1951. Es war dies das erste Werk eines deutschen Generals, das die dramatischen Ereignisse in den verschiedenen Phasen des Krieges und an den unterschiedlichen Kriegsschauplätzen in einer gut lesbaren, allgemein verständlichen Form im Zusammenhang schildert. Die sachliche und nüchterne Arbeitsmethode des gelernten Generalstäblers spiegelt sich in dieser „Geschichte des zweiten Weltkrieges" wider. So entstand eine Arbeit mit einem vornehmlich darstellenden, wertungsfreien Charakter, die das Kriegsgeschehen dennoch ganz bewußt von einem deutschen Standpunkt aus beschreibt.

Geb., 896 Seiten, 10 Karten und 55 militärische Skizzen im Textteil, 10 beigelegte militärische Lagekarten
Best.-Nr.: 7210, € 49,80

Agnes Miegel
Ostpreußen - Es war ein Land...

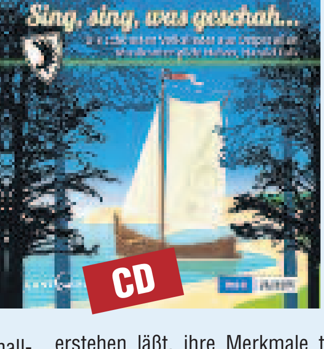
Gedichte, Balladen und Lieder der ostpreußischen Heimat
Aus einer Lesung der „Mutter Ostpreußen" - Agnes Miegel trägt ihre Gedichte vor:

1. Geläut der Silberglocke des Königsberger Domes
2. Es war ein Land (Gedicht aus „Stimme der Heimat")
3. Land der dunklen Wälder (Lied)
4. Sonnenwendreigen (Gedicht aus „Ostland")
5. Reiter schmuck und fein (Lied)
6. Mainacht (Gedicht aus „Stimme des Herzens")
7. So seht mal an mein rosa Kleid (Lied)
8. Cranz (Gedicht aus „Stimme der Heimat")
9. Ging ein Weiblein Nüsse schütteln (Lied)
10. Anke van Tahraw (Lied)
11. Heimweh (Gedicht aus „Stimme der Heimat")
12. De Oadeboar (Lied)
13. Die Frauen von Nidden (Gedicht aus „Stimme der Heimat")
14. Zogen einst fünf wilde Schwäne (Lied)
15. Abschied von Königsberg (Gedicht aus „Du aber bleibst in mir")
16. Es dunkelt schon in der Heide (Lied)
17. Trost (Gedicht aus „Du aber bleibst in mir")
18. Geläut der Silberglocke des Königsberger Domes

Laufzeit: 32 Minuten
Best.-Nr.: 1056

CD — statt € 12,95 nur € 9,95

Christel Wels
Wir hatten immer Angst
Die Kriegsschicksalsjahre der Zwillinge Christel und Alice Faust
Kart., 180 Seiten
Best.-Nr.: 7099, € 12,90



Sing, sing, was geschah

Die schönsten Volkslieder aus Ostpreußen, CD Musikantengilde Halver, Harald Falk Ostpreußen, das Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen, das Land der Elche und der Trakehner Pferde, das Land, das in unzähligen Büchern und Bildbänden seine Geschichte und seine Geschichten erzählt. Seine Lieder aber kennt man vielleicht aus dem Zupfgeigenhansl, aus dem Brummtopf, dem Liederschrein oder dem Wilden Schwan.

Als in den Jahren 1969 und 1970 die Schallplattendokumentation »Volkslieder aus den deutschen Vertreibungsgebieten« erschien, schrieb Professor Herbert Wilhelmi in den Begleittext über die Lieder aus Ostpreußen: »Der Liedergarten Ostpreußens aber ist besonders reich an Varianten, sowohl der Texte wie der Weisen. Die Daina im Memelande in ihrer transparenten Balladendichtung, die mit wenigen Strichen zeichnend ganze Lebensbilder erstehen läßt, ihre Merkmale tonaler Beziehungen zum griechischen Tonartenkreis, die Kürze der Melodieaussage, alles weist auf Urtypen des Balladengesanges hin, die im mitteleuropäischen Raume längst verklungen sind. Lieder wie ‚An des Haffes ander'm Strand', ‚O käm das Morgenrot' zeigen eine Vielfalt der Volkstemperamente von der Leidenschaft bis zur milden Heiterkeit, die diesem Volksstamme ganz besonders gut steht. Die Lieder der Masuren zeigen ähnliche Kürze in der Form. Häufig nur 6 Takte. Mehrere Lieder sind durch Liedblätter, Liederbücher in der letzten Zeit bekannter geworden, so die Abendlieder ‚Laßt uns all nach Hause gehen' oder ‚Zeit zu geh'n ist's'.

Gesamt: 66 min, 29 Lieder
Eine Produktion des Westdeutschen Rundfunks Köln, 1969 bis 1987
Best.-Nr: 7203

CD € 12,95

Die schönsten Volkslieder

Gesungen von Peter Schreier, Tenor und Theo Adam, Bariton mit dem Rundfunk- und Thomanerchor und dem Gewandhausorchester Leipzig unter der Leitung von Horst Neumann und der Dresdner Philharmonie unter der Leitung von Johannes Winkler

1 Wenn alle Brünnlein fließen; 2 Im Krug zum grünen Kranze; 3 Das Wandern ist des Müllers Lust; 4 Im Wald und auf der Heide; 5 Ein Jäger längs dem Weiher ging; 6 Mit dem Pfeil, dem Bogen; 7 Ein Jäger aus Kurpfalz; 8 Bald gras ich am Neckar; 9 Im schönsten Wiesengrunde; 10 Sah ein Knab' ein Röslein steh'n; 11 An der Saale hellem Strande; 12 Kein Feuer, keine Kohle; 13 Ach, wie ist's möglich dann; 14 Mein Mädel hat einen Rosenmund; 15 In einem kühlen Grunde; 16 Ännchen von Tharau; 17 Ade zur guten Nacht; 18 Kein schöner Land in dieser Zeit; 19 Weißt du wieviel Sternlein stehen; 20 Guten Abend, gute Nacht; 21 Der Mond ist aufgegangen

Gesamtspielzeit: 50:16 Min
Mit allen Liedertexten im Beiheft
Best.-Nr.: 6893

CD € 14,95



Das war Königsberg
Erleben Sie das unzerstörte Königsberg
Laufzeit: 30 Minuten, schwarz/ weiß- Aufnahmen von vor der Zerstörung Königsbergs
Best.-Nr.: 4470, € 19,00



statt € 19,00 nur noch € 12,95

Siegfried Henning
Krieg frisst Heimat auf
Lebenserinnerungen eines Ostpreußen, Kartoniert, 416 Seiten mit einigen schwarz-weiß Abbildungen
Best.-Nr.: 3372

Musique pour Luise
Das „Ensemble Sans Souci Berlin" unter der Leitung von Christoph Huntgeburth
Gesamte Spieldauer: 64:23 Min
Best.-Nr.: 6900, € 14,95

Preußen-Schirmmütze



Preußen-Schirmmütze
schwarze Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Adler in weiß
Best.-Nr.: 7124, € 14,95

Königsberg-Schirmmütze



Königsberg-Schirmmütze dunkelblau
Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Wappen in Farbe der Stadt Königsberg
Best.-Nr.: 7192, € 14,95



Beate Szillis-Kappelhoff
Prußen - die ersten Preußen

Geschichte und Kultur eines untergegangenen Volkes. Beate Szillis-Kappelhoff widmet sich in diesem ersten umfassenden Darstellung der Geschichte und Kultur der Prußen, jenem geheimnisvollen Volk, das dem späteren Staat Preußen seinen Namen gab.

Über viele Jahrhunderte verteidigten die Prußen, die zur baltischen Sprachfamilie gehörten, tapfer und zäh ihr Siedlungsgebiet zwischen der Weichsel und der Minge, also dem späteren West- und Ostpreußen. Schon zu Beginn des 11. Jahrhunderts hatten sich die Prußen stetig zunehmender Übergriffe der Polen zu erwehren, die eine Verbindung zur Ostsee suchten.

Als sie zu Beginn des 13. Jahrhunderts aus der reinen Verteidigung zu Vergeltungsschlägen gegen das nordpolnische, masowische Gebiet übergingen, rief der polnische Herzog Konrad von Masowien den Deutschen Orden um Hilfe. Im Laufe des 13. Jahrhunderts gelang es den Rittern des Deutschen Ordens in einem besonders brutal geführten Eroberungskrieg, die Prußen zu besiegen und schließlich zu christianisieren. Aber es dauerte noch Jahrhunderte, bis die Sprache und Kultur der Prußen durch Unterdrückung, Missionierung und Assimilation verloren gingen.

Geb., 395 Seiten, 123 Abbildungen
Best.-Nr.: 7209



€ 19,80



Manschettenknöpfe-Preußenadler





Der Preußenadler auf weißem Hintergrund, silbern umrandet, Oberfläche emailliert, Durchmesser = 20mm
Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton
Best.-Nr.: 6782, € 24,95

Ostpreußen-Seidenkrawatte

Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091

€ 19,95

PMD Preußischer Mediendienst

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mottelerstraße 7 · 04155 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12

03/13

Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 3.50*, ab einem Bestellwert von € 80.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.-Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Juncker warnt vor Weltkrieg

Luxemburg – Luxemburgs Ministerpräsident Jean-Claude Junkker hat in einer Rede vor 80 Vertretern der Presse seines Landes das Jahr 2013 mit dem Vorkriegsjahr 1913 verglichen. Wie damals glaubten heute die meisten Menschen, der Friede sei sicher. Dann sei damals der Erste Weltkrieg ausgebrochen. 2013 weise viele Parallelen zu 1913 auf, so Juncker, der auch der scheidende Chef der Euro-Gruppe ist. *H.H.*

Haft wegen Christentum

Kairo – In der ägyptischen Stadt Biba ist eine achtköpfige Familie zu 15 Jahren Haft verurteilt worden, weil sie zum Christentum übergetreten ist. Dies meldet die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM). Sieben Beamte, die der Familie 2004 bis 2006 bei den Formalitäten des Übertritts halfen, wurden demnach überdies zu fünf Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Die Mutter ist gebürtige Christin und war vor 23 Jahren wegen ihres Mannes Muslimin geworden. Nach dessen Tod wollte sie zu ihrem alten Glauben zurückkehren. *H.H.*

ZUR PERSON

Unbeugsam und kantig

Gute 75 Jahre ist er alt, aber kein bisschen leise. Doch Karl Schwarzenberg, der als Seine Durchlaucht **Karl Johannes Nepomuk Josef Norbert Friedrich Antonius Wratislaw Mena Fürst zu Schwarzenberg**, **Herzog von Krummau, gefürsteter Graf zu Sulz und Landgraf im Klettgau** 1937 in Prag das Licht der Welt erblickte, poltert dabei weniger als Václav Klaus. Vielleicht stehen seine Chancen deshalb so gut, nächster Präsident der Tschechischen Republik zu werden. Selbst bei tschechischen Rockbands und jungen Tschechen kommt der kantige, unbeugsame Außenminister und Atomkraftbefürworter gut an. Im Vergleich zu Noch-Präsident Klaus gilt Schwarzenberg aber als EU-freundlich, auch wenn er es begrüßt hätte, dass eine starke Persönlichkeit den Friedensnobelpreis statt der Institution EU bekommen hätte.

Während des Zweiten Weltkriegs bekannte sich seine Familie zur



tschechoslowakischen Republik, was sie jedoch später nicht vor den Kommunisten schützte. In Österreich fand die Familie eine neue Heimat, doch Schwarzenberg konnte nie von dem Land seiner Geburt lassen und unterstützte tschechoslowakische Oppositionelle. Nach der Wende 1989 wurde er sofort politisch aktiv und Kanzler unter Staatspräsident Václav Havel auf der Prager Burg, was der Position eines Büroleiters des Staatspräsidenten gleichkommt.

2009 mischte er die Karten in der politischen Landschaft in Prag neu, indem er die Partei TOP9, (übersetzt: Tradition, Verantwortung, Wohlstand) gründete. Neben seiner politischen Tätigkeit führt er die Geschäfte der Familie Schwarzenberg, die nach der Rückgabe ihrer Ländereien durch den tschechoslowakischen Staat nach 1989 sehr beachtlich sind. *Bel*



Zeichnung: Mohr

Demokraten

Wie uns der Staatsfunk mit Informationen überschüttet, wie Königsberg im Meer versank, und wen wir garantiert nicht unterstützen / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

So hat sich Jörg Schönenborn das nicht vorgestellt: Der WDR-Chefredakteur hatte die neue Zwangsabgabe, die seit 1. Januar jeder Haushalt an den Staatsfunk zahlen muss, als „Demokratieabgabe" zu verkaufen versucht. Statt des erhofften Beifalls hat er dafür nur Wut und Häme kassiert. Die Öffentlich-Rechtlichen machen ganz schön was mit in diesen Tagen. Völlig verdattert blicken sie auf das sonst so brave Volk und fühlen sich ungerecht behandelt.

Sie sind es doch, die die „Grundversorgung mit Informationen und Hintergründen" sicherstellen, ohne die unsere Demokratie kaum so geölt funktionieren könnte. Da brauchen sie sich nicht zu verstecken. Und in der Tat: Staunend vor so viel Hintergrund-gesättigter Informationsflut blicken wir auf das Programm der ARD an einem beliebigen Wochentag, nehmen wir den vergangenen Dienstag.

Los geht's um 5.30 Uhr mit dem „Morgenmagazin". Um 9.00 Uhr folgt die erste Sendung der „Tagesschau", die das weitere Programm noch sieben Mal unterbrechen wird. Um 9.05 Uhr sehen wir die Serie „Rote Rosen" blühen, um 9.55 Uhr stürzt uns „Das Erste" in den „Sturm der Liebe" (auch eine Serie), um uns danach ab 10.45 Uhr für eine Viertelstunde mit Informationen zu versorgen, die das Etikett „Brisant" verdienen. Dann dürfen wir für knapp zwei Stunden ans „Buffet". Danach gibt es wieder – es ist mittlerweile 14.10 Uhr – „Rote Rosen" und um 15.10 Uhr bricht abermals der „Sturm der Liebe" los.

Um 16.10 Uhr geht es zu „Nashorn, Zebra und Co." in den Zoo (heute: singende Elefanten) und eine gute Stunde später erzählt uns „Brisant, das Boulevardmagazin" Schmankerl aus dem Promi-Alltag, oder was man dort sonst unter „Boulevard" versteht. Ab 18.00 Uhr sehen wir zwei Stunden beim Handball zu, und nach der 20-Uhr-„Tagesschau" geleitet uns die Serie „Um Himmels Willen" in den Abend eines beschaulichen Fernsehtages, der erst nach einer weiteren Serie („In aller Freundschaft", 21.45 Uhr) um 21.45 Uhr zum ersten Mal ernsthaft von politischer Berichterstattung gestört wird: „Report Mainz". Es geht unter anderem um Wahlkampf, um Gerechtigkeit und um Nazis. Danach flimmern die „Tagesthemen" über den Schirm und ab 22.45 Uhr treffen sich „Menschen bei Maischberger", Thema heute Abend: „Krieg den Kilos: Wie geht schlank?"

Wem das zu seicht war, der konnte zum ZDF umschalten. Dort gab es vergangenen Dienstag gleich fünf Krimis, vier davon Serien („Soko hier", „Soko da", „Soko sonstwo") und eine „heute"-Sendung, die wirklich sensationelle Hintergründe aufdeckte, die uns die *PAZ* bislang verschwiegen hat: Königsberg ist weg, verschwunden, wie Atlantis vom Meer verschluckt. Auf der Landkarte der „heute"-Sendung im Hintergrund war deutlich zu sehen, wie zwischen Polen und Litauen nur noch Ostsee klafft, dort, wo eben noch der russische Teil von Ostpreußen lag.

> Die ARD stellt unsere Versorgung mit roten Rosen, stürmender Liebe und singenden Elefanten sicher

Na? Fühlen Sie sich versorgt? Ich meine, so richtig grundversorgt mit „Fakten und Hintergründen"? Das sollten Sie auch, denn mit ihren acht Milliarden Euro aus der 7,5-Milliarden-Zwangssteuer und den Werbeeinnahmen haben die Staatssender einen Etat zur Hand, der größer ist als die Kulturetats des Bundes, der Länder und aller Kommunen zusammengenommen und der fast so hoch liegt wie die gesamten Kirchensteuer-Einnahmen.

Einen Unterschied gibt es allerdings: Aus der Kirche können wir austreten und den Bürgermeister samt seinem Kulturdezernenten bei der nächsten Wahl zum Teufel jagen, wenn uns die Art nicht gefällt, wie sie unser Geld verschwenden. Jörg Schönenborn und seine Kollegen werden dagegen von einem „Rundfunkrat" bestellt, wo Parteien und Vertreter „gesellschaftlich relevanter Gruppen" miteinander kungeln.

Die Welt beneidet uns um diese unsere Art der Demokratie, da sind wir uns ganz sicher, weshalb sich die EU entschlossen hat, daraus einen Exportschlager zu machen. Ab sofort kümmert sich die neugegründete „Europäische Stiftung für Demokratie" (EED) um die Förderung demokratischer Bewegungen im EU-Ausland, vornehmlich in Osteuropa und Nordafrika. In den beiden Aufsichtsgremien führen sogar zwei deutsche EU-Parlamentarier den Vorsitz: Elmar Brok von der CDU und der Liberale Alexander Graf Lambsdorff.

Brok fiel vor ein paar Jahren damit auf, dass er den Iren finstere Drohungen zukommen ließ, weil sie in einer Volksabstimmung gegen den Lissabon-Vertrag gestimmt hatten. Es müsse nochmal abgestimmt werden, forderte der Christdemokrat. Und wenn ihr dann wieder falsch abstimmt, fliegt ihr aus der EU ganz raus, gab Brok den Iren auf recht deftige Art Entscheidungshilfe. Wir sehen: Der Mann hat den Respekt vor dem Volkswillen in den Genen, ein echter Vollblutdemokrat.

Die EED will auf die Erfahrungen der 1983 gegründeten US-Stiftung „National Endowment for Democracy" (NED) zurückgreifen, heißt es aus Brüssel. Diese Erfahrungen sind reichhaltig. Im Jahr nach ihrer Gründung unterstützte die NED in Panama einen Kandidaten bei der Präsidentschaftswahl namens Barletta Vallarino, eine Marionette des Chefs der Nationalgarde, Manuel Noriega, und der CIA. Als Noriega ein paar Jahre später den USA den Weiterbetrieb des berühmt-berüchtigten Militär- und Geheimdienstlagers „School of the Americas" auf panamaischem Boden untersagte, entdeckte die CIA urplötzlich, wie tief der Mann in Drogengeschäfte verwickelt war. Auf diese Ungeheuerlichkeit reagierte Washington 1989 mit der Invasion Panamas, Noriega sitzt seitdem in Haft.

Zu Haitis Präsidentenwahl 1990 kippte die NED einem ehemaligen haitianischen Weltbank-Mitarbeiter 36 Millionen Dollar in die Wahlkampfkasse. Leider erreichte er trotzdem nur zwölf Prozent. Demokratie klappt halt nicht immer auf Anhieb, das geht nicht nur den Iren so.

Wie dem auch sei: Wenn sich die europäische EED tatsächlich nach dem US-Vorbild ausrichtet, wissen wir, wohin die Reise geht. Oder nicht? Es gibt da gewiss ein paar europäische Besonderheiten, die Berücksichtigung finden werden. Man kann so demokratisch sein, wie man will: Eine Partei oder Bewegung, die durchblicken lässt, dass sie den Euro nicht für etwas ganz Wunderbares hält, wird gewiss keine Förderung erwarten dürfen. Genauso wenig „Klimaleugner" oder Unholde, die an der Frauenquote herumnörgeln. Solche Typen stellen sich schließlich „außerhalb der Zivilgesellschaft". Wer erfahren will, was innerhalb dieser ehrenwerten Gesellschaft sagbar ist und was verboten, der muss nur lange genug bei ARD und ZDF reinschauen, unseren Demokratielieferanten.

Oder einfach das Wahlprogramm der SPD abonnieren. Deren Parteichef Sigmar Gabriel kommt indes trotz des tollen Textes langsam ins Schwitzen. Die Umfragen sehen ohnehin mau aus und dann noch die peinliche Sache mit dem Berliner Flughafen BER. Doch Gabriel wäre nicht Gabriel, wenn er da keinen polemischen Ausweg fände.

An der BER-Schlappe sei Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer von der CSU schuld, klärt uns der SPD-Chef auf. Warum? Weil er die Öffentlichkeit getäuscht habe, da er schon drei Wochen vor den meisten Mitgliedern des Aufsichtsrats gewusst habe, dass der erste geplante Eröffnungstermin nicht zu halten gewesen sei. Logik? Egal.

Und dennoch genial: Wäre Ramsauer tatsächlich am Aufsichtsrats-Chef Klaus Wowereit vorbei an die Öffentlichkeit gerannt, um das Desaster zu verkünden, hätte ihm der SPD-Chef nämlich vorgehalten, durch seine Illoyalität Chaos in dem Gremium geschürt zu haben, wodurch das ganze Durcheinander erst ausgelöst worden sei. Dieser Gabriel ist einfach hinreißend dreist und durchtrieben. Daher wirkt er auch immer so seriös wie der Boss einer Schnapsschmugglerbande.

MEINUNGEN

*Der FDP-Finanzexperte **Frank Schäffler** wehrt sich im „euro-Journal" (14. Januar) gegen den Vorwurf, die **Marktwirtschaft** als System habe durch ihr **Versagen** die Euro-Krise zu verantworten:*

„Man muss feststellen, dass wir die Marktwirtschaft faktisch abgeschafft, das Haftungsprinzip außer Kraft gesetzt und zugelassen haben, dass die Banken die Staaten erpressen. Mit den europäischen Hilfen werden diese Banken dann noch größer und noch systemrelevanter und können die Staaten noch besser erpressen. Insofern hat nicht die Marktwirtschaft versagt, sondern der Staat."

*Der frühere Berliner Finanzsenator, Bundesbanker und gefeierte wie angefeindete Buchautor **Thilo Sarrazin** (SPD) beklagt im „Focus" (14. Januar) den **Niedergang der Berliner Verwaltung**:*

„Schon als ich in den 80er Jahren mehr mit Berlin zu tun hatte, bekam ich den Eindruck: Die einst ruhmreiche preußi-



sche Verwaltung im Westteil der Stadt ist regelrecht verfettet. Das hat sich inzwischen zwar wieder verbessert. Aber es wirkt immer noch nach."

*Der niederländische Ministerpräsident **Mark Rutte** unterstützt Großbritannien in dem Ziel, den **EU-Zentralismus** zurückzubauen:*

„Die europäische Regierung sollte klein sein, wirtschaftlich und effizient. Die Brüsseler Bürokratie aber leidet an Regulierungs-Besessenheit. Sie verschwendet Geld und ist ineffizient."

*Der Wirtschaftsjournalist **Christian Ortner** lästert im Internet-Portal „Achse des Guten" über die Argumentation, mit der US-Präsident **Barack Obama** immer höhere **Schulden** rechtfertigt:*

„US-Präsident Obama warnt davor, den USA drohe ohne Anhebung der Schuldengrenze eine Rezession. Klar, wer nicht mehr ausgibt als er einnimmt, ist ja daran bekanntlich immer pleite gegangen."

*Doch die Deutschen stünden nicht besser da als die USA, denn die **verdeckten Belastungen**, die auf uns zukämen, seien nicht weniger **bedrohlich**, schon deshalb, weil die Abgabenlast in Deutschland die Belastungsgrenze längst erreicht habe, mahnt „Wirtschaftswoche"-Chefredakteur **Roland Tichy**:*

„So dampft das Finanzschiff Deutschland mit voller Kraft auf einen fiskalischen Eisberg zu wie einst die Titanic. Eisberge verbergen ihre wahre Größe bekanntlich unter der Wasserlinie – so wie die ungeheuren Milliardenlasten, die die großen und kleinen Griechenländer der Euro-Zone den deutschen Steuerzahler noch kosten werden."